

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis halbjährlich: 2.50 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 20 Pf. (bei uns Haus- und Einzelnummer 5 Pf.). Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2.50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechspaltige Zeile, welche über deren Raum 60 Pfg. für politische und gesellschaftliche Berichterstattung und Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das heißt für die ersten 10 Pfg. (zulässig 2 feine Drucke), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenanzeigen und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Erhebt täglich.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Ami Moritzplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 12. August 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Ami Moritzplatz, Nr. 1984.

## Der Friede im Balkan.

Durch den Friedensschluß, der am Sonntag von den Balkanmächten unterzeichnet wurde, hat der zweite Akt der schrecklichen Mordbegeben auf dem Balkan fürs erste sein Ende gefunden. Das völlig erschöpfte Bulgarien hat sich den Forderungen seiner Gegner fügen müssen. Es hat zwar immer noch einen erheblichen Teil des von ihm mit so turmhohen Mühsal eroberten Gebietes behalten, aber den Löwenanteil der Eroberungen haben doch Serbien und Griechenland eingeheimst. Und bei diesem Friedensschluß wird es auch aller Voraussicht nach vorläufig wenigstens sein Bewenden haben. Denn wenn auch Oesterreich das Erstarken Serbiens voller Eifersucht mit angehehen hat und durch eine Revision des Friedensvertrages diesem Nachbarstaate am liebsten einen Teil der Beute zugunsten Bulgariens abjagen möchte, so ist doch die Aussicht auf die Durchsetzung dieser seiner Sonderinteressen eine äußerst geringe. Zwar ist auch Rußland mit der Entwicklung der Dinge wenig einverstanden, allein es wird doch unter den obwaltenden Umständen darauf verzichten müssen, stärkere Pressionen anzuwenden.

Dass die deutsche Regierung absolut nichts davon wissen will, sich von der Wiener Regierung ins Schlepptau nehmen zu lassen, hat ja der Depechenwechsel zwischen Bukarest und Berlin hinlänglich bewiesen. Und obendrein erklärt auch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, daß die Kriegeführenden sich zu dem in Bukarest geschlossenen Friedensschlüsse gratulieren müßten, dessen der verwüstete Balkan und seine schwer heimgesuchten Völker so sehr dringend bedürften. Auch Europa wünsche, daß nun endlich Frieden werde und bleibe. Aber auch in Paris denkt man offensichtlich gar nicht daran, sich Rußland zuliebe in neue diplomatische Abenteuer zu stürzen. Die Pariser Blätter wenden sich mit Schärfe gegen die gereizte Sprache der russischen Presse und erklären, daß Frankreich niemals daran gedacht habe, den Balkan lediglich als russisch-österreichische Interessensphäre zu betrachten.

So dürften also die im Friedensvertrag festgelegten Grenzen für die nächste Zeit ihre Gültigkeit behalten. Das einzige Problem bleibt noch, wie sich die Grenzregulierung zwischen Bulgarien und der Türkei gestalten wird. Aber auch hier werden sich wohl kaum die Auslandsmächte ernstlich engagieren lassen. Die Türkei selbst, der noch dem Zusammenbruch Bulgariens wieder die Courage gekommen ist, hat ja in Paris theatralisch erklären lassen, daß sie gar nicht daran denke, Adrianopel wieder zu räumen, ja daß sie sich auch nicht einmal durch irgendwelche Kompensationen Adrianopel abkaufen lassen werde. Sie sei vielmehr entschlossen, die zurückeroberte Stadt bis zum äußersten mit dem Schwerte zu verteidigen. Nun ist es ja um die militärische Kraft der Türkei nach den Verichten aller Sachkundigen so jämmerlich als möglich bestellt; aber ob Bulgarien für sich allein noch die moralische und militärische Kraft aufbringen wird, die Türkei wieder aus Adrianopel herauszujaagen, ist gleichfalls die Frage. Es wäre daher nicht ausgeschlossen, daß die Türkei tatsächlich bei der Kauferei der ehemals verbündeten Gegner noch ein famoseres Geschäft gemacht hätte.

Daß die Dinge innerhalb weniger Wochen auf dem Balkan so ganz andere Gestalt gewinnen konnten, als es nach dem Zusammenbruch der Türkei den Anschein hatte, liegt nicht nur an die Halsstarrigkeit Bulgariens, seiner unbegreiflichen Ueberhöhung seiner Kräfte, sondern das lag von vornherein an der Unnatürlichkeit des Bündnisses der Balkanmächte. Handelte es sich doch bei Ausbruch des Krieges keineswegs um ein Bündnis mit fest abgegrenzten Zielen für jeden der verbündeten Staaten, sondern nur um eine Gelegenheitsaktion gegen einen gemeinsamen Feind, nach dessen Niederwerfung sofort die Rivalität zwischen den Verbündeten ausbrechen mußte.

Der Zusammenbruch der Türkei erfolgte gewissermaßen zu rasch, als daß der Bund ihrer Gegner sich bis zu Ende als haltbar hätte erweisen können. Hinzu kam, daß die Hoffnungen Serbiens auf die Annexion eines Teiles Albaniens, der ihm den „Korridor zum Meer“ verschaffen sollte, an dem Widerstand Oesterreichs scheiterte. Da lag es nahe, daß Serbien in Mazedonien eine Entschädigung für das ihm entgangene Albanien suchte. Und der Verlauf des Krieges ermöglichte es ja den Serben, größere Teile Mazedoniens zu besetzen. Ebenso war es Griechenland gelungen, den wichtigsten Hafen Mazedoniens, Saloniki, in seine Hände zu bringen. Serbien sowohl wie Griechenland wollten diese Teile Mazedoniens nicht wieder fahren lassen und stellten es Bulgarien anheim, sich für diese Verluste des ehemals Bulgariens zugehörigen Gebietes in Thrazien zu entschädigen. Wäre Bulgarien klug genug gewesen, den Ansprüchen seiner Verbündeten nachzugeben, so wäre ihm wenigstens auf alle Fälle Adrianopel sicher gewesen. Aber trotzdem Bulgarien doch wissen mußte, daß seine militärische Schlagkraft durch die ungeheuren Verluste bei Kirkilisse und Pule-Burgas, vor Adrianopel und Schataldscha eine furchtbare Schwächung erfahren hatte, setzte es alles auf eine Karte und — verlor.

So geht denn Bulgarien aus dem großen Ringen, bei dem es doch die größten Opfer gebracht, trotz eines immerhin nicht unerheblichen Landerwerbs geschwächt hervor, während Serbien und Griechenland nicht nur über ihr eigenes Erwartungen große Gebietsstücke gewonnen, sondern auch ihr mili-

tärisches Prestige gewaltig erhöht haben. Nicht unerhebliche Vorteile hat endlich auch Rumänien durch sein Eingreifen errungen.

Damit ist freilich nicht gesagt, daß die Dinge im Balkan durch den Friedensschluß für längere Zeit zur Ruhe gekommen seien. Das Gegenteil ist der Fall. Voller Gah und Eifersucht stehen sich die vier großen Staaten gegenüber. Hinzu kommt, daß keiner der Staaten sein Gebiet etwa nach dem Prinzip der Nationalität arrondiert hätte. In dem ganz willkürlich verteilten Mazedonien bedecken sich vielmehr die nationalen und Sprachgrenzen so wenig mit den nunmehr festgelegten politischen Grenzen, daß eine neue Aufrollung der nationalen Frage nur eine Frage der Zeit ist.

Aber auch das Intrigenspiel der auf dem Balkan am nächsten interessierten Großmächte wird die aus dem zweiten Balkankrieg notwendig zurückbleibende Erbitterung und den durch die willkürliche Grenzregulierung keineswegs geschlichen nationalen Gader nach Möglichkeit zu verärfen suchen. Voller Mißgunst hat man ja in Wien die Erstarkung Serbiens verfolgt. Nicht aus Liebe zu Bulgarien, sondern aus politischer Eifersucht gegen Serbien, in dessen Erstarkung man eine Gefahr für die südslawischen Gebiete der habsburgischen Monarchie erblickt, hat man ja Bulgarien beizuspringen versucht. Bei diesem Bemühen hat Oesterreich sich nicht nur Serbien erneut verfeindet, sondern auch Rumänien vor den Kopf gestoßen. Rußland wird sich natürlich bemühen, so wenig es selbst mit der Entwicklung der Dinge im Balkan einverstanden ist, seine Einflüsse in Serbien und Rumänien zu erhöhen. Verächtlichst man alles das, so unterliegt es keinem Zweifel, daß auch nach dem Friedensschluß von Bukarest der Balkan nach wie vor, ja nun erst recht der Herd für europäische Wetterwolken zusammenballen können.

Für das europäische Proletariat gilt es daher, für jede Situation gepapnet zu sein, um etwaigen Unbesonnenheiten der Regierungen durch die energischste Bekundung des Volkswillens nachdrücklich entgegenzutreten zu können.

## Nach dem Friedensschluß.

Die Abkühlung der schwarzgelben Balkanheizer.

In ihrer Wochenrundschau schreibt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ nach einem Kompliment an die Adresse des rumänischen Königs Karol: „Aus den harten Kämpfen geht keiner der Balkanstaaten ohne neue Gebiete hervor, in denen lohnende Aufgaben und Hoffnungen winken. Auch wenn vielleicht nicht alle Fragen für immer gelöst sind, können die Kriegeführenden sich beglückwünschen, daß sie in Bukarest den Frieden gefunden haben, dessen der verwüstete Balkan und seine schwer heimgesuchten Völker bedürfen. Auch Europa wünscht, daß nun endlich Frieden werde und bleibe.“

Das Organ der deutschen Regierung geht mit vollem Recht stillschweigend über das Revisionsgeschrei der Wiener Konfusionspolitiker hinweg. In einem offenbar offiziellen Telegramm der „Kölnischen Zeitung“ aus Berlin wird diese Stellungnahme noch unterstrichen. Es heißt darin:

„Durch die Veröffentlichung des Telegrammwechsels zwischen Kaiser Wilhelm und König Karol und durch die Bemerkung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, vom Sonntag früh wird die Stellung Deutschlands zum Bukarester Frieden außer Zweifel gesetzt. Deutschland hat kein Bedürfnis, an den europäischen Verträgen zur Störung des Vertrages teilzunehmen, und begegnet bei anderen Mächten der gleichen Auffassung. Damit ist ein Vorgehen der europäischen Diplomatie gegen den Frieden von Bukarest ausgeschlossen. Soweit die Zustimmung der Großmächte zu dem Vertrage erforderlich ist, wird Deutschland versuchen, diese Zustimmung herbeizuführen. Die Hoffnung, daß dies auch ohne besondere diplomatische Veranstaltungen gelingen werde, braucht nicht aufgegeben zu werden.“

Diese Haltung der deutschen Regierung hat in Wien eine ziemlich lagenjämmerliche Stimmung hervorgerufen. Aus dieser heraus schreibt zum Beispiel die „Neue Freie Presse“:

„Die Depechen, die zwischen König Karol und dem Deutschen Kaiser gewechselt wurden, gehören zu den wichtigsten Kundgebungen, die im Laufe des Balkankrieges zur öffentlichen Kenntnis gekommen sind. Schon seit längerer Zeit war es bekannt, daß zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland in der Beurteilung der Politik, die anlässlich des zweiten Balkankrieges eingeschlagen wurde, sich Meinungsverschiedenheiten ergeben haben. Der Depechenwechsel zwischen König Karol und Kaiser Wilhelm macht diese Gegensätze in der Politik der beiden Verbündeten ganz offenkundig. Während die österreichisch-ungarische Monarchie den Standpunkt einnimmt, daß die in Bukarest geschlossenen Vereinbarungen über die künftige Grenze zwischen den einzelnen Balkanstaaten einer Ueberprüfung durch die Großmächte unterzogen werden sollen, telegraphiert König Karol an Kaiser Wilhelm, daß dieser Friede definitiv sei. Die

Antwort Kaiser Wilhelms bestätigt diese Auffassung, und damit wird ganz Europa mitgeteilt, daß in einem so wichtigen Punkte der österreichisch-ungarischen Politik das Deutsche Reich nicht mehr auf unserer Seite steht. Weiter ist aus diesem Depechenwechsel zu ersehen, daß in dem Verhältnis zwischen dem Dreibund und Rumänien die österreichisch-ungarische Monarchie die politische Richtung zu bestimmen hatte, und daß ihr die Leitung zufiel. Die Depechen des Königs an Kaiser Wilhelm beweisen jedoch, daß Rumänien für sein Verhältnis zum Dreibund nunmehr den Schwerpunkt nicht mehr in Wien, sondern in Berlin sucht.“

Bulgarien demobilisiert.

Sofia, 11. August. (Melbung der Naence Bulgare.) Der Ministerrat hat die Demobilisierung der Armee beschlossen. Die betreffende Verordnung wird unterzüglich erlassen werden.

Heute vormittag wurde in der Kathedrale ein Trauergottesdienst für die Opfer des Krieges und ein Dankgottesdienst aus Anlaß des Friedensschlusses abgehalten.

Die Antwort der Türkei an die Mächte.

Konstantinopel, 11. August. (Melbung des Wiener N. N. Telegr.-Korresp.-Bureaus.) Der Ministerrat beriet gestern die Antwortnote an die Mächte. Die Note dankt darin den Mächten für die freundschaftlichen Gefühle, die sie durch ihre Versprechen betr. die Abgrenzung bekundet hätten, und erklärt, die Note habe um der Sicherheit der Grenze willen Adrianopel besetzen müssen. Wenn die Mächte die Erhaltung eines dauernden Friedens wünschten, müßten sie die Besetzung annehmen.

## Kriegsgreuel.

„Es ist der Krieg ein roh-gewaltiges Handwerk.“ Selbst Kulturvölker, die für gewöhnlich Gewalttat und Grausamkeit verabscheuen, unterliegen seiner verrobbenden Wirkung — man denke nur an die britischen Konzentrationslager in Sidafrika und die Ausrottungsstrategie des deutschen Generals von Trotha im Herero-Kriege. Immerhin handelt es sich hier zunächst um Maßnahmen, die bei aller rohen Grausamkeit doch in den Schranken des Kriegsgewalts: Vernichtung des noch nicht besiegten Feindes, blieben. Gewalttaten gegen die Besiegten und Wehrlosen, die jeder Krieg als Begleiterscheinung mit sich bringt, sucht eine Kriegseleitung, die selbst im militärischen Sinne auf Ehre hält, nach Möglichkeit ebenso zu verhüten, wie die sinnlose Zerstörung fremden Besitzes und die Plünderung zum privaten Vorteil.

Es begreift sich, daß die Völker der Balkanhalbinsel, die im ganzen noch weit von europäischen Kulturauffassungen entfernt und durch eine vielhundertjährige Geschichte von Kriegen, Unterdrückung und Vandalenraufstößen verrobt sind, diesen brutalen Einwirkungen des Krieges noch weit stärker unterliegen als Westeuropäer, die wenigstens eine Ueberlieferung der Gesittung haben und stillere Kriegsauffassungen wenigstens in der Theorie anerkennen. So haben in den beiden letzten, wie in den früheren Kriegen und Aufständen alle Beteiligten: Türken und Albaner wie Griechen, Serben und Montenegriner ihr vollgerichtet Maß von Ausschreitungen und Grausamkeiten auf ihr Schuldbonus geladen — für die rumänische Armee schlie mit dem eigentlichen Kriege der Anlaß zu gleichartigen Grausamkeiten, zu denen sie sich durch ihr grausames Verhalten gegen Aufstände des eigenen, gequälten Volkes vollumfänglich befähigt gezeigt hat. Weitaus allen überlegen aber zeigten sich die Bulgaren. Im letzten Kriege haben sie gegen ihre christlichen Verbündeten von vorher, Serben und Griechen, auch einige Beispiele ihrer Art des Kriegsführens gegeben. Alles aber überboten haben sie durch ihre Schandthaten an der „ungläubigen“ Bevölkerung: Mohammedanern und Juden. Die „Frankfurter Zeitung“ teilt einen auf mehrlägigem Aufenthalt in Adrianopel und Umgebung und einer über 200 Kilometer bis nach Kirkilisse ausgedehnten Autofahrt beruhenden Bericht mit, der bei aller Kürze — er bringt nur „Beispiele aus der Ueberfülle des Materials“ — einen Beweis nicht nur für mehr als bestialische Grausamkeit der bulgarischen Soldaten und Vandalen, sondern auch für die Planmäßigkeit ihres Vorgehens und die Mit- und Hauptschuld der Heeresleitung liefert. Er beruht teils auf eigenem Augenschein, teils auf Befragung türkischer und griechischer Bauern und den Mitteilungen zuverlässiger Deutscher des Gebietes. Man höre!

„Zwischen der Schataldscha-Linie und der alten bulgarischen Grenze existiert kein türkisch-islamitisches Dorf mehr; alle sind durch Feuer oder mit der Spitzhade von Grund auf zerstört worden. Wo Städte oder Dörfer gemischt konfessionell waren, wurden die türkischen Dörfer zerstört, die griechischen blieben unversehrt. Bulgarische Dörfer zeigten nicht die geringsten Kriegsspuren. Alle Moscheen sind verwüstet und meist als Ställe benutzt worden, fast alle Friedhöfe entweiht, die Grabsteine zertrümmert. Was nicht niert und nagelfest war, wurde geraubt.“ Als Beispiel werden zwei Dörfer angeführt. Eines ist halb griechisch halb türkisch. Der griechische Teil ist unversehrt, der türkische verwüstet. „Auch nicht ein türkisches Haus ist der vollkommensten Zerstörung entgangen. Die Ruinen der dachlosen Häuser erinnern an die Dörfer, die Vulkanausbrüche vernichteten.“ Das andere Dorf ist Zenidsche: rein bulgarisch, und der Sitz der berühmtesten Komitadschi, die im Herbst nach der Flucht der Türken Verwundete getötet, Gefangene lebendig begraben haben. Jetzt sind die Türken wieder eingezogen. Aber trotzdem man in den Bauernhäusern versteckte Waffen und Munition fand, trotzdem allen Soldaten die



Grausamkeiten jener Herbsttage bekannt waren, wurde keinem Bauern ein Haar gekrümmt, kein Haus zerstört. Nur ein Dutzend jener Bauern wurden gefangen gesetzt und sehen ihrer kriegsgerichtlichen Aburteilung entgegen. Auf den Feldern und in den Gassen aber gehen die Frauen ungehört ihrer Arbeit nach.

Dies Verhalten der „ungläubigen“ Türken hebt sich selbst von dem der Deutschen im Jahre 1870, die mit ihren „Repressalien“ gegen Angriffe von Franciscus gar nicht zurückhaltend und milde waren, rühmlich ab. Wie aber stehen die Bulgaren da, diese Glieder der großen christlichen Familie, die den Raub ganz planmäßig betreiben und die gesündeten Sachen: Kleider, Hausgeräte usw., ganz systematisch geordnet und nach Bulgarien geschickt haben. Die vor allem an Grausamkeiten und Schändlichkeiten alles überboten. Die Schilderungen der Grausamkeiten gegen die Männer und der bestialischen Vergewaltigungen von Frauen und Kindern, entziehen sich der Öffentlichkeit.

## Ein Schützling des Staatsanwalts.

Im heiligen Röln geistlich recht merkwürdige Dinge, die in hohem Grade die öffentliche Aufmerksamkeit verdienen. Schon seit längerer Zeit fährt hier die Staatsanwaltschaft einen zähen Feldzug gegen die „Rheinische Zeitung“. Man erinnert sich des sogenannten Deuter Landfriedensbruchprozesses, der im März 1911 in Köln infolge eines Zusammenstoßes von Streikenden und Arbeitswilligen verhandelt wurde. Unter den Belastungszeugen befand sich ein gewisser Robert Hauptmann, der zu der Verhandlung aus dem Gefängnis vorgeführt wurde, da er wegen Betrugs eine mehrmonatige Strafe zu verbüßen hatte. Dieser Herr Arbeitswillige — er ist heute als Versicherungsagent tätig — erweist sich nun einer ganz besonders zärtlichen Zuneigung der Kölner Staatsanwaltschaft, die in verhältnismäßig kurzen Zeitraum gegen unser Kölner Parteiblatt sage und schreibe fünf Offizialklagen angestrengt hat, weil das Blatt der äußerst empfindsamen Ehre Robert Hauptmanns nicht den schuldigen Respekt erweisen haben soll. Bismarck hat der schändliche Beschützer Hauptmanns schon eine Verurteilung erzielt, die fünfte Anklage schwebt noch und wird in einigen Wochen zur Verhandlung kommen.

Wie sich die Verhängung arbeitswilliger Elemente durch die Vertreter der öffentlichen Anklage im Junker- und Kapitalistenstaat Preußen durchaus nicht Auffallendes; was aber der Kölner Kläre ihren besonderen Reiz verleiht, ist nicht allein die mehr als mimosenhafte Empfindlichkeit, womit der Staatsanwalt über Hauptmanns Ehre wacht, sondern noch mehr, daß dieser Schützling des Staatsanwalts zu den sogenannten schweren Jungen gehört und schon über ein Dutzend Strafen auf dem Kerkerhof hat. Dreizehnmal ist Robert Hauptmann schon ins Gefängnis gewandert, wegen Unterschlagung, Diebstahl, Betrug und ähnlicher Delikte. Noch im Juni dieses Jahres stand er vor Gericht unter der Anklage, bei seiner eigenen Frau Zuhälterdienste getan zu haben. Der Staatsanwalt beantragte neun Monate Gefängnis; das Gericht sprach ihn „trotz dringenden Verdachts“, wie das Urteil sagte, nur frei, weil ihm die Beweise nicht ausreichend erschienen. Wiederrum stand Robert Hauptmann am jüngsten 10. Juli vor Gericht und zwar wegen Versicherungsbetrugs; der Staatsanwalt beantragte ein Jahr Zuchthaus; das Urteil lautete auf fünf Monate Gefängnis.

So ist der Raum mit dem außerordentlichen sein organisierten Ehrgeiz besetzt, um dementsprechend der Staatsanwalt nun schon gegen unser Kölner Parteiblatt den fünften Prozeß angestrengt hat. Und wodurch ist dieser Ehrgeiz befehdigt worden? In einigen an sich belanglosen Gerichtsverhandlungen war bekannt geworden, daß die eigene Frau des Hauptmann diesem vorgeworfen hatte, im Deuter Landfriedensbruchprozeß einen Meineid geleistet zu haben. Im Interesse der Opfer jenes Prozesses hatte die „Rheinische Zeitung“ über jene Aussagen berichtet und sie zum Anlaß kritischer Betrachtungen über die Zeugenqualifikation des Hauptmanns genommen. Flugs nahm den verantwortlichen Redakteur der Staatsanwalt beim Widel, zum ersten, zweiten, dritten und vierten Male. Am verflochtenen 25. Juni erhielt von der Kölner Strafkammer unser Genosse Vayer 300 M. Geldstrafe, Genosse Franke, wegen Hauptmannsbeleidigung schon vorbestraft, sogar sechs Wochen Gefängnis. Die Verurteilung Vayers erfolgte unter anderem, weil er es gewagt hatte, bei der Nennung der Frau Hauptmann das Wort Gattin in ironisierende Weise zu setzen. Die Frau ist ihrem Namen ebenbürtig, sie ist schon fünfmal wegen Verleumdung bestraft, daneben noch wegen einer Menge anderer Delikte — der Redakteur jedoch, der die Heiligkeit der Ehe nicht auch in diesem Falle genügend hochachtet, wird verdonnert!

Schwer beleidigend war auch die Bezeichnung Hauptmanns als Kronzeuge, die sich die „Rheinische Zeitung“ herausgenommen hatte. Auch wegen dieses Verbrechens wurden Vayer und Franke prozessiert. Sogar einen wahrheitsgetreuen Gerichtsbericht, dessen Korrektheit das Gericht selber nicht anzweifelt, darf man nicht bringen — auch dieser objektive Bericht beleidigt das Hauptmannsche Parteiblatt, und das Verbrechen wird noch schlimmer dadurch, daß einzelne markante Stellen des Berichts durch Fettdruck hervorgehoben worden sind.

Den staunenswerten Feldzug gegen Wänselbüchsen und Fettdruck setzt inzwischen der Staatsanwalt mit unermüdlichem Eifer fort. Gewirgt durch die Erfahrungen von vier Prozessen wollte die „Rheinische Zeitung“ nimmermehr das beleidigende Wort Kronzeuge vermeiden, ihm wenigstens seinen wirklichen Sinn nehmen, darum setzte sie es bei der Berichterstattung über die jüngste Verhandlung recht vorsichtig in Wänselbüchsen. Dagegen hielt sie es nach wie vor für ein gutes Recht der Presse, über die typographische Gestaltung eines Berichts selber zu bestimmen; sie gebrauchte daher abermals Fettdruck zur Hervorhebung einzelner Zeugnisaussagen, verfuhr jedoch streng paritätisch und setzte auch die Erklärung des Gerichtsvorstehenden in Fettdruck, daß nach seiner Auffassung die Anklage Hauptmanns im Deuter Landfriedensbruchprozeß nur von geringer Bedeutung gewesen sei. Doch der Staatsanwalt läßt nicht locker. Er strengte gegen die „Rheinische Ztg.“ mit fast liebesthätiger Eile den fünften Hauptmannprozeß an. Zwei Wochen nach dem Erscheinen des Berichts über den Prozeß gegen Vayer und Franke hatte schon der Verantwortliche der „Rheinischen Zeitung“, diesmal Genosse Meerfeld, eine Vorladung; am 22. Juli erfolgte seine Vernehmung, schon am 23. Juli unterzeichnete der Staatsanwalt die Anklageschrift.

Die staatsanwaltliche Logik ist lösbar: die Anführungszeichen bei dem Worte Kronzeuge verärfen die Beleidigung! Beleidigend sind auch wiederum die fetten Buchstaben, ganz ohne Rücksicht darauf, daß sie paritätisch verteilt worden sind. Und hier ist tatsächlich ein Punkt, wo der Fall Hauptmann noch über seine politische Bedeutung hinaus, die ihm an sich schon innewohnt, die Gesamtheit der Presse zu interessieren beginnt. Denn ganz unmöglich kann es sich die Presse gefallen lassen, daß ein Staatsanwalt sich das Recht anmaßt, einer Zeitung Vorschriften über die Auswahl ihrer Drucktypen zu machen und in das typographische Bild der Zeitung korrigierend einzugreifen. Nicht mehr und nicht weniger will aber der Kölner Staatsanwalt. Die gesamte Presse

hat ein Interesse daran, diese neueste Einmischung mit aller Entschiedenheit zu bekämpfen, ohne erst abzuwarten, ob sich ein Gericht findet, das dieses staatsanwaltliche Attentat durch sein Urteil für gerechtfertigt erklärt.

Insgesamt liefert der Kölner Fall Hauptmann einen ungemein drohenden Beitrag zu den Zuständen im Rechtsstaat Preußen. Er bildet einen Anschauungsunterricht, wie er der Sozialdemokratie für ihre Aufklärungsarbeit laun erwünslicht sein kann. Wenn wir auch allgemach dahin gekommen sind, uns hierzulande das Wundern ganz abzugewöhnen und in Punktio Justitiae Preußen-Deutschland für das Land der unbegrenzten Möglichkeiten zu halten, so stellt doch der Kölner Staatsanwalt, der für die Ehre seines fast ständig im Gefängnis sitzenden Schützlings Hauptmann einen heroischen Feldzug gegen Wänselbüchsen und Fettdruck fährt, einen so leicht nicht zu schlagenden Rekord auf. Späteren Historikern, die es unternehmen, die Kämpfe der Justitia um die Wende des 20. Jahrhunderts gegen die Arbeiterbewegung zu schildern, wird die Kläre Hauptmann eine wertvolle Fundgrube sein. Abgesehen von allem politischen Ernst, verlangt sie aber auch nach dem Satiriker, der den Kölner Staatsanwalt und das ganze System, das solche Ausgeburt der „Rechtspflege“ zur Welt bringt, mit ledern Peitschenhieb schlägt.

## Politische Uebersicht.

### Eine Erinnerung.

Es war im Jahre 1877. Bei der Reichstagswahl am 10. Januar hatte die Sozialdemokratie Deutschlands zwar nur 12 Mandate erlangt; aber es waren für sie 408 447 Stimmen abgegeben worden, mehr als 9 Proz. aller Wahlstimmen. Die Bourgeoisie schäumte vor Wut, und die Industriellen entließen vielfach die Arbeiter, die der sozialistischen Gesinnung verdächtig waren. Da durfte auch Herr Alfred Krupp, der damalige Besitzer der Kruppischen Werke, nicht zurückbleiben. Er hatte es um so mehr nötig, seinen Patriotismus zu erweisen, als dieser durch die bekannt gewordenen Bettelbriefe an Napoleon als recht zweifelhafter Natur erschien.

Im April erließ Krupp an seine Arbeiter folgenden Was, der in ganz Deutschland Aufsehen hervorrief.

Der Erlaß lautete:

Die Angelegenheiten des großen Vaterlandes sollen jedem wichtig und teuer sein. — aber dazu bist gar nicht das Stammesgefühl, das Schwärzen über politische Angelegenheiten, das ist nur den Aufwieglern willkommen und fñdet die Pflichterfüllung. Eine ernste Beschäftigung mit der Landespolitik erfordert mehr Zeit und tiefere Einsicht in schwierige Verhältnisse, als Euch zu Gebote steht. Das Politisieren in der Kneipe ist nebenbei sehr teuer, dafür kann man im Hause besseres haben. Nach geheimer Arbeit verbleibt im Kreise der Eurigen, bei den Eltern, bei der Frau und den Kindern. Da sucht Eure Erholung, fñnt über den Haushalt und die Erziehung nach. Das und Eure Arbeit sei zunächst vor allem Eure Politik. Dabei werdet Ihr troche Stunden haben. Mit dem Laufe der Zeit von Jahrzehnt zu Jahrzehnt wird alles besser.

Man erwärmt keine Schlange an seiner Brust, und wer nicht von Herzen ergeben mit uns geht, wer unseren Ordnungen widerstrebt, kann nicht im Kreise unserer Arbeiter bleiben. — Rüge sich also niemand durch bisher erfahrene Rücksicht verleiten lassen, auf unrechtem Wege zu beharren.

Wie der Erlaß gemeint war, zeigte sich bald: Alle Arbeiter, die als Sozialisten bekannt waren, wurden entlassen, darunter solche, die seit Jahren bei der Firma beschäftigt waren. In welcher schroffen Weise vorgegangen wurde, zeigt folgender Fall: Einem Arbeiter, der schon längere Zeit krank war, wurde von dem besuchenden Arzt mitgeteilt, daß er von der Fabrik angewiesen sei, ihn am folgenden Tage unbedingt zur Arbeit zu schicken, — natürlich zu dem Zwecke, seine Entlassung zu erfahren.

Infolge der zahlreichen Entlassungen entstand unter den arbeitslosen früheren Kruppischen Arbeitern bittere Not, so daß sich das damalige Zentralwahlkomitee zu folgender Aufforderung gezwungen sah:

In Nr. 86 der „Berliner Freien Presse“ wurde seitens der Essener Genossen über das Vorgehen des Herrn Krupp berichtet, welcher durch Entlassung sozialistisch gesinnter Arbeiter die Bewegung dort lähmen möchte. Hier müssen die Genossen allerorts eintreten, um dieses Vorgehen zu vereiteln, ja sogar das Gegenteil desselben zu bewirken, so daß gerade durch die Handlungsweise des Herrn Krupp die sozialistische Bewegung im Essener Wahlkreise einen recht festen Boden gewinnt. Schnelle Hilfe ist aber nötig und müssen daher so rasch wie möglich freiwillige Beiträge aufgebracht und an den mitunterzeichneten H. Geib in Hamburg eingesandt werden.

Hamburg, den 13. April 1877.

J. Kuer. H. Brasch. E. Deroff. A. Geib. W. Hartmann.

### Aufhebung des Jesuitengesetzes?

Die „Rheinische Zeitung“ gibt unter allem Vorbehalt folgendes Telegramm aus Zürich wieder:

Der Berner Bund will aus sehr zuverlässiger Quelle über Paris erfahren haben, daß in kürzester Zeit der deutsche Bundesrat sich mit der endgültigen Aufhebung des Jesuitengesetzes beschäftigen werde. Die beiden größten Bundesstaaten, Preußen und Bayern, sollen hierfür geschlossen stimmen, so daß von den 59 Gesamtstimmen sicherlich 23 für die Aufhebung wären. Es bedürfte also immer noch sieben Stimmen, um die absolute Mehrheit zu erreichen. Zurzeit werde ein eifriger Schacher getrieben, um auch diese sieben Stimmen noch zu erhalten. Daß Preußen seine Stimmen zugunsten der Jesuiten abgeben werde, sei den mehr als dreihundertgen Bemühungen eines beim Berliner Hofe sehr gern gesehenen und in den polnischen Provinzen reich begüterten Schloßhauptmanns zu verdanken, der auch in besonderer Gunst bei der allein maßgebenden Persönlichkeit stehe. In diesen Kreisen wolle man sogar wissen, daß die verstorbenen Gräfin von Fürstenberg, eine geborene Gräfin von Hohenzollern, eine streng gläubige, geschäftlich sehr gewandte Dame, es wohl verstanden hätte, ihre hohen Verwandten von der Notwendigkeit der Aufhebung des Jesuitengesetzes zu überzeugen.

### Fortschritte der Massenmordtechnik.

Der „Post“ wird geschrieben:

Artillerie und Maschinengewehre, deren Bedienungsmannschaften durch Schußübungen geübt sind, bieten derzeit der Infanterie, selbst auf nahe Entfernungen, fast unüberwindbare Ziele. Dem abzuhelfen, ist jetzt das Vesterben der Geschosstechnik. Zwei Arten von Panzergeschossen sind, wie uns von heretisch-technischer Seite mitgeteilt wird, bereits konstruiert. Das eine Geschos hat nur eine gehärtete Stahlspitze, die mit der aus Blei bestehenden Geschosfüllung durch einen Stahlmantel verbunden ist. Diese Geschosart hat sich jedoch nicht als zuvordersprechend erwiesen, denn beim Auftreffen auf ein Schuttschild werden Stahlmantel und Bleifüllung abgetrennt; die allein weitergehende Stahlspitze hat aber keine ausreichende Wirkung. Besser verhalten sich Geschosse mit einem Stahlkern, der von einer Bleifüllung umgeben und mit ihr durch einen Stahlmantel zusammengehalten wird. Zwar streifen sich auch hier Füllung und Mantel beim Auftreffen auf den Schuttschild ab, aber der weitergehende Geschoskern besitzt noch genügend Durchschlagskraft, um hinter dem Schilde befindliche Personen außer Gefecht zu setzen. Während ein vier Millimeter starker Schuttschild gegenüber dem deutschen S-Geschos noch auf

400 bis 300 Meter deckt, wird der gleiche Schild von einem Stahlkerngeschos bis auf wenigstens 1000 Meter durchschlagen. Oesterreich-Ungarn ist bislang der einzige Staat, der die daraus sich ergebenden Folgerungen schon gezogen und seine Infanterie mit einem Panzergeschos ausgestattet hat.

Diese Notiz geht unzweifelhaft von Interessenten aus. Selbstverständlich muß man auch das deutsche Heer das Panzergeschos erhalten. Man sieht hier wieder, wie ein Keil den anderen treibt; fast jeder Tag bringt Meldungen von Neuerungen auf kriegstechnischem Gebiet. Solche Produktivität auf kulturellem Gebiete würde sicherlich der Menschheit dienlicher sein.

### Abgefallene Zünftler.

Am 30. Juni fand im Reichsamt des Innern eine Handwerkerkonferenz statt, in der über die Unterscheidung zwischen Großbetrieben und Handwerk verhandelt wurde. Die Zünftler lancierten damals die Nachricht in die Presse, daß künftig jede solche Unterscheidung fallen gelassen werden soll, womit gesagt war, daß auch Großbetriebe, Aktiengesellschaften, Genossenschaften und Gesellschaften m. b. H. künftig der Zunftspflicht unterworfen werden sollten. Die Zünftler verlangen schon seit längerer Zeit, daß die Großbetriebe zu den Kosten der Zünften beitragen sollen, angeblich deshalb, weil sich die Handwerkermeister der Aufgabe unterziehen, das Personal für die Großbetriebe heranzubilden. Jeder Kenner des praktischen Lebens weiß, daß davon keine Rede ist, denn der aus dem Handwerkerbetriebe kommende junge Mann muß in sehr vielen Fällen im Großbetriebe erst richtig angeleitet werden. Was die Zünftler in die Presse gebracht haben, entsprach ihrem Wunsche, nicht aber dem Ergebnis der Verhandlungen. Das Reichsamt des Innern hat nunmehr dem Deutschen Handelstag auf eine Anfrage folgende Aufklärung gegeben lassen:

Die Vorbesprechungen, die am 30. Juni und 1. Juli mit Handwerksvertretern im Reichsamt des Innern stattgefunden haben, waren sowohl vertraulicher wie unverbindlicher Art. Den darüber in die Presse gebrachten Mitteilungen ist keine besondere Bedeutung beizumessen; soweit sie überhaupt auf Neuierungen von Konferenzteilnehmern beruhen, geben sie zum Teil nur subjektive Eindrücke wieder, die der Betreffende vom Verlauf der Verhandlungen gewonnen hat, und sind danach zu bewerten. Eine amtliche Richtigstellung aller Nachrichten dieser Art würde zu weit führen, dabei wohl auch den Anschein erwecken, als habe die Reichsleitung zu den einschlägigen Fragen bereits endgültig Stellung genommen. Dies ist aber nicht der Fall; zunächst soll überhaupt erst den Hauptbeteiligten anderer Gruppen Gelegenheit zur Äußerung gegeben, insbesondere zu diesem Zwecke eine Konferenz mit Vertretern des Handels und der Industrie abgehalten werden. Zu einer Verunruhigung industrieller Kreise liegt keinerlei Anlaß vor.

Diese Antwort läßt allerdings alles andere eher zu als den Schluß, daß die Wünsche der Zünftler in Erfüllung gehen sollen.

### Wie die Deutsche Volksversicherung arbeitet.

Seit einiger Zeit verlautete, daß der Deutsche Kriegerbund wegen der immer schärfer werdenden Konkurrenz beabsichtige, seine Sterbelasse der „Friedrich Wilhelm“ anzugliedern. Diese Sterbelasse hatte bis zum Schlusse des vorigen Jahres einen Versicherungsbestand von 40,75 Millionen Mark und schloß ihre Gewinn- und Verlustrechnung für 1912 mit einem Ueberschuß von 108 000 M.

Diesen fetten Happen hätte gar zu gern die Aktiengesellschaft Deutsche Volksversicherung geschluckt, und die Leiter dieser Gesellschaft versuchten deshalb auf jede Art und Weise, die Sterbelasse des Kriegerbundes zum Anschluß an die Deutsche Volksversicherung zu bewegen. Das Ziel war so schön, daß man sich es etwas kosten ließ, es zu erreichen. Die Deutsche Volksversicherungs-A.G. hat doch nicht umsonst einen ehemaligen Staatsminister als Präsidenten ihres Aufsichtsrates genommen. Seine Ejzelienz der Herr Staatsminister a. D. Dr. Graf v. Vosodowsky-Behmer trat denn auch alsbald in Aktion. Er wandte sich am 6. März 1913 sowohl an den Präsidenten des Deutschen Kriegerbundes als auch an den Aufsichtsrat ihrer Lebensversicherungsanstalt, jedoch ohne Erfolg. Nunmehr traten die Reichstagsmitglieder der Deutschen Volksversicherung in Tätigkeit. Die Herren Abgeordneten Giesberts, Weder, Arnberg, Schiffer, Vorken, Behrens, Hedmann und Jeller richteten eine Eingabe an den Reichsfinanzminister sowie an den Staatssekretär v. Tirpitz, Geheimrat v. Valentini, den Kriegsminister, Staatssekretär Dr. Debrück und Minister v. Dallwig, in der sie — ungläubig, aber wahr — nichts Geringeres verlangten, als die genannten Ejzelienzen sollten ihren amtlichen Einfluß benutzen, um die geplante Fusionierung der Sterbelasse des Kriegerbundes mit der „Friedrich Wilhelm“ zu verhindern. Weiter wurde die nationale Presse fortgesetzt mit Artikeln gefüttert, um die Mitglieder des Kriegerbundes gegen dessen Leitung mobil zu machen. Die „eminente Gefahr“, die durch die Volksfürsorge der „nationalen Sache“ drohe und die Notwendigkeit einer Abwehr durch die Deutsche Volksversicherungs-Aktiengesellschaft wurde dabei mit kräftigen Tönen betont.

Die Aktion hatte aber nicht den gewünschten Erfolg. Ein einziger nur, der Vorsitzende des Regierungsbezirksverbandes Königsberg, General v. Gopler, fand sich bereit, die „nationale Sache“ zu unterstützen. Er bewirkte in Königsberg bei den Vorstandsgliedern der Kriegervereine seines Bezirkes die Annahme einer Resolution, in welcher „mit Rücksicht auf die kürzlich erfolgte Gründung der sozialdemokratischen Volksfürsorge“ die beabsichtigte Fusion als eine schwere Gefahr für die nationalen Ziele des Kriegerbundes erklärt wurde.

Alles umsonst! Die am 12. Juli d. J. in Breslau stattgehabte Generalversammlung der Sterbelasse des Deutschen Kriegerbundes hat mit 2/3 (neun Zehntel) Mehrheit die Fusion mit der „Friedrich Wilhelm“ beschlossen.

### Teuerung und kein Ende.

Nach den amtlichen Preisberichten der „Statistischen Korrespondenz“ sind die Fleischpreise in der zweiten Hälfte des Juli wieder gestiegen. Bei Rindfleisch, Kalbfleisch, Hammelfleisch und gar keine oder nur geringe Minderungen eingetreten. Bei Schweinefleisch ist die Steigerung dagegen recht erheblich. Durchschnittlich mußten für 1 Kilo Schweinefleisch 6,8 Pf., für 1 Kilo Speck 4,5 Pf. mehr gezahlt werden als Anfang Juli. Gegen den Juli des Vorjahres sind zurzeit die Preise höher für Kalbfleisch um 4 Pf., für Hammelfleisch 12 Pf., für Schweinefleisch 7 Pf., für Speck 12 Pf., für Schweinefleisch 10 Pf. Die Ursachen für diese erneute Steigerung sind in einem Rückgang des Angebots zu suchen. An 40 Märkten, für die eine Statistik vorliegt, stand der Gesamtantrieb von Schlachttiere im Juli d. J. um 5,97 Millionen Kilo gegen den Juli 1912 zurück. An Schweinen betrug die Verminderung 3,4 Millionen Kilo. Dieser Rückgang ist tatsächlich noch größer, da die Statistik mit gleichbleibenden Normalgewichten für das Einzelstück Vieh rechnet, während nach zahlreichen Beobachtungen das Schlachtgewicht des Viehs in den letzten Jahren abgenommen hat.

Welche Forderungen wir an diese Zahlen stellen, ist bekannt genug, als daß wir sie wiederholen müßten. Wir sind aber neuerlich, ob die „Deutsche Tageszeitung“ wiederum die Zahlen der amtlichen Preisberichte vor ihren Lesern veranschaulicht wird. Allerdings brauchte sie nur die Preise für den



**Juli** der Jahre 1909, 1912 und 1913 (aus Nr. 37 der „Statistischen Korrespondenz“) zusammen zu stellen, um ihr Zeugnis der Fleißsteuerung selbst Lügen zu strafen.

### „Liebknecht als Erzieher.“

Unter dieser Ueberschrift hat die „Tägliche Rundschau“ eine Mäubergeschichte erzählt, die den Genossen Karl Liebknecht, der in Oberwiesenthal seine Ferien verlebte, zum Gegenstand hat. Genosse Liebknecht soll da einen seiner Knaben auf offenem Felde mißhandelt, mit der Faust ins Gesicht gepackt, zu Boden geworfen und mit den Füßen traktiert und den Kopf des Knaben zur Erde gestossen haben. Ein böhmischer Bauer sei dazu gekommen und habe Liebknecht, entrüstet über den Vorgang, ein paar kräftige Ohreisigen gegeben. Die befeuerte Anhängerin der Brügelstraße, die „Deutsche Tageszeitung“, drückt mit Behagen dieses Geschwafel ab, natürlich nicht in der Absicht, Liebknecht als einen der ihren zu reklamieren, sondern um der durchsichtigen Verleumdung weitere Verbreitung zu geben. Genosse Karl Liebknecht hat der „Deutschen Tageszeitung“ nun die folgende Verichtigung geschickt:

Oberwiesenthal, 10. August 1913.

An die Redaktion der „Deutschen Tageszeitung“,

Berlin.

Unter Berufung auf das Presseyesetz ersuche ich Sie um Aufnahme folgender Verichtigung in Ihrer nächsten Nummer:

In Ihrer Nr. 398 geben Sie eine Notiz aus einer mir bisher nicht erreichbaren Nummer der „Täglichen Rundschau“ unter der Signatur „Liebknecht als Erzieher“ wieder. Diese Notiz enthält durchweg Unrichtigkeiten.

Unwahr ist insbesondere, daß ich meinen Sohn irgendwie mißhandelt hätte. Unwahr ist, daß mich ein böhmischer oder sonstiger Bauer von meinem Sohn weggerissen hätte. Unwahr ist schließlich, daß dieser mißhandlungsfeindliche Bauer, oder sonst jemand mich mißhandelt hätte. Tatsache ist, daß ich meine Knaben aus einem bestimmten Anlaß, ausnahmsweise, auf einer Wiese, durch einige Schläge mit der flachen Hand auf den nach alter Tradition für solche Zwecke geeigneten Körperpartei gezüchtigt, und daß ich ihnen außer diesen Schlägen keinerlei Züchtigung verabsolgt habe.

Tatsache ist, daß diese Schläge nicht die geringste auch nur oberflächliche oder vorübergehende Spur hinterlassen und auch keine nennenswerten Schmerzen verursacht haben. Tatsache ist, daß ich nach Erledigung der „Züchtigung“ von zwei auf einem weit entfernten Felde gewesenen Leuten beschimpft worden bin. Tatsache ist, daß zwischen den Fenstern des Dresdener Heims und dem Orte des Vorganges, von einer Anzahl Bäumen abgesehen, ein großes, massives, also für gewöhnliche Sterbliche undurchsichtiges Scheunengebäude steht, so daß jede Beobachtung aus diesen Fenstern unmöglich ist. Tatsache ist, daß ich angesichts der gegen mich gerichteten Beschimpfungen, um für die Zukunft jeder meinen politischen Feinden erwünschten Unklarheit vorzubeugen, meinerseits von dem Vorgefallenen der Gendarmerie Anzeige erstattet und ihr alles Material unterbreitet habe. Tatsache ist schließlich, daß ich auf Intervention dritter Personen zunächst Rücksicht geübt und die an der unlieblichen Szene und den daran geknüpften Ausstreunungen Schuldigen mit der Anzeige verschont hatte, daß ich aber nunmehr jede Schöpfung beiseite setzen muß und die erforderlichen Schritte zur Verfolgung der Schuldigen unternommen habe.

Ergebnis

Dr. Karl Liebknecht.

Die „Deutsche Tageszeitung“ hat bis Montagabend diese Verichtigung nicht abgedruckt.

### Oesterreich.

Die Diktator in Böhmen.

Prag, 11. August. Wie die Blätter melden, sind von der Prager Statthalterei an die Bezirkshauptmannschaften im Zusammenhang mit der Einföhrung der kaiserlichen Verwaltungskommission drei Erlasse herausgegeben worden, durch die strengste Presszensur, scharfe Handhabung des Vereins- und Versammlungsgesetzes und rücksichtsloses Vorgehen gegen unerlaubte Straßendemonstrationen, gegebenenfalls Waffengewalt, vorgeschrieben wird. Auf die Tätigkeit von Agitatoren soll ein besonderes Augenmerk gerichtet werden. Diese Erlasse sind in der vergangenen Woche nochmals in Erinnerung gebracht worden.

### Frankreich.

Neue französische Marinepläne.

Der „Matin“ erklärt, das Marineministerium werde nach Zusammentritt der Kammer die nötigen Kredite fordern, um im Jahre 1916 mit dem Bau eines fünften Dreadnoughts mit 25 000 Tonnen Inhalt und 12 Kanonen von 360 Millimeter Durchmesser, welche in drei Türmen untergebracht werden sollen, beginnen zu können. Anfangs 1916 würde also Frankreich 10 Dreadnoughts im Bau haben. Ebenso soll der Bau von Aufklärungsschiffen, welcher für 1919 vorgesehen war, bereits im nächsten Jahre beginnen. Diese Aufklärungsschiffe sind von einem ganz neuen Typ, haben einen Inhalt von 6500 Tonnen, eine Länge von 163 Meter und eine Geschwindigkeit von 28 Knoten. Für die Marine-arcosantill will der Minister 13 600 000 Fr. fordern. Der Minister will zwei Flugzeugträger errichten, das eine in Bizert, das andere an der Küste der Azoren. Diese Träger sollen mit allem Material für die Aeroplane und außerdem für drei Lenkbalken-Flarren-Systeme ausgerüstet werden. Endlich soll ein weiterer Kredit von 65 300 000 Fr. verlangt werden, welcher auf die Jahre 1913 bis 1920 verteilt und für die Ausrüstung des Arsenal in Orient verwendet werden soll.

Nach den Riesenanstrengungen Deutschlands auf dem Gebiete des Flotten- und Luftflottenwesens will sich also auch Frankreich nicht allzu sehr in den Hintergrund drängen lassen. Natürlich wird das nun wieder ein Vorwand für deutsche Neuforderungen sein.

Das Ergebnis der Generalratswahlen.

Paris, 11. August. Mit dem gestrigen zweiten Wahlgange sind die Generalratswahlen nunmehr vollständig beendet. Nach einer von dem Ministerium des Innern veröffentlichten Zusammenstellung verlieren die Konservativen und Nationalisten 62, die gemäßigten Republikaner (Progressiven) 25 Mandate; die Linkrepublikaner gewinnen 12, die Radikalen und Sozialistisch- Radikalen 49, die sozialistischen Republikaner 3 und die geeinigten Sozialisten 18 Mandate.

### Belgien.

Ein Wahlrechtsfonds.

Aus Brüssel wird uns berichtet: Das nationale Wahlrechtskomitee der Arbeiterpartei, das sich diese Woche versammelt, hat die Vorbereitung einer Massenpetition für das allgemeine Wahlrecht beschlossen. Für die materielle Fundierung des Wahlrechtskampfes wird ein eigener Wahlrechtsfonds geschaffen; die Abgeordneten, die Parteiangestellten und die Angestellten der

Genossenschaften sind verpflichtet, einen bestimmten Teil ihres Verdienstes oder Einkommens diesem Fonds zuzuführen.

### Belohnte Verräter.

Man schreibt uns aus Brüssel: Die Tausende, die während des Generalstreiks gelämpft, ihre Existenz aufs Spiel gesetzt, ihren Lebensunterhalt auf das allergeringste beschränkt, kurz durch ihren prächtigen Mut der schlaffen und ideallosen Welt der Geschäftspolitiker ein Beispiel von Heroismus gaben, haben sich mit dem einfachen Bewußtsein genügt, ihre Pflicht im Kampf für ihr Bürgerrecht erfüllt zu haben. Ein anderes Iffis mit jenen, die eine andere Sorte von Mut aufbrachten und an die Arbeit gingen, während ihre Brüder kämpften. Sie bedürfen der Belohnung: der Verrat braucht klingende Anerkennung in dieser Welt. Und er erhält sie auch. Ein lütticher Unternehmer hat 3000 Frank ausgezahlt, um jene Arbeiter zu belohnen, die während des Generalstreiks gearbeitet haben. Man kann ruhig sagen: diese Belohnungen verdienen ihre Belohnung.

### Rußland.

Sieg der Sozialdemokratie in Finnland.

Helsingfors, 11. August. (Privattelegramm des „Vorwärts“.)

Das Ergebnis der Landtagswahlen übertrifft unsere Erwartungen. Unsere Partei hat fünf Mandate gewonnen, eins verloren und besitzt nun mit ihren 90 Mandaten 45 Prozent aller Sitze im Landtage. Die für die Sozialdemokratie abgegebene Stimmzahl ist von 41,1 Prozent im Jahre 1911 auf 42,9 Prozent gestiegen. Seit Einführung des neuen Wahlgesetzes vom Jahre 1906 hat die sozialdemokratische Mandatszahl bei den fast jährlich stattfindenden Neuwahlen ununterbrochen zugenommen. Niemals aber war die Steigerung so stark wie bei den diesjährigen Wahlen — ein Beweis für die Radikalisierung der Volksmassen und die feste Stellung der finnischen Sozialdemokratie. Der Gewinn unserer Partei geht hauptsächlich auf Kosten der konservativen Altfinnen, deren Mandatszahl von 43 auf 38 gesunken ist. Die bürgerlichen Mittelparteien, Schweden und Jungfinnen, haben nur eine geringe Verschiebung untereinander aufzuweisen. Dagegen ist der radikale Kleinbauernbund von 16 auf 18 Mandate gestiegen, während der Vertreter der Christlichen Arbeiter aus dem Landtag herausgewählt worden ist.

### China.

Neue Kämpfe.

Hankau, 11. August. Zwischen Jotzhou und Hunan hat eine Schlacht zwischen Regierungstruppen und Aufständischen begonnen.

Schanghai, 11. August. (Wendung des Neuterschen Bureaus.) Die Regierung beförderte am Sonnabend 2500 Mann und ein anderes starkes Kontingent südwärts. Sie wurden nördlich von den Fremdenüberläufergruppen gelandet. Eine Abstellung von 1000 Mann trieb die Rebellen auf die Forts von Wusung zurück. Die Rebellen in den Forts von Wusung dehnen ihre Verteidigungswerke aus. Die Regierungstruppen rücken von vier Seiten, überall unter dem Schutze der Flotte, vor. Kriegsschiffe bei Wusung versuchten, zur Regierungspartei überzugehen, doch eskalierte nur ein Schiff, die übrigen wurden von den Rebellen verbrannt. In den Forts von Wusung soll Mangel an Munition herrschen. Es heißt zwar, Munition sei in größerem Umfange in die Forts geschmuggelt worden, doch soll sie für die Geschütze nicht brauchbar sein. Tschungking hat seine Unabhängigkeit erklärt, doch glaubt man, daß Sogelshuan im großen und ganzen loyal ist.

Hankau, 11. August. Die Provinz Jukien hat ihre Unabhängigkeitserklärung vom 20. Juli widerrufen.

### Soziales.

Endlich hört die Prämienjustiz auf.

Endlich scheint sich bei den Berichten die Erkenntnis Bahn gebrochen zu haben, daß die exorbitant niedrigen Strafen gegen Kassenbeitragshinterzieher geradezu Prämien für Kassenbeträger sind. Krankenkassenbeiträge in Höhe von 222 Mark hatte eine Zeit lang die Firma Lindenblatt u. Co. in Tempelhof ihren Arbeitern abgezogen, aber nicht abgeliefert, sondern in ihrem Nutzen verwendet. Alle Maßnahmen der Ortskrankenkasse in Tempelhof blieben erfolglos und deshalb wurde gegen den Inhaber der Firma, Architekt Kulle, gerichtlich vorgegangen. Die Strafkammer des Landgerichts II verurteilte jetzt K. zu drei Monaten Gefängnis und 150 Mark Geldstrafe.

Die Selbstherrlichkeit des Direktoriums der Angestelltenversicherung.

Das Direktorium der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte hat den Vertrauensmännern der Angestelltenversicherung den Wunsch ausgedrückt, die Vertrauensmänner mögen zu Ortsausschüssen zusammenzutreten, damit der Verkehr zwischen Direktorium und den Vertrauensmännern der einzelnen Bezirke nur mit einer Stelle zu erfolgen brauche. Es ist ohne weiteres zuzugeden, daß diese Einrichtung den schwebeligen Vertrauensmännerapparat für die Praxis der Angestelltenversicherung dienstbar machen kann. Da aber diese Ortsausschüsse im Gesetz nicht vorgesehen sind, kann es sich immer nur um eine freiwillige Vereinbarung der Vertrauensmänner untereinander handeln. Das Direktorium hat auch, um die Bildung der Ortsausschüsse zu erleichtern, den Entwurf einer Geschäftsordnung für die Ortsausschüsse hergestellt, verlangt nun aber, daß sich die Ortsausschüsse klarlich an den Wortlaut dieses Entwurfs halten. Diese bürokratische Bevormundung ist um so unerträglich, als alle Versuche der Angestelltenvertreter, durch Änderungen der Geschäftsordnung die Ortsausschüsse arbeitsfähig zu gestalten, von dem Direktorium rundweg abgelehnt werden. In der letzten Sitzung des Verwaltungsrates der Angestelltenversicherung hat das Direktorium erklärt, daß den Wünschen der Vertrauensmänner auf Änderung der Geschäftsordnung einwilligen nicht entsprechen werden kann. Das Direktorium werde diese Wünsche noch einiger Zeit prüfen und, sofern sie auf Grund der Erfahrungen berechtigt erscheinen, einer Änderung der Geschäftsordnung näher treten. Diesem überbürokratischen Standpunkt stimmte der Verwaltungsrat zu. Diese Zustimmung ist vielleicht das peinlichste an der ganzen Angelegenheit. In dem Verwaltungsrat sind Angestelltenvertreter gewählt worden, damit sie die Interessen der Angestellten gegenüber der Bürokratie vertreten sollen. Statt dessen stimmen diese Angestelltenvertreter der Bekräftigung ihrer unmittelbaren Wähler, der Vertrauensmänner, zu. Man kann sich diesen Luxus ja auch gestatten, da durch die seltsame Wahlkreisgeometrie die Vertreter der freien Vereinigung trotz ihrer großen Stimmzahl ausgeschlossen sind.

Das Verhalten des Verwaltungsrates und des Direktoriums fordert den schärfsten Widerspruch heraus. Die Vertrauensmänner, deren Zusammenarbeit doch freiwillig ist, werden bevormundet wie unwillige Kinder. Wo bleibt da die Selbstverwaltung, die den Angestellten versprochen worden ist? Entweder werden die Beschlüsse der Ortsausschüsse im Gesetz festgelegt, oder die Vertrauensmänner geben sich eine Geschäftsordnung, wie sie ihren Anschauungen entspricht. Die Verwaltungswillkür des Direktoriums aber ist unerträglich und muß schleunigst beseitigt werden.

### Eine glückliche Gemeinde.

Das bayerische Städtchen Klingenberg a. Main in Unterfranken bietet seinen Bürgern seltene Annehmlichkeiten. Der etwa 2000 Einwohner zählende Ort hat außer einer größeren Gemeindeverwaltung und anderen Grundstücken ein Lotteriewerk in gemeindlichem Betrieb. Der Ertrag dieses Lotteriewerkes stellte sich im abgelaufenen Rechnungsjahr auf 650 000 M., hier von waren 60 Prozent reiner Gewinn. Das Städtchen ist mit allen kommunalen Annehmlichkeiten ausgestattet, trotzdem brauchen die Klingenberger Bürger keinerlei gemeindliche Abgaben zu leisten. Alle Gemeindebedürfnisse und gemeindlichen Ausgaben werden durch die Einnahmen des Lotteriewerkes gedeckt. Obwohl man bereits einen Reservefonds von 2 Millionen Mark angesammelt hat, kann jedem Bürger ein Betrag von 400 M. in bar aus der Stadtkasse ausbezahlt werden. Natürlich haben die glücklichen Klingenberger dafür gesorgt, daß es nicht so leicht ist, dort Bürger, d. h. nuzungsberechtigter Bürger zu werden. Eingesehene werden erst dann nuzungsberechtigte Bürger, wenn sie 25 Jahre alt sind und 200 M. zahlen. Auswärtige, d. h. Zugezogene, müssen, wenn sie nuzungsberechtigte Bürger werden wollen, 1600 M. herappren. Solche Fremdlinge haben indessen dann einen Vorteil, wenn sie sich eine Klingenbergerin zur Frau erklären. In diesem Falle können sie schon für 1300 M. glücklicher Bürger von Klingenberg werden.

### Baunternehmer.

Bei jeder passenden oder unpassenden Gelegenheit versichern unsere Unternehmer, daß sie gerne und freudig die Lasten der sozialen Gesetzgebung tragen würden, was leider von den Versicherern gar so wenig erkannt würde. Ein Blick in die Verhältnisse der Berufsvereinigungen zeigt uns aber, welche „Freude“ die Herren am Zahlen haben. Der Bericht der Rheinisch-Westfälischen Baugewerks-Berufsvereinigungen liegt z. B. sehr beweislich, daß wieder 72 138,51 M. oder 2,1 Prozent der Gesamtbeiträge „nicht einziehbar“ gewesen sei. Trotz aller Nähe der Organe haben sich die Unternehmer als unspürbar erklärt, den Offenbarungseid geleistet und sicher auch zahlreiche Arbeiter um ihren sauer verdienten Lohn geprellt. Es wird deshalb an alle Arbeitgeber öffentlich die Bitte gerichtet, doch ja bekannt zu geben, „wo ein fauler Zahler eine Arbeit übernimmt“, damit die Pfändung des Gutvermögens erfolgen könne. Große Hoffnungen habe man auch auf die neuen Bestimmungen des § 772 u. v. der R.O. gesetzt, wonach eine Sicherung der Beiträge erfolgen könne. Das Reichsversicherungsamt habe aber am 17. Juni 1913 erklärt, daß die Landeszentralbehörden sich dahin ausgesprochen haben, den Berufsvereinigungen zu überlassen, sich in geeigneten Fällen an die zuständige Behörde zu wenden. Die Einführung der Sicherungspflicht empfehle sich nur für Großstädte mit mehr als 100 000 Einwohner, in denen erfahrungsgemäß die Vauspekulation ihren Hauptstich habe usw. Die Berufsvereinigungen sind aber der Ansicht, daß gerade in den in der Entwicklung begriffenen mittleren Städten sich die Bau- und Bodenpekulation recht ausbreiten bemerkbar macht, und daß gerade diese Orte solche Sicherheiten dringend nötig machten. In zahlreichen Beispielen wird dies dann auch gezeigt, welche Schiebungen im Baugewerbe auch in mittleren Orten schon vorkommen, wie viele Strohmannen vom Kapital vorgezogen worden sind usw. Einzelne Beispiele zeigen aber deutlich, daß die Berufsvereinigungen eigentlich doch mehr gegen solche Fälle geschützt sind, als z. B. die Krankenkassen. Sie können sehr oft die Versicherungspflicht eines solchen „Betriebs“ bestreiten und alle vorgenommenen Arbeiten als Regierarbeiten erklären und dann einfach den kapitalkräftigen Bauherren lassen. Das kann aber eine Krankenkasse nicht, denn das Krankenversicherungsrecht kennt keine Regierarbeiten, und sind solche „Unternehmer“ immer anmeldepflichtig. Der Bericht bringt auch Zahlen aus Berlin, in welchen die Behörden seit einiger Zeit Erhebungen angestellt haben und bemerkt: Es stellte sich leider heraus, daß die Zahl der Schädlinge im Baugewerbe sich nicht höher stellte, als man früher angenommen hatte. Nicht weniger als 907 unzuverlässige Firmen und Unternehmer sind jetzt amtlich ermittelt. Diese Zahl schließt 40 Firmen ein, denen die Ausübung des Gewerbetriebs als Baunternehmer und Bauleiter durch rechtskräftiges Urteil des Verwaltungsgerichts untersagt wurde. Weitere 37 Firmen würden weiter streng überwacht usw. Dann sind nicht weniger als 439 Firmen vorhanden, deren Geschäftsbetriebe in moralischer, wirtschaftlicher und bautechnischer Hinsicht zu Bedenken Veranlassung geben und schließlich gibt es 391 Unternehmer, die sich ebenfalls in moralischer, wirtschaftlicher usw. Hinsicht als unzuverlässig zeigten und die gegenwärtig das Gewerbe als Baunternehmer nicht ausüben dürfen.

Eine nette Gesellschaft. Das hindert aber den Vorstand der Berufsvereinigungen nicht, recht hurrapatriotisch zum Schluß auf 25 jährige Regierungszeit Wilhelm II. hinzuweisen und „alle Deutsche im Inlande (auch die Wauschwinder!) und im Auslande haben freudigen Herzens teilgenommen an dem Jubiläum“. Was hat dies mit einem Genossenschaftsbericht zu tun? Doch der Vorsitzende ist ein „Politiker“ ersten Ranges, denn er schreibt weiter, daß sich die Berufsvereinigungen auch die Frage vorgelegt habe: „Wie wird es in Kriegzeiten?“ Große Sorgen entstehen dann, weil sich die Arbeit verringert, damit die Arbeiterzahl und die Anlagen, während die Lasten weiter steigen würden. Sehr richtig, wenn der gute Mann weiter anführt, daß dieser knappe Hinweis, wenn er auch gar nicht in einen Berufsvereinigungsbericht hineingeht — genügen möge, „um in den berufsvereinigungsrechtlichen Kreisen die Segnungen des Friedens zu erfassen“. Dann aber schreibt der brave Baunternehmer aus Elberfeld plötzlich hell auf: „und uns zu freuen, daß Regierung und Volk einmütig (!) die Stärkung der Wehrkraft als sicheres Mittel zur Erhaltung des Friedens erkannt und für ihre Durchführung gesorgt haben“. Sicher hat der gute Herr diesen Erguß in einer Kriegerebene gelesen und glaubte, daß er auch in einem unparteiischen Bericht einer Genossenschaft, zu welcher doch bekanntlich auch sozialdemokratische Baunternehmer ihre Beiträge zu zahlen haben, unbedingt hineingeht.

### Letzte Nachrichten.

Rumänien demobilisiert ebenfalls.

Bukarest, 11. August. (B. T. B.) Der König hat den Befehl zur Demobilisierung unterzeichnet, welche am 13. August beginnen wird.

Die türkische Antwort den Mächten übermittelt.

Konstantinopel, 11. August. (B. T. B.) Der Großwesir hat den Botschaftern mündlich die Antwort der Pforte mitgeteilt.

Kriegstreiber in Amerika.

Washington, 11. August. (B. T. B.) Präsident Wilson deutete an, er sei geneigt, zu glauben, es bestעה eine, wenn auch nicht ausgeübte Organisation, die den Wunsch habe, den Krieg mit Regio herbeizuführen. Versuchen erklärte er, sind sie hauptsächlich dahin instruiert worden, die amerikanische Regierung über die Zustände in Regio und die Möglichkeiten für Dienste Amerikas im Interesse des Friedens zu unterrichten.

Brandkatastrophe in einem Kinematographentheater.

Madrid, 11. August. (B. T. B.) Die Blätter melden aus Valencia: In Gandia brach in einem überfüllten Kinematographentheater Feuer aus. Es entstand eine Panik. 49 Personen wurden verletzt, davon 14 lebensgefährlich; zahlreiche Besucher erlitten Quetschungen.



# Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis.

Dienstag, den 12. August 1913, abends 8 Uhr:

## 4 Mitglieder-Versammlungen

in folgenden Lokalen:

Prater-Theater, Kastanien-Allee 7/9. | Vharussäle, Müllerstr. 142 (Parterre-Saal).  
Kastanienwäldchen (Zuh. Walter), Badstr. 16. | Moabiter Gesellschaftshaus, Wicelstr. 24.

Tagesordnung:

1. Der politische Massenstreik. 2. Diskussion.

Referenten: Emil Eichhorn, Konrad Haenisch, Karl Diebnecht, Heinrich Ströbel.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Der Vorstand.

# Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.

Bureau: Melchiorstraße 28, part. | Arbeitsschweis: Räderstraße 9.  
Fernsprecher Amt Npl. Nr. 4787. | Filiale Berlin. | Fernsprecher: Amt Norden 6708.

Donnerstag, den 14. August 1913, abends 8 1/2 Uhr:

## Mitglieder-Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15.

Tagesordnung:

1. Bericht von der Generalversammlung in Halle.  
2. Diskussion.  
3. Verbandsangelegenheiten.

Nur Mitgliedsbuch legitimiert.

Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. — Zahlreichen Besuch erwartet

185/2\*

Die Ortsverwaltung

# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin, C 54, Liniestr. 83-85.

Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

## Achtung! Bauanschläger. Achtung!

Die Branchenversammlung fällt wegen Besuches der Bauausstellung in Leipzig am Donnerstag aus. Die nächste Versammlung findet am 11. September statt. Wir ersuchen die Kollegen, recht rege für guten Besuch zu sorgen.

Donnerstag, den 14. August 1913, abends 8 Uhr:

## Versammlung

sämtlicher in den Eisengießereien beschäftigten Kernmacher und Kernmacherinnen in den Borussia-Sälen, Kickerstraße 6/7.

Tagesordnung:

1. Branchenangelegenheiten. 2. Verschiedenes. 128/14

Mitgliedsbuch legitimiert.

Zahlreiches Erscheinen erwartet

Die Ortsverwaltung.

# H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Afer 5.

Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik. Spezialität: Nordhäuser Kautabak von G. A. Hanewacker, Grimm & Triepel.

Stets frisch zu den äußersten Engrospreisen.

Amt IV, 3014.

Den Parteigenossen im sechsten Kreise empfehle mein Zigarrengeschäft. Louis Hahn, Hochstädter Str. 10.

**Oskar Wollburg Trauer-Magazin**  
Berlin N., Brunnenstraße 56.  
Große Auswahl in schwarzer Konfektion; auch einz. Röcke, Blusen, Hüte etc. Anfertigung nach Maß in 12 Stunden. Änderungen sofort.

**Blumen- und Kranzbinderei von Robert Meyer,**  
Zuh.: P. Gollets  
Mariannenstr. 2. Tel. Npl. 346.

**Billig! Billig!**  
Verkaufe umständlicher in Buch Parzellen.  
Ruh. Hardts, Galenstraße 71, ob. Krause, täglich Bahnhofrestaurant Groß, Bahnhof Buch. 14582\*

**Kranzspenden**  
sowie sämtliche Blumenarrangements liefert schnell und billig Paul Gross, Lindenstr. 69, Tel. Npl. 7203.

# Arbeitslosen-Versammlungen!

Am Mittwoch, den 13. August, vormittags 11 Uhr, finden

## 7 Arbeitslosen-Versammlungen

in nachstehenden Lokalen statt:

Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 4.  
Kellers Festäle (Dbiglo), Koppenstr. 29.  
Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee 10.  
Sophiensäle, Sophienstr. 17/18.  
Moabiter Gesellschaftshaus, Wicelstr. 24.  
Königshof, Bülowstr. 37.  
Neue Welt, Hasenheide 108/114, hinterer Saal.

Tagesordnung:

## Die Arbeitslosigkeit und deren Ursachen!

Referenten:

O. Becker. P. Dupont. Th. Glocke. O. Hanke. F. Kunze. F. Schneider. A. Werner.

Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend.

300/2\*

J. H.: Alwin Körsten.

**PUCK**  
DIE NEUE QUALITÄTS-  
**3**  
Pfg.  
CIGARETTE  
m/Gold  
m/Hohlmdst.  
flach

GEORG A. JASMATZI A.G. DRESDEN  
GRÖSSTE DEUTSCHE CIGARETTENFABRIK

**Theater.**  
Dienstag, den 12. August 1913.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Prater. Das Bummelmädchen.  
Anfang 8 Uhr.  
Urania. Großelchner, Gastein, Salzburg.  
Neues Opern (Kroll). Der fliegende Holländer.  
Schiller O. Undine.  
Westen. Sylvester Schäfer. Das starke Stück. Ein angeborener Abend.  
Berliner. Himmelsauer.  
Thalia. Puppchen.  
Metropol. Die Kimo-Königin.  
Perrafeld. Endlich allein. Die Schongeld-Jäger.  
Wintergarten. Spezialitäten.  
Reichshallen. Stettiner Sänger.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Komödienhaus. Höferrschäftliche Wohnungen.  
Deutsches Schauspielhaus. Das Farmerhäuschen.  
Lustspielhaus. So'n Windhund.  
Rote. Das Schloß am Meer.  
Luisen. Die Yutiganin.  
Folies Caprice. Die feuchte Toilette. Schloß patent.  
Kosmos. Der Aktien-Tenor.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Deutsches. Die Schiffbrüchigen.  
Anfang 9 Uhr.  
Admiralspalast. Eisballett: Flirt in St. Moritz.  
Esterwarte. Invalidenstr. 57-62.  
Beranto, Redakt.: Alfred Wielepp, Neudö. Inzerenten! verantr.

**Sachse-Oper**  
Schiller-Theater O. Theater.  
8 Uhr:  
**Undine.**  
Schiller-Theater Charlottenburg.  
Donnerstag, den 14. August 1913:  
Gröfnung der Spielzeit.  
**Der Leibgardist.**  
Komödie in 3 Akte, v. Franz Molnar.  
Anfang 8 Uhr. Ende 10 Uhr.  
Freitag und folgende Tage:  
**Der Leibgardist.**  
**Kroll-Oper**  
8 Uhr:  
**Der fliegende Holländer.**  
Mittwoch:  
**Tannhäuser.**  
Deutsches Schauspielhaus  
8 1/2 Uhr: Das Farmerhäuschen.  
**ROSE-THEATER**  
Große Frankfurter Str. 182.  
**Das Schloß am Meer.**  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Auf der Gartenbühne:  
**Achtung! Es geht los!**  
Große Völse. Anfang 4 1/2 Uhr.  
Vorher Konzert. Umalter. Bunt. Zeit.

**Berliner Theater.**  
8 Uhr: Filmzauber.  
**ZOO-LOGISCHER GARTEN**  
Täglich:  
**Großes Militär-Doppel-Konzert.**  
Eintritt 1 Mark, von 6 Uhr ab 50 Pf.  
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte  
**Admiralspalast**  
Einz. Eispalast der Welt mit prunkvollen Eisballetten. Angenehm kühler Aufenthalt. Allabendlich.  
**Flirt in St. Moritz.**  
Wiederaufr. der kleinen Charlotte. Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr halbe Kassonpreise.  
**Brauerei Friedrichshain**  
Am Königshof. Def.: Ernst Liebing.  
Jeden Dienstag- und Donnerstagnachmittag:  
**Kaffee-Frei-Vorstellung**  
der Norddeutschen und Apollo-Sänger  
bei freiem Entree.

**Theater des Westens.**  
8 Uhr. Vorletzte Woche!  
**Sylvester Schäfer.**  
Vorher: Das starke Stück.  
Ein angeborener Abend.  
**Neue Welt**  
A. Scholz, Hasenheide 108-114  
Täglich:  
gr. Konzert u. Vorstellung  
Heute Dienstag, d. 12. August:  
**Sommerfest**  
d. Berliner Konditor-Gehilfen-Vereins, gegr. 1875.  
Verbund. m. gr. Tortenverlos. Anfang 4 Uhr.  
Voranzelge: Morg. Mittw.: Gr. Erntedankfest.  
**Metropol-Theater.**  
abends 8 Uhr:  
**Die Kimo-Königin.**  
Operette in 3 Akten von Jul. Freund und G. Olfendoff.  
Musik von Jean Gilbert.  
In Szene gesetzt v. Dir. Rich. Schulz.

**Casino-Theater**  
Wiedereröffnung:  
**Sonnabend, den 16. August.**  
**„Der Aktien-Tenor oder Caruso auf Teilung“.**  
Vorher: Islgl. 11-2 an d. Theaterkasse.  
**Passage-Panoptikum**  
Die Offenbarungen der Traumalerin  
**Frau Assmann,**  
d. Aufseh. d. wissensch. Kreise.  
**AGA**  
die schwebende Jungfrau.  
**Buddha**  
die geheimnisvolle Tafel.  
Alles ohne Extra-Entree!  
**Voigt-Theater**  
Badstraße 38.  
Täglich:  
**Der Verschwender.**  
Zauberstücke mit Gesang und Tanz in 5 Akten von Raimund.  
Gänzlich neue Spezialitäten.  
Anfang 10 Uhr. Anfang 4 1/2 Uhr.  
Voranzelge! Dienstag, d. 19. August: Benefiz für den Ballettmittel-Taglion.

**Volksgarten-Theater.**  
Badstr. 8 und Bollermannstr. 20/25.  
Dienstag, den 12. August 1913:  
**„Ihre Familie“ oder „Zwei v. Ballett“**  
Vollständ. mit Gesang in 3 Akten von Glinde u. Engels.  
Die brillanten August-Spezialitäten.  
Anfang 4 Uhr.  
**Reichshallen-Theater**  
Stettiner Sänger  
Anfang 8 Uhr.  
**Berliner Prater-Theater**  
7-9 Kastanien-Allee 7-9.  
Täglich:  
**Das Bummelmädchen**  
Gr. Anstaltungsp. in 4 Akten v. R. Deye  
Musik von Kirch und Scherer.  
Erklat. Spezialitäten. Konzert.  
Anfang 4 1/2 Uhr. Eintritt 35 Pf.  
Für den Inhalt der zu erate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.



Quittung.

Im Monat Juli gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

- 2. Bern P. 2. 50,—; Weste-Schlachtensee 20,—. 3. Köln Reg. B. 20,—. 5. Wadetes 20,—; Wilhelm-Wipperfürth a Konto 1912/13 300,—. 7. Breslau-Ost und West I. Lu. 1710,92. 8. Falkenberg D/S. A. 2. 3,—; Gotha III. Lu. 393,90; Dresden-A. a Konto 1400,—. 9. Paris, Soz. Leseklub f. April bis Juni 1913 50,—. 11. Gent, Deutscher Arb.-Verein 48,88. 14. Bez. Brandenburg f. Binnensch. 1,15; 38,55; Cottbus-Spremb. berg a Konto 1912/13 100,—. 16. Breslau-Land I. Lu. 572,44. 17. Dessau-Jerbst I. Lu. 449,67; 1. jährl. Ar. I. Lu. 392,48. 19. Königsberg R.-M. a Konto 1912/13 20,—. 21. Berlin, Dr. A. 100,—; 9. jährl. Ar. I. Lu. 823,32; 4. jährl. Ar. a Konto II. Lu. 1500,—. 24. Berlin P. O. Jahresbeitrag 14/15 12,—; Hennig-Argentiniens 5,—; 25. Bierproz. v. d. Arb. d. Firma Kahl- bach u. Wolf d. B. 10,—; Altona f. Binnsh. I. Lu. 24,10; Bezirk Blüthenberg (Heilbronn 565,18, Wiberach 26,91, Eßlingen 780,81, Göppingen I. Lu. 12/13 358,14, II. Lu. 12/13 370,89) Sa. 2088,88; Freiburg-Emmendingen I. Lu. 173,40; Offenburg-Kebl. 7. bad. Ar. I. Lu. 115,32; Konstanz-Neberlingen I. Lu. 134,01. 28. Bez. Braunschweig (Braunschweig-Blauenburg 1737,03, Dolmünden-Gandersheim 142,71) Sa. 1879,74; Kontobucharb. v. Bedding 9,—; Bern. P. 2. 50,—. 29. Wolfenbüttel-Gelnstedt I. Lu. 184,77; 30. 2. jährl. Ar. I. Lu. 476,46; 8. jährl. Ar. I. Lu. 909,22. 31. Fr. S. Bad Eßig 5,50; Berlin, A. B. 50,—; S. P. 50,—.

Berlin, den 8. August 1913.

Für den Parteivorstand:

Otto Braun, Lindenstr. 8.

Postfachkonto: Nr. 7918, A. Gerisch, F. Ebert, D. Braun, Berlin, Lindenstr. 8, beim Postfachamt Berlin.

Kreiswahlverein für Niederbarnim.

Zu dem in der Montagnummer veröffentlichten Bericht über die Generalversammlung des Kreiswahlvereins für Niederbarnim erhalten wir noch folgende Ergänzung.

Der Vorsitzende Lehmann bemerkte, der Vorstand habe sich bemüht, einen tüchtigen Korreferenten aus Gewerkschaftskreisen zu dem Thema

der politische Massenstreik

zu bekommen, es ist ihm aber nicht gelungen.

Hierauf nahm die Referentin Genossin Rosa Luxemburg das Wort. — Die wesentlichsten Gesichtspunkte ihres Referats sind, kurz zusammengefaßt ungefähr diese: Da wir uns gegenwärtig in einer Diskussion über den Massenstreik befinden, müßten wir offene Augen haben für die Praxis, die in anderen Ländern beim Massenstreik angewandt worden sei. Die Frage des Massenstreiks dürfe nicht losgelöst werden von einer Betrachtung der gesamten Situation und der politischen Taktik unserer Partei. Der Massenstreik könne nicht angewandt werden als äußerstes Mittel, wenn die parlamentarische Taktik der Partei uns in eine Sackgasse geführt habe. Wenn jetzt die Frage des Massenstreiks mit so großem Eifer von den Massen diskutiert werde, ohne daß sie künstlich angeregt worden seien, so spreche das dafür, daß sich die Massen klar bewußt seien, daß wir bei der fortgeschrittenen Verschärfung der Klassengegensätze mit unseren bisherigen Kampfmitteln nicht mehr auskommen. Auf parlamentarischem Gebiet kommen wir nicht vorwärts, die Massen müßten deshalb ihren Willen unmittelbar zum Ausdruck bringen. Wir brauchen mit dem Massenstreik nicht zu warten, bis der letzte Proletarier organisiert ist. Die Organisationen seien stark genug, um die Führung der Massen zu übernehmen und bei einer Aktion die Unorganisierten mitzuführen. Gerade solche Massenaktionen würden zur Stärkung der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen beitragen. Es müsse bei dieser Gelegenheit die Frage gestellt werden, ob sich Massenorganisationen auf die Dauer überhaupt erhalten lassen, wenn nichts unternommen werde, wo die Hingabe, der Opfermut und das Risiko der Massen auf die Probe gestellt werden könne. Nichts sei so gesund für die deutsche Arbeiterschaft als stürmische Kämpfe. Die Bedenken, wir seien in Deutschland nicht reif oder wir dürften die Organisationen nicht aufs Spiel setzen, seien unbegründet. Ein Massenstreik könne allerdings nicht gemacht werden durch Beschlüsse des Parteivorstandes und der Generalkommission, sondern er müsse aus der gesamten Situation durch den Willen der Massen selbst entstehen. Die Taktik der Partei aber müsse so eingerichtet werden, daß sie der steigenden Erbitterung der Massen entspreche. Wenn hinsichtlich der Wucht der Massen manches zu wünschen sei, so liege das nicht zum wenigsten daran, daß die Politik der Partei nicht entschieden genug sei. Es sei in dieser Hinsicht nur an die Dämpfungspolitik erinnert. — Es sei auf den Vergarbeiterstreik verwiesen worden, um darzutun, daß die unorganisierten Massen nicht für eine Aktion zu haben sein würden, denn sie hätten ja nicht einmal den Vergarbeiterstreik mitgemacht, wo es sich doch nur um naheliegende wirtschaftliche Forderungen handelte, die unorganisierten würden und als bei einem politischen Streik erst recht im Stich lassen. Diesen Einwendungen sei entgegen zu halten: Wer die Vergarbeiterbetriebe von 1905 kenne, der müsse fragen, ob die Bewegung nicht durch eine viel zu verschwommene Taktik der Führer verpufft worden sei. Habe doch auch Kautsky zur Vergarbeiterbewegung von 1905 in der „Neuen Zeit“ geschrieben, mit einem Kampf für rein ökonomische Forderungen könne man bei den Vergarbeitern nichts ausrichten, die Verbindung von gewerkschaftlicher und politischer Aktion sei das einzige, was für die Vergarbeiter übrig bleibe. Dies — sagte die Referentin — führe sie an, weil ihr Kautsky die Lehren des Vergarbeiterstreiks entgegengehalten habe. — Die gegenwärtige Massenstreikdebatte sei mit Freunden zu begrüßen, sie sei ein Ausdruck der Situation und der Stimmung der Massen. Unsere Taktik müsse dahin gehen, das Schiff der Partei auf die Wogen einer kräftigen, scharfen und lähnen Aktion zu lenken. (Lebhafter Beifall.)

In der Diskussion nahm als erster Redner

Brühl das Wort. Er sagte unter anderem, der Parlamentarismus habe nur dann Wert, wenn die Massen hinter unseren Abgeordneten stehen. Es sei notwendig, daß wir schärfere Kampfmittel anwenden. Die Dämpfungspolitik habe eine Wendung in der Partei gebracht. Unsere Faktion fühle sich jetzt nicht mehr, wie früher, in erster Linie als öffentlicher Ankläger im Interesse des Proletariats, sondern sie fühle sich berufen, an den parlamentarischen Entscheidungen teilzunehmen. Wenn die Regierung, wie bei der Deckungsvorlage, nicht mehr wagt, die Arbeiter zu sehr zu belasten, so gehe das nicht aus Furcht vor den 110 Abgeordneten, sondern aus Furcht vor den Massen die hinter ihnen stehen. Um so dauerlicher sei die Haltung der Faktion zur Deckungsvorlage. Dieser Standpunkt sei für den Massenbewußten Arbeiter nicht zu verstehen, er werde in Arbeiterkreisen nicht gebilligt.

Jacobson wandte sich gegen einige Ausführungen der Referentin. Er erklärte die unbefriedigende Durchführung der Maifeier für eine Folge der von der Parteileitung 1890 gegen die Arbeiterschaft ausgegebenen Parole. Es sei nun dahin gekommen, daß mit dem Idealismus allein keine Bewegung mehr durchgeführt werden könne. Heute frage jeder nach der Unterstützung. Die Gewerkschaften hätten manches erzwungen, was sie nicht aufs Spiel setzen könnten. Durch überschwelliges Lob, welches manchmal unseren

Reichstagsrednern in der Parteipresse erteilt werde, würden die Massen in den Glauben verlegt, sie brauchen nichts mehr zu tun, da ja im Reichstag alles für sie getan werde. Die Resolution der Referentin könne man annehmen, ohne sich etwas zu vergeben. Reumann meinte, es sei allgemein das Gefühl vorhanden, daß etwas geschehen müsse. Die Befürchtungen, die an den Massenstreik geknüpft werden, seien nicht begründet. Sollte der Massenstreik nicht gelingen, dann müsse er wiederholt werden. Es müsse etwas getan werden. Wir müßten uns bereit machen, mit ganzer Kraft aufzutreten.

Räter bezeichnete den von Jacobson zum Ausdruck gebrachten Pessimismus als unbegründet. Die Massen müßten gewöhnt werden, nicht nur als Wähler, sondern als Kämpfer auf den Plan zu treten. Nachdem die Straßendemonstrationen gezeigt hätten, daß die Massen in der rechten Stimmung seien, hätte eine Probe mit dem Massenstreik, wenn auch auf einen Tag, gemacht werden müssen. Daß das verfaßt worden sei, habe in der Partei Erbitterung hervorgerufen. An der Laugel, die seit 1 1/2 Jahren in der Partei eingegriffen sei, trage die Dämpfungspolitik mit Schuld. — Zu bedauern sei, daß einzelne Arbeiterorgane die Massenstreikfrage sehr abfällig beurteilten. Zu diesen gehöre die „Metallarbeiterzeitung“. Der Redner verlas eine Neuerung derselben, welche die gegenwärtigen Massenstreikdebatten abfällig beurteilt und unter anderem sagt: zu den Unbesonnenheiten mit denen wir gegenwärtig zu rechnen haben, gehöre das hysterisch ammutende Zurückgreifen auf die Idee des Massenstreiks. Es gebe keinen, der nicht wisse, daß der Massenstreik einmal kommen müsse, aber man dürfe die Waffe nicht gebrauchen, um Augenblicksstimmungen Rechnung zu tragen. Keiner wisse zu sagen, was er unter Massenstreik verstehe und was er damit erreichen wolle. — Der Redner bemerkte hierzu, wir verbiten uns, daß uns die „Metallarbeiterzeitung“ vorschreiben will, wie wir diskutieren sollen.

Stadthagen schloß sich der vom Vorredner geübten Kritik der bezeichneten Neuerung der „Metallarbeiterzeitung“ an. Nicht nur die „Metallarbeiterzeitung“, sondern auch eine ganze Reihe Genossen glaubten, wenn sie eine führende Stellung einnehmen, dann hätten sie die nötige Weisheit und sie führten als Diplomaten einen Vortritt an, bis sie merken, daß sie durchgefallen sind, weil sie auf laulen Eiern tanzten. Der praktische Revisionismus sei deutlicher als je. Das zeige die Ueberhöhung des Parlamentarismus. Wir können durch den Parlamentarismus manche Vorteile erreichen und nehmen sie mit. Aber es ist eine Ueberpannung, zu glauben, wir könnten durch ihn den schwarz-blauen Bloß niederringen. Diese Ueberpannung habe uns zu der Dämpfungspolitik geführt. Bei der Deckungsvorlage habe unsere Faktion nichts erzwungen. Man solle sich also nicht Erfolg vortäuschen, wo keine vorhanden seien. Die von der Regierung vorgeschlagenen indirekten Steuern seien ja angenommen, ohne daß wir es verhindern konnten. Wir seien mit allen unseren grundsätzlichen Anträgen hineingefallen. Wir hätten gegen alle Deckungsvorschläge stimmen müssen, weil wir den Militarismus nicht stützen dürfen. Die seit der Dämpfung betriebene Politik der Partei führe dahin, daß wir mit der Massenstreiktheorie abhinken müssen. — Gegenüber Jacobson bemerkte der Redner, daß der 1890 von der Parteileitung gefaßte Beschluß in der Maifeierfrage unter den damaligen Umständen gerechtfertigt gewesen sei. Ein großer Teil der Gewerkschaftler übersehe, daß das Anwachsen der gelben Vereine eine Folge der gewerkschaftlichen Taktik sei, die nur auf materielle Erfolge sehe. Nichts habe die Gewerkschaft dagegen getan, daß das Koalitionsrecht vollständig trocken gelegt worden ist. Die Hauptfrage sei, einzutreten für die Grundrechte der Arbeiter und Kampf gegen den Kapitalismus.

Schwarzburger betonte, was Jacobson zum Ausdruck brachte, das sei nicht die Stimmung der Genossen in Oberschöneweide. Daß die Massenbewegung bei uns nicht so entzündet sei wie in anderen Ländern, daran hätten zum großen Teil die Gewerkschaften Schuld. Die Vorgänge der letzten Zeit würden die Gewerkschaften zwingen, mehr Wert auf die Massenbewegung zu legen. Die Massen wolle nicht zu einer Herde erzogen werden. Die Genossen in Ober-Schöneweide seien für eine schärfere Taktik.

Wigle erklärte, er sei in vielen Punkten mit der Referentin nicht einverstanden, aber ihrer Resolution stimme er zu. Er vermissen Angaben der Referentin darüber, welche Art des Massenstreiks sie befürworte. Wenn wir jetzt einen Massenstreik ins Werk setzten, dann würden wir ein Fiasko erleben.

Leipold wünscht, daß nicht so viele Worte gemacht, sondern Taten vollbracht würden. Die übertriebene Disziplin in den Organisationen sei ein Hindernis der Massenbewegung, sie sei auch die Ursache, daß das Vertrauen zur Organisation schwinde. Wenn man in den Fabriken vom Massenstreik spreche, dann bekomme man meistens die Antwort: Die Idee ist gut, aber es wird ja nichts daraus. Die Massen glauben also nicht an die Ausführung des Massenstreiks. Heute sei der einzelne nicht mehr maßgebend, weil die Instanzen alles bestimmen. Das Selbstbewußtsein des einzelnen müsse gehoben werden.

Halfes meinte, die Gleichgültigkeit, welche in den Massen herrsche, werde durch die Idee des Massenstreiks schwinden, durch sie würden die Massen aufgerüttelt werden.

Rosa Luxemburg sagte im Schlußwort unter anderem, wir hätten keinen Grund, die Zustände in der Partei als hoffnungslos anzusehen. Mit klarem Bewußtsein müßten wir den Mängeln in der Partei gegenüber stehen und sie beseitigen. Zu der Frage, welche Art des Massenstreiks sie empfiehe, sagte die Referentin, ein Rezept könne sie nicht vorschlagen. Man könne einen Massenstreik nicht nach bestimmten Regeln machen, man könne ihn nicht vorschreiben, aber ihn voraussehen und sich bereithalten, damit die Situation, wenn sie dem Massenstreik günstig ist, ausgenutzt werden könne. Da sich die „Metallarbeiterzeitung“ geäußert habe, Kritik an Beschlüssen der Partei zu üben, so könnten auch wir uns gestatten, den Verbandtagsbeschlüssen zum Werftarbeiterstreik zu kritisieren. (Beifall.) Die Bewegung der Werftarbeiter, die von unten herauf kam, habe sich gebrochen an dem ohnmächtigen Paragraphen des Statuts. Ein großartiger Kampf sei erbrochen worden, nur um den Wusthaften des Statuts gerecht zu werden. — Es müsse den Massen klar gemacht werden, daß die Organisation nicht um ihrer selbst willen, sondern nur als Mittel zum Zweck da sei. Nicht von oben dürfe alles gemacht werden, die Massen müssen mit solchem Geist erfüllt werden, daß sie zur rechten Stunde auf dem Posten seien und auch die Führer nicht versagen. (Starker Beifall.)

Hierauf wurde die in der Montagnummer abgedruckte Resolution der Referentin einstimmig angenommen. Dann folgte die ebenfalls gestern schon berichtete Debatte über die Resolution Schwarzburger und deren Annahme.

Nachdem diese Angelegenheit erledigt war, nahm die Versammlung

Stellung zum Parteitag.

Lehmann gab hierzu ein einleitendes Referat. In der Hauptsache beschäftigte er sich mit der gegenwärtigen Taktik der Partei. Er billigt die Haltung der Faktion zur Deckungsvorlage und führte aus, daß diese Haltung im Einklang stehe mit unserem Parteiprogramm. — Er äußerte sich gegen die Auffassung, besonders auch der Ansicht Lehmanns, daß die Faktion es nicht auf eine Auflösung des Reichstages habe ankommen lassen dürfen. Solche Rücksichten dürften für uns nicht bestimmend sein. — Rosa Luxemburg äußerte sich in längeren Ausführungen zu dieser Frage und betonte, daß sich die Vereinigung der Deckungsvorlage nicht mit unserem Programm vereinbaren lasse. Die Haltung der Faktion in dieser Angelegenheit sei ein außerordentlich großer Fehler. — Rehrise und Stadthagen wandten sich gleichfalls gegen die von Lehmann vertretene Anschauung.

Fast einstimmig wurde eine Resolution angenommen, worin die Versammlung die Haltung der Faktion zur

Deckungsvorlage bedauert und vom Parteitag erwartet, daß er für solche Fälle Richtlinien aufstellt, die mit unserem Programm im Einklang stehen.

Ferner wurden folgende Anträge angenommen:

Auf dem diesjährigen Parteitag den politischen Massenstreik als besonderen Punkt zu behandeln.

Dem Vorschlag des Parteiaususses, betreffend die Abführung des Tagesverdienstes am 1. Mai, nicht zuzustimmen.

Der Beschluß des Parteiaususses zur Raifondsfrage, wonach nur die in Bureau und Redaktionen der Partei und Gewerkschaften angestellten Parteigenossen den Tagesverdienst dem Raifonds zuführen sollen, ist als verfehlt zu betrachten. Es ist vielmehr zu erwarten, daß alle Parteigenossen und Genossinnen, die am 1. Mai unter Fortzahlung ihres Lohnes feiern, diesen Tagesverdienst entsprechend dem Rührberger Parteitagbeschlusse dem Raifonds zuführen.

Die Faktion wird beauftragt, im Reichstag einen Antrag auf Schaffung einer Reichs-Arbeitslosenversicherung einzubringen.

Der Parteivorstand wird beauftragt, statistisches Material über Volkswirtschaft (eventuell durch graphische Darstellung und Diagramme) in Broschürenform im Buchhandel permanent erscheinen zu lassen.

Als Delegierte zum Parteitag wurden gewählt: Lehmann, Friedrichs, Jaffe, Vachtenberg, Schwarzburger, Oberschöneweide, Schindler, Panlow und Martha Krendler.

Als Mitglied des Parteivorstandes wurde Brühl vorgeschlagen. Wigle wurde als Mitglied der Reorganisationskommission für Groß-Berlin gewählt.

Damit war die Tagesordnung der Versammlung, welche von 10 bis 5 Uhr getagt hatte, erledigt.

In der gestern veröffentlichten Resolution zum Massenstreik sind zwei Druckfehler zu berichtigen. Im dritten Absatz muß es statt „die Verstoffe des Imperialismus“ heißen: „die Verstoffe des Imperialismus“. Im vierten Absatz muß statt „entschlossene Taktik der Partei“ gelesen werden: „entschlossene Taktik der Partei“.

Zu der Anmerkung der Redaktion über die Annahme der auf der Niederbarnimer Generalversammlung gefaßten Resolution Schwarzburger möchte ich als Veteiligter bemerken, daß nach meiner Ansicht und soweit ich weiß der aller Genossen, die für die Resolution stimmten, durch diese nicht in eine gewerkschaftliche Angelegenheit eingegriffen werden soll oder kann, da selbstverständlich der Beschluß des außerordentlichen Verbandstages auch für den Teil bindend ist, der eine andere Beschlusfassung im Interesse der Arbeiterbewegung gewünscht hätte. Arthur Stadthagen.

Landeskonferenz der Sozialdemokratie Hessens.

In Mainz tagte am Sonnabend und Sonntag die diesjährige Landeskonferenz der Parteigenossen des Großherzogtums Hessen. Den Vorsitz führte Genosse Karl Ulrich. Vertreten waren 91 Orte aus sämtlichen 9 Wahlkreisen Hessens, ferner die 9 Wahlkreisvorstände und die hessische Parteipresse. Außerdem waren die hessischen Reichstags- und Landtagsabgeordneten unserer Partei sowie als Vertreter des Parteivorstandes Genosse Hermann Müller-Berlin erschienen.

Auf der Tagesordnung stand außer den Berichten des Landesvorstandes und der Landtagsfraktion das neue hessische Kommunalprogramm (Referent: Bruhns-Offenbach) und die Stellung der Sozialdemokratie zu den Steuerfragen (Referent: Dr. David). Ein Antrag, auch den diesjährigen Parteitag zu beschreiben, wurde abgelehnt.

Aus dem Geschäftsbericht des Landesparteisekretärs Reumann-Offenbach geht hervor, daß die Mitgliederzahl in den verflohenen neun Monaten um 730 = 4,6 Proz. zugenommen hat. In Hessen sind 21,8 Proz. der sozialdemokratischen Reichstagswähler politisch organisiert, der Reichsdurchschnitt beträgt 23,1 Proz. Als besonders wichtige Aufgabe bezeichnet der Berichterstatter die Agitation unter den Privatangestellten, ebenso müsse die Agitation bei den Frauen schärfer einengen. Der wirtschaftliche Niedergang erschwert in steigendem Maße die Gewinnung neuer Parteimitglieder.

Beschlossen wurde die Herausgabe einer besonderen Frauenbeilage für ganz Hessen, für die weiblichen Mitglieder sollen besondere Beitragsmarken herausgegeben werden. Die Einrichtung von Lehrkursen zur Heranbildung agitatorisch tätiger Genossinnen wird dem Landesvorstand anheimgestellt, ebenso die Schaffung einer Bildungszentrale für Hessen.

Den Reichenschaftsbericht der Landtagsfraktion erstattete Genosse Eusold-Friedberg. Er kritisierte besonders scharf das von den vereinigten Bauernbündlern, Zentrallern und Rationalliberalen im Landtage gefaßte neue Gemeindesteuergesetz, das nach dem einstimmigen Urteil des gesamten Landes, auch der ganzen bürgerlichen Presse, den Handels- und Gewerbestand schwer trifft, die Kapitalisten und Großgrundbesitzer dagegen nach Kräften schützt. Die Anhänger aller Parteien sind einig im Protest und in der Forderung schnellster Abänderung dieses Gesetzes. Die sozialdemokratischen Vertreter haben sich von vornherein gegen das Gesetz gewehrt, ohne gegen die kompakte Mehrheit etwas ausrichten zu können. Und diese unfähige Mehrheit soll nächsten die Beamtenbesoldungsreform und, was viel schlimmer ist, die Reform des Volksschulwesens vornehmen. Wir müssen die Gelegenheit benutzen, das hessische Volk über die Rückständigkeit und Unfähigkeit seiner bürgerlichen Vertreter gründlich aufzuklären, damit unsere Faktion bei den nächstjährigen Landtagswahlen eine gehörige Stärke erfährt.

Nach kurzer Debatte erklärte sich die Landeskonferenz mit der Tätigkeit der Landtagsfraktion einverstanden. Beschlossen wurde die Herausgabe eines Führers durch das neue hessische Gemeindesteuergesetz.

Die „Stellung der Sozialdemokratie zu den Steuerfragen“ begründete in einem längeren mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Referat Genosse Dr. David. Der Redner verteidigte radikallos die Stellungnahme der Faktion, die unter den gegebenen Verhältnissen gar nicht anders hätte handeln können. Die von der Minderheit der Faktion vorgeschlagene Taktik bezeichnete Genosse David als „Schlammertaktik“. In der Diskussion sprach nur Genosse Rint, Parteisekretär in Offenbach, der sich gegen die Haltung der Faktion wandte. Mit allen gegen eine Stimme wurde nach kurzer Diskussion folgender Antrag angenommen: Die Landeskonferenz der Sozialdemokratie im Großherzogtum Hessen empfiehlt dem Jenaer Parteitag die Annahme folgender Resolution:

„Der Parteitag stellt sich auf den Boden der von der Reichstagsfraktion zu den Deckungsvorlagen abgegebenen Erklärung und billigt ausdrücklich die Zustimmung der Faktion zu den beiden Versteuergesetzen.“

Der neue Kommunalprogramm-Entwurf wurde nach einem eingehenden Referat des Genossen Bruhns im wesentlichen nach den Vorschlägen der Programmkommission angenommen.

Die Wiederwahl des bisherigen Landesvorstandes erfolgte per Akklamation. Damit war die Arbeit der diesjährigen hessischen Landeskonferenz erledigt.



# Der Landes-Parteitag der gothaischen Sozialdemokratie

fand am Sonntag in G o t t a statt. 47 Orte waren durch 122 Delegierte vertreten. Außerdem waren der Landesvorstand, die Landesfraktion und die Bezirkskommission anwesend. Die Bezirksorganisation hatte den Genossen L e b e r entsandt. Aus dem Bericht, den der Vorsitzende der Landesorganisation, Genosse J e n t r a f, erstattete, ging hervor, daß im Berichtsjahre 118 öffentliche und 511 Mitgliederversammlungen stattgefunden haben sowie 100 000 Flugblätter und 30 000 Kollisblätter verteilt worden sind. Die Zahl der Ortsvereine stieg auf 58 und die Mitgliederzahl von 2795 auf 2926. Die Zahl der weiblichen Mitglieder betrug 157, es soll aber versucht werden, durch eine größere Anzahl von Frauenversammlungen mit Referentinnen die Frauenbewegung energischer zu fördern als bisher. Auch die Jugendbewegung hat einige Fortschritte gemacht. Die Zahl der Leser der „Arbeiter-Jugend“ stieg von 267 auf 402, 11 Orte besitzen eine Frauenorganisation. Für Bildungsarbeit wurden im ganzen 1027,75 Mark veranschlagt.

Aus dem Bericht des Kassierers ging hervor, daß die Landesorganisation eine Einnahme von 4418,97 M. und eine Ausgabe von 1137,10 M. gehabt hatte. Außerdem betrug die Einnahme des Wahlfonds noch 2493,42 M., der eine Ausgabe von 1849,14 M. gegenüberstand.

Der Bericht über den Stand der Presse ließ einen verhältnismäßig günstigen finanziellen Geschäftsablauf erkennen. Leider hat die Zahl der Abonnenten des „Gothaer Kollisblattes“ etwas nachgelassen. Eine lebhaft diskutierte schloß sich dem Bericht des Landesvorstandes an.

Zum nächsten Punkt der Tagesordnung hielt Genosse W i l f, V o d einen Vortrag über die politische Lage. Genosse V o d besprach vorwiegend die taktischen Fragen, die seit Monaten Gegenstand der Diskussion in der Partei sind und kam zu einer entschiedenen Ablehnung der Haltung der Mehrheit der Reichstagsfraktion. Eine aus der Mitte der Versammlung eingebrachte Resolution fand einstimmige Annahme. Sie besagt u. a.:

„Der Parteitag würdigt durchaus die schwierige Stellung der Reichstagsfraktion während der Beratung der jüngsten Gesetzesvorlage, kann sich aber nicht der Auffassung entziehen, daß die Taktik der Fraktion nicht den berechtigten Erwartungen der Parteigenossen gerecht geworden ist. Nach wie vor sollte die alte Auffassung in der Partei herrschen, die ein Teil der Fraktion einnahm: Diesem System keinen Mann und keinen Groschen!“

Neben dem Ausbau der Organisationen und der unausgesetzten mündlichen und schriftlichen Agitation zur Aufklärung der Massen steht der gothaische Landesparteitag auch in der Propagierung und Anwendung des politischen Massenstreiks ein geeignetes Mittel zur Verwirklichung der sozialistischen Ziele. Nur wenn die Arbeiterklasse die Anwendung aller Mittel in den Bereich der Erörterungen zieht, ist dem Mißbrauch zu steuern, die die herrschenden Gewalten durch den Besitz der politischen Macht an der Arbeiterklasse verüben.“

Eine rege Diskussion knüpfte sich an das Referat V o d s. Alle Redner waren mit den Ausführungen und der Tendenz desselben einverstanden. — Da der Landesparteitag wegen der vorgezogenen Zeit seine Tagesordnung nicht mehr erledigen konnte, wurde er vertagt und die Beratung eines neuen Statutenentwurfes, die gestellten Anträge, wie auch der Bericht der Landtagsfraktion verschoben.

Die Wahl des Landesvorstandes ergab die einstimmige Wiederwahl der bisherigen Vorstandsmitglieder. Genosse J e n t r a f wurde auf den Jenaer Parteitag delegiert. Die bisherigen Delegierten für einen Thüringer Bezirkstag wurden einstimmig wiedergewählt.

## Verbandstag der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe.

Stuttgart, 10. August 1913.

Der Verbandstag nahm heute im hiesigen Gewerkschaftshaus seinen Anfang.

Der vorliegende

### Geschäftsbericht

umfaßt die Jahre 1910, 1911 und 1912. Die Mitgliederzahl ist in dieser Zeit von 17 397 auf 18 619 gestiegen, was auf den Rückgang des Berufes, besonders bei den Lithographen und Steindruckern zurückzuführen ist. In der Tat konstatierten auch zwei im Juli 1910 und im Juni 1913 vorgenommene Berufszählungen in dem dreijährigen Zeitraum einen Rückgang von 21 591 auf 21 200 Geschülten. Die Zahl der Lehrlinge ist von 4972 auf 4195 zurückgegangen. Am besten organisiert sind die Chemigraphen mit 90% Proz. am schlechtesten die Porzellanlithographen mit 18% Proz. In den fünf Jahren seit der Lehrlingszählung befinden sich ihre 7771 Lehrlinge beigetreten. Von diesen beendeten 852 ihre Lehrzeit und traten sofort in die Geschültenabteilung über. Der wichtigste Teil des Geschäftsberichts betrifft die Lohn- und Tariffbewegungen des Verbandes, die infolge der für alle Berufe des Verbandes wirtschaftlich günstigen Jahre 1910—1912 sehr lauffähig einsetzten. In den letzten drei Jahren fanden 42 Streiks statt, davon 31 Angriffsstreiks, 10 Abwehrstreiks und eine Aussperrung. Von den Angriffsstreiks verliefen 9 mit vollem Erfolge, 8 mit teilweisem Erfolge, 13 ohne Erfolg. Von den 10 Abwehrstreiks verlief einer mit vollem Erfolg und 9 ohne Erfolg. Die eine Aussperrung verlief mit teilweisem Erfolg. Im ganzen fanden in den 3 Berichtsjahren 316 Lohnbewegungen in 1181 Betrieben mit 13 274 Beschäftigten statt. Tariffträge wurden bei diesen Bewegungen in 99 Fällen für 3907 Personen abgeschlossen. Das Ergebnis aller Bewegungen war eine Verfürgung der Arbeitszeit für 9945 Personen und eine Lohn-erhöhung für 4773 Personen. Die gesamten Bewegungen haben dem Verband eine Ausgabe von 1 872 602 M. verursacht. Unter diesen Bewegungen befindet sich die größte, die das Gewerbe jemals gesehen hat: Die allgemeine Streik- und Aussperrungsbewegung der Lithographen und Steindrucker, die vom 2. Oktober 1911 bis Ende Januar 1912 dauerte und an der 4565 Geschülten in 283 Firmen beteiligt waren. Dieser Streik verursachte allein eine Ausgabe von 1 762 937,63 M. Inklusiv einer Weihnachtsgeldunterstützung von 112 571,61 M. Der Erfolg dieser Bewegung blieb etwas hinter den Erwartungen zurück.

Ueber das Kassengebühen des Verbandes ist zu sagen, daß am 1. Januar 1910 in den Mitgliedschaften ein Bestand von 37 931,15, in der Hauptkasse ein solcher von 776 971,73 M. vorhanden war. Die Gesamteinnahmen betrugen in den 3 Jahren 3 915 129,82 M. Die Gesamtausgaben beliefen sich auf 4 529 145,02 M. Der Stand der Hauptkasse war am 31. Dezember 1912 infolge der starken Inanspruchnahme durch die Lohnbewegungen auf 161 073,76 M. zurückgegangen. Von den Ausgaben sind neben den schon genannten Aufwendungen folgende hervorzuheben: Reiseunterstützung 78 440,57 M., Arbeitslosenunterstützung 428 023,74 M., Krankenunterstützung 168 027,69 M., Invalidenunterstützung 269 047,80 M., Verwaltung 188 678,05 M., Sonstiges 410 540,51 M. Das Verbandsorgan, die „Graphische Presse“ erscheint in einer Auflage von 20 500, die fachtechnische Zeitschrift „Graphische Rundschau“ in einer solchen von 8400.

Der Verbandsvorsitzende S i l l i e r eröffnete die Tagung mit einer kurzen Begrüßungsrede. Die Bundesorganisationen der Schweiz, Oesterreichs und Norwegens haben Vertreter entsandt, ebenso der Buchbinderverband, der Buchhändlerverband und der Verband der Buchdruckereibeschäftigten. Als Leiter der Tagung werden L e i n e - R e i p i t z und B ö h m e - S t u t t g a r t gewählt. Nach der Wahl der Randatsprüfungskommission wird das Referat über die

Technischen Umwälzungen in graphischen Gewerbe entgegengenommen. Der Referent, Gauleiter P e r b i - R e i p i t z, warf nach einer allgemeinen Kennzeichnung der wirtschaftlichen Entwicklung die Frage auf, ob diese allgemeinen Erscheinungen auch auf das graphische Gewerbe zutreffen. Der Redner beschränkt

diese Frage mit einigen Vorbehalten, die sich auf die Entseelung der Arbeit durch den technischen Fortschritt beziehen. Ueberall breche das Alte zusammen und nicht immer trete Besseres an seine Stelle. Eine Rolle spielt das Eindringen der verschiedensten Hilfsmittel in den Beruf, z. B. der Photographie, ferner die Mechanisierung in der Herstellung der Druckträger. Eine Feindin der modernen Technik sei die Organisation nicht, obwohl sie wegen ihrer Befähigung der unmarxistischen Lehrlingsausbildung vom Unternehmertum als eine solche verdächtigt werde. Soweit das Gewerbe Sportgewerbe sei, habe es durch die deutsche Regierungskunst schwer gelitten. Durch die Zollpolitik sei der Export fast völlig unterbunden worden. Eine weitere Folge sei die Einführung schlechterer Rohstoffe im Gewerbe und die Benützung von Surrogaten, die für den Arbeiter gesundheitsschädlich seien. Selbst bei einer Aenderung der Zollgesetzgebung könnten die Schäden nicht mehr gutgemacht werden, denn die graphische Industrie des Auslandes sei so erhardt, daß sie auf die Einfuhr aus Deutschland verzichten könne. Die Arbeiter aber wanderten viel eher aus, ehe sie sich in der Heimat der Arbeitslosigkeit aussetzen. Es sei höchste Zeit, daß sich die Arbeiter den technischen Umwälzungen anpassen. Zur Pflege des Könnens und Wissens auf technischem Gebiet schlägt der Referent die Schaffung einer Zentrale vor, die Gründung eines Archivs, in welchem alle alten und neuen Erscheinungen zu vereinigen seien. In den Mitgliedschaften seien technische Unterabteilungen zu bilden, die von der Zentrale mit Material und Referaten zu versehen seien. Mitarbeiter seien heranzuziehen, besonderer Wert sei auf die Publikationen zu legen. Es heiße etwas, auch auf technischem Gebiet gerüstet zu sein, denn der wissende Arbeiter werde nicht so leicht aus dem Berufe geworfen. Wenn das gelte, dann werde der Verband nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiete, sondern auch bei der Ausübung des Berufes den Mitgliedern die Instanz sein, die für sie Sorge, wie ein Vater für seine Kinder. (Lebh. Beifall.)

Es sind 85 Delegierte, 4 Mitglieder des Hauptvorstandes, drei Gauleiter, 3 Mitglieder der Zentralkommission, 2 Mitglieder der Redaktion und einige Gäste anwesend. Da der Montag für vier Branchenkonferenzen vorgesehen ist, tritt Vertagung bis Dienstag ein.

## Aus der Partei.

### Aus den Organisationen.

Eine gut besuchte Parteiverammlung nahm am Sonntag im Wahlkreis Dresden-Land Stellung zum Parteitag. Parteisekretär R a h m a n n bezeichnete vier Fragen, die das Interesse der Parteigenossen und des Parteitagbesonders erregen. Zunächst werde der Vorstandsbericht mehr als sonst erörtert werden, weil sein Ergebnis einer Stagnation in der Mitgliederbewegung gleichkomme. Er müsse seinem Bedauern über das Berliner Organisationsverhältnis Ausdruck geben. Berlin könnte und sollte 200 000 Mitglieder mehr haben. Wenn man dort der furiosen Ansicht Ausdruck verleihen habe, die Dämpfung beim Stichwahlkommen sei Schuld an der Stagnation, so sei für jeden Einsichtigen klar, daß diese nur Organisationsfehler geschuldet sei. Bei der Behandlung der Kaiserfeier werde bedauerlicherweise durch die untergeordnete Frage des Kaiserbeitrags die gute Sache diskreditiert. Das beste wäre, wenn der unglückselige Nürnberger Beschluß endgültig aufgehoben würde. Der Massenstreik werde nur mit Preußen in Verbindung gebracht. In Sachsen, Mecklenburg und Braunschweig seien aber ähnliche und größere Schmerzen zu lindern. Deshalb solle konsequent die Frage so gestellt werden: der politische Massenstreik und die Eroberung der politischen Gleichberechtigung. Dafür solle der Massenstreik in unser Waffenarsenal aufgenommen und propagiert werden, er sei aber heute noch nicht anwendbar, da die Massen noch nicht genügend parz organisiert seien und die Verlehrs- und Bergarbeiter erst noch dafür gewonnen werden müßten. Nur in der Abwehr gegen den Raub des Wahl- oder Koalitionsrechtes sei er heute schon denkbar, müsse aber auch dann von unten kommen und gemeinsam von Partei und Gewerkschaften durchgeführt werden.

Die Haltung der Fraktion bei den Steuerfragen werde die schärfsten Debatten bringen. Dabei handle es sich darum, ob tatsächliche oder grundsätzliche Fehler begangen wurden. Redner zweifelte nicht daran, daß die große Mehrheit des Parteitagbes der Mehrheit der Fraktion recht gebe. Die vielen Einwände gegen das Verhalten der Fraktion seien zum größten Teil unbegründet. Der Vorwurf, die Fraktion habe schwer gegen unsere Grundzüge verstoßen, komme reichlich spät. 1906 habe sie schon für die Erbschaftsteuer und 1900 für die Nachlasssteuer gestimmt. Mindestens hätten die jetzigen Prinzipienwächter kommen müssen, als das deutsch-französische Manifest veröffentlicht wurde. Die Festsetzungen bedeuten eine Wandlung in der Steuerpolitik, die von unseren Genossen mit herbeigeführt wurde. Wenn sie dann nachher bei der Abbitmung versagt hätten, so wäre dies von den Massen nicht verstanden worden. Der ganze Verlauf der Dinge bedeute einen Sieg der Sozialdemokratie, der statt verflümmert ausgebeutet werden müsse.

In der sehr lebhaften Debatte spricht Genosse W i c h e l seine Freude darüber aus, daß man nun wieder den Massenstreik erörtere. In der Steuerfrage habe der Abgeordnete des Kreises, Genosse H o r n, bei der Minderheit den richtigen Standpunkt eingenommen.

Reichstagsabgeordneter H o r n: Die Minderheit der Fraktion habe nicht um Militarismus gegen die Bewilligung der Besitzsteuern gekämpft, sondern deshalb, weil die Kürzen nicht besteuert wurden und weil die Steuern doch wieder auf das Volk abgewälzt würden. Schon jetzt können die Habellanten und wählten den Arbeitern abspazieren, was sie für den Militarismus bezahlen müßten. Es würden weitere Militärvorlagen kommen, für die wir dann wieder die Mittel bewilligten, so würde dann unser Grundgesetz seinen Namen und seinen Gehalt, zur Hölle für Kulturzwecke bleibe dann nichts mehr übrig.

Die Genossen R a a h und J o h n sind ebenfalls mit der Haltung der Fraktion nicht einverstanden.

Genosse F i e b i c h e r behauptet, daß der Kaiserbeitrag wieder besprochen würde. Er wünscht dessen Freisetzung und verstärktes gemeinsames Arbeiten für die Kaiserfeier. Der Massenstreik müßte in den kleinsten Zirkeln ventiliert werden, um zu erfahren, wie die Massen dazu stehen. In der Steuerfrage stehe er auf dem Boden der Fraktionsmehrheit. Jahrzehntlang habe man auf direkte Steuern hingearbeitet, da müßten unsere Abgeordneten auch dafür stimmen. Ueber den Genossen H o r n wundern er sich, wenn er sage, das Volk müsse doch alles bezahlen. Wenn man so argumentiere, dann läre jede praktische Politik auf.

Genosse S c h a d e will die Wiederherstellung des Nürnberger Beschlusses, weil dessen Abschaffung ein Abflauen der Kaiserbedinge, denn vielen würde die Lust zum Feiern genommen, wenn die in der Bewegung Angestellten nicht einmal das kleine Opfer bringen wollten. Wie die Massen sich gegen die Regierung wenden, als sie die 500 Millionen indirekter Steuern erhob, so hätten sie sich gegen die Sozialdemokratie erhoben, wenn diese die direkten Steuern abgelockt hätte.

Genosse G r a d n a u e r: Für die meisten der in der Minderheit gebliebenen Genossen in der Fraktion sei nicht der Grundsatz: keinen Mann und keinen Groschen für die Ablehnung der Besitzsteuern maßgebend gewesen. Es sei vielmehr eingewendet worden: wir haben die Regierung gezwungen Besitzsteuern zu verlangen, damit haben wir unsere Aufgabe erfüllt und können nun den andern Parteien deren Annahme überlassen. Diese Stellung war aber falsch, weil dadurch die Gefahr entstehen konnte, daß doch noch indirekte Steuern kamen. Eine andere Gefahr war die, daß die von den Konservativen verlangte Durchführung der direkten Steuern durch die Landtage angenommen wurde. Dann wären die Steuern industrielle- und wirtschaftsfeindlich gehalten und dem durch das allgemeine Wahlrecht gewählten Reichstag entzogen worden. Konstatiere ich für die Besitzsteuern gearbeitet worden, da konnte nicht am Schlusse dagesagt gestimmt werden. Wenn es eine Stunde sei, dafür gestimmt

zu haben, daß die Besitzenden zahlen müssen, dann wünsche er noch recht viele solche Sünden begehen zu können und damit die Arbeiter vor Schäden zu bewahren.

Genosse R e n k e polemisiert scharf gegen Gradnauer und die Vertreter der Meinung der Fraktionsmehrheit. Es handle sich um Opportunitätspolitik, die schon seit langem mehr und mehr betrieben werde. Während im Wahlkampf in den Versammlungen grundsätzliche Politik verfochten wurde, hätte man nach dem Einzug der 110 nicht mehr davon gehört. Redner legt eine Resolution vor, die die bekannte Richtungsresolution vom Parteitag zu Dresden als Grundlage hat und verlangt deren Annahme. Die folgenden Redner G r ö b s c h, R i e m, R a h m a n n und G r a d n a u e r bitten um Ablehnung der Resolution und polemisieren scharf gegen Renke. Die Verlesung der Resolution wird die Resolution nicht abzustimmen und den Delegierten freie Hand zu lassen.

### Die Kieler Parteigenossen zum politischen Massenstreik.

Eine von 1600 Mitgliedern besuchte Hauptversammlung des Sozialdemokratischen Vereines in Kiel beschäftigte sich eingehend mit der Frage des politischen Massenstreiks. Der Referent, Genosse D r. B r e i t s c h e i d - B e r l i n, führte aus, daß es ein Fehler sei, den politischen Massenstreik etwa, wie es vielfach empfohlen werde, als ein Aufmunterungsmittel für die angeblich stagnierende Parteibewegung benutzen zu wollen. Das diene weder der Parteibewegung noch dem Massenstreikgedanken. Der politische Massenstreik sei auch nicht das Allheilmittel, er sei nur eines der mannigfachen Kampfmittel der Arbeiter um die politische Macht. Der Jenaer Parteitag 1906 habe in erster Linie den politischen Massenstreik als Kampfmittel zur Abwehr der Verschlechterung des Reichstagswahlrechts oder der Freisetzung des Koalitionsrechtes gedacht. Aber der politische Massenstreik sei auch ein geeignetes Mittel zur Erringung eines freien Wahlrechts in Preußen. Wer von dem normalen Verlaufe der Dinge in Preußen in absehbarer Zeit einen wesentlichen Einfluß der Sozialdemokratie im preussischen Landtage erwarre, müsse eine geradezu polizeiwidrige Gebuld haben. Redner wandte sich auch gegen die Ansicht, als werde der politische Massenstreik impulsiv aus der Masse herauskommen. Rein, die Stimmung müsse in die Masse hineingetragen werden, die Masse müsse sich mit dem Gedanken der Anwendung des politischen Massenstreiks vertraut machen. Dann beschäftigte sich der Redner mit den Einwänden der Gewerkschaften. Es treffe nicht zu, daß die Diskussion des politischen Massenstreiks die Organisationen gefährde. Außer den gewerkschaftlichen Zielen gebe es auch noch politische. Man solle wirklich glauben, daß die Mitglieder der Gewerkschaften, die Not und Entbehrungen um 2 Pfennig Lohnverhöhung erleiden, auch etwas für das höchste Staatsbürgerrecht wagen. Wer den politischen Massenstreik mit Rücksicht auf die Stärke der Unternehmerorganisation ablehne, müsse konsequenterweise jeden Streik ablehnen. Auch Tarifverträge dürfen letzten Endes nicht hinderlich sein, wenn sie dem Kampf um das heiligste Volksrecht im Wege stehen. Würden wir auch mit der Anwendung des politischen Massenstreiks warten wollen, bis der letzte Arbeiter und die letzte Arbeiterin organisiert sei, hätten wir ja den Sieg, ehe es überhaupt zum Kampf gekommen sei. Wer den politischen Massenstreik nicht wolle, der möge andere gangbare Wege für die Erringung eines freien Wahlrechts in Preußen zeigen. Es heiße die Vorbereitungen zu treffen, es heiße die Köpfe zu revolutionisieren, es heiße sich mit dem Gedanken vertraut zu machen, nicht bloß zu reden, sondern auch zu kämpfen.

Genosse A d a m meinte, die Stärke des Proletariats beruhe auf seiner Stellung im Produktionsprozeß. Da alle bisherigen Anstrengungen im Wahlrechtskampf versagt hätten, müsse das Proletariat die ihm aus dem Produktionsprozeß kommenden Kampfmittel anwenden. Natürlich sei es die große Masse, die ihre Haut zu Marke tragen müsse, die auch über die Anwendung des politischen Massenstreiks zu entscheiden habe. Die Ansicht, daß die große Masse der Arbeiter nicht zu haben sei, wenn sie aufgerufen werde, sei glänzend durch den prächtigen Nachmittagsstreik in Kiel im März 1910 widerlegt worden.

Genosse E n d e r l e kritisierte, daß die Parteipresse viel zu viel Wert auf das parlamentarische Kampfmittel gelegt habe. Die Stagnation in der Partei sei verschuldet, weil in der Partei der Plan, der revolutionäre Geist fehle. Der politische Massenstreik sei auch ein Kampfmittel gegen den Militarismus.

Genosse E g g e r s t e d t sprach die Ansicht aus, daß die Führer zu sehr Bureaucraten würden und nicht mit dem nötigen Eifer in der Massenstreikfrage vorangehen.

Gewerkschaftssekretär Genosse A r n o l d bestritt, daß der politische Massenstreik vorbereitet werden muß. Er dürfe nicht mit Durra gemacht werden. Kommen würde er allerdings einmal.

Genosse A d l e r wies Eggersstedts Angriffe auf die Führer zurück. Der Massenstreik sei ein Kampfmittel, mit dem man arbeiten könne und müsse. Der erste Massenstreik werde aber wohl nicht als organisierter, sondern als wilder Massenstreik kommen. Allmählich würden wir erst zu organisierten Massenstreiks kommen. Schließlich würden wir zu einem Massenstreik kommen, der ungeheuer wichtig und großartig sein werde. Die Vorbereitung sei nötig, aber der erste Massenstreik dürfe früher kommen, als bis die Vorbereitungen beendet sind.

Genosse H o f f m a n n war der Meinung, daß der Massenstreik nur kommen werde, wenn ein Attentat auf das Reichstagswahlrecht erfolge.

Genosse B r e i t s c h e i d sprach sich in seinem Schlusswort noch entgegen der Ablehnen Ansicht dahin aus, daß nach der ganzen Charakteranlage der deutschen Arbeiterklasse und ihrer organisatorischen Tätigkeit der politische Massenstreik in Deutschland nur ein vorher organisierter sein könne.

Eine Entschließung wurde von der Versammlung nicht gefaßt. Nach der ganzen Stimmung in der Versammlung dürfte aber die übergroße Mehrheit der Ansicht sein, daß der politische Massenstreik als Kampfmittel zur Eroberung des freien Wahlrechts in absehbarer Zeit in Anwendung kommen müsse.

### Kreisversammlung Brandenburg-Westhavelland.

Am Sonntag, den 10. August, tagte in R a t h e n o w die örtentliche Generalversammlung des Reichstagswahlvereines Brandenburg-Westhavelland. Nach dem Bericht des V o r s t a n d e s ist im Mitgliedsberstande ein Rückgang von 149 zu verzeichnen. Am 31. März dieses Jahres zählte der Kreisverein 6230 gegen 5388 am 1. Juli 1912. An Einnahmen verzeichnete der Verein in der neunmonatigen Berichtzeit 21 634 M., an Ausgaben 7099,45 M., so daß ein Bestand von 14 534 M. bleibt. Der Stand des Parteiorgans und des Parteigeschäfts ist ein guter, wenngleich auch der Abnennstand um einiges gesunken ist. Gute Fortschritte haben im Kreise die Jugendbewegung und die Gewerkschaften gemacht.

Zum Parteitag in Jena wurden besondere Beschlüsse nicht gefaßt. Zur Frage des Massenstreiks und zur Haltung der Reichstagsfraktion bei der Militärrolle äußerte sich Reichstagsabgeordneter P e u s, der die Haltung der Fraktion verteidigte. Wenn den Reich den Kosten für den Militarismus aufgebürdet würden, so werde bei den sonst so lauen Befürwortern des Militarismus ein Stimmungswandel eintreten. Den Genossen im Lande müsse zum Bewußtsein kommen, daß mit der Wahl der 110 Sozialdemokraten in den Reichstag erst die direkte Besteuerung des Besitzes möglich war. Sollte die Fraktion der Besitzsteuer nicht zugestimmt, so hätte man mit der Einbringung eines die Arbeiterschaft ungünstigeren Steuerprojekts oder mit der Auflösung des Reichstags rechnen müssen. Bei einer eventuellen Neuwahl hätten dann die einen Begner sagen können: Die Sozialdemokratie verzweifelt die Mittel für die Landesverteidigung, die anderen: Die Sozialdemokratie lehnt aber auch die Besteuerung der Besitzenden ab. Die Abschaffung des Militarismus könne nur eine internationale Sache, nicht aber die eines Landes sein. Der Militarismus werde sich auch selbst abwirtschaften, wenn Besitz und Industrie leiden. — Statt des Massenstreiks solle man bei der ruhigen Weiterarbeit der Organisationen bleiben. — Redakteur Baron Brandenburg will den Massen-



Frei als letztes politisches Kampfmittel betrachtet wissen. Die Fraktion hätte den Militarismus schärfer bekämpfen müssen. Sie habe durch ihre Haltung den Kampf gegen die dreijährige Dienstzeit in Frankreich geschwächt. Mit dem Wehrdienstgesetz werde dem Militarismus kein Einhalt geboten, wie das Beispiel in England zeige. Die Reichsregierung lasse sich schließlich ihre Rüstungs- und Expansionspolitik etwas kosten, da sie die Früchte der imperialistischen Raubpolitik doppelt und dreifach einheimen. Im vorliegenden Falle handele es sich gar nicht um eine gründliche Selbstreinigung. Statt des bloßen Feilschens um die Deckung hätte das Hauptgewicht auf den antimilitaristischen Kampf gelegt werden müssen. Eine Reichstagsauflösung brauchten wir nicht zu fürchten, ebensowenig die Gefahr einer sofortigen Wiederkehr indirekter Steuern.

Damit war die Diskussion erschöpft, Beschlüsse wurden, wie erwähnt, nicht gefaßt.

**Polizeiliches, Gerichtliches usw.**

**Ein neuer Prozeß gegen den „Wahren Jacob“.**

Der preussische Landtagsabgeordnete Pfarrer Gaigalat, Vertreter des Kreises Remel, hat sich durch ein Gedicht beleidigt gefühlt, das in Nr. 701 des „Wahren Jacob“ vom 31. Mai veröffentlicht wurde und sich mit den sittlichen Streifzügen des Herrn Gaigalat durch die Berliner Kadetten beschränkte, die während der Wahlkampagne in Remeler Blättern geschildert wurde. Er hat deshalb gegen den Redakteur des „Wahren Jacob“, Gen. Dehmann, Strafantrag gestellt.

**Aus Industrie und Handel.**

**Zur Verzinsung von Anleihepapieren.**

Das dauernde Sinken der Kurse von Staatspapieren beschäftigt seit langem die Regierungen und man hat allerlei Hilfsmitteln erfunden, um diese Abwärtsbewegung aufzuhalten. So hat erst im vergangenen Jahre Preußen die gesetzliche Bestimmung geschaffen, daß die Sparkassen einen bestimmten Teil ihres Vermögens in Staatspapieren anlegen müssen. Bei der großen Höhe der Staatsschulden können die zwangsmäßigen Käufer immer nur einen verschwindenden Bruchteil des Gesamtangebots aufnehmen, so daß ihre Nachfrage auf den Kurs keinen Einfluß haben kann. Für die privaten Käufer bildet aber in erster Linie die Verzinsung einen Anreiz zum Kauf. Trotzdem Staatspapiere nun zu einem Preise unter dem Nominalwert erworben werden können, ist die tatsächliche Verzinsung aber immer noch niedriger als bei industriellen Wertpapieren. Nicht nur Aktien bringen im allgemeinen eine Dividende, die über den Zinsfuß der staatlichen und kommunalen Anleihen weit hinausgeht, auch die festverzinslichen Werte (Obligationen) von Privatunternehmen sichern dem Besitzer eine höhere Rendite. Nach einer Zusammenstellung der „Wirtschaftlichen Korrespondenz“ betrug die tatsächliche Verzinsung bei

	in Prozent	1907	1908	1909	1912	1913
Deutsche Staatsanleihen		3,67	3,79	3,68	3,89	4,12
Provincial- u. Kreis-Anleihen		3,79	3,90	3,82	3,98	4,13
Kommunalanleihen		3,91	3,90	4,07	3,98	4,07
Hypothekendarlehen		3,95	3,99	3,88	4,04	4,22
Obligationen v. Bergwerks- u. Bergwerks- u. Bergwerks- u. Bergwerks-		4,83	4,82	4,25	4,36	4,49
Durchschnitt aller Rentenpapiere		4,11	4,06	3,95	4,13	4,28
Privatbanknoten (Zinsfuß für Wechsel)		4,66	3,81	2,90	4,16	5,66

Ein Besitzer von Obligationen einer Bergwerksgesellschaft bezieht also 4,49 Proz. Zinsen, während ein Besitzer von deutschen Staatsanleihen sein Kapital nur mit 4,12 Proz. verzinst erhält, trotzdem er seine Anleihen zu billigerem Kurs erworben hat als der Inhaber von industriellen Obligationen. Dabei ist die Sicherheit bei beiden Arten von Papieren gleich groß, da ein Konkurs unserer großen Montanunternehmen (wie Krupp, Gelsenkirchen) gleich unwahrscheinlich ist als ein Staatsbankrott. Alle patriotischen Ermahnungen werden also nach wie vor den deutschen Kapitalisten keineswegs dazu bringen, seine höher verzinslichen Papiere zugunsten der deutschen Staatsanleihe zu verkaufen.

**Konjunkturgewinne und Reisenerwartung.** Die Rheinischen Stahlwerke erzielten im abgelaufenen Betriebsjahre einen Reingewinn von 12,215 Millionen Mark, der um 3,6 Millionen höher ist als im Vorjahre. Dieser Reingewinn soll zur inneren Stärkung des Unternehmens, offenbar mit Rücksicht auf die kommenden Krisenjahre verwendet werden. Die Aktionäre erhalten wie im Vorjahre nur 10 Proz. Dagegen werden die Abschreibungen fast verdoppelt (von 3,4 auf 6,8 Millionen), der Vortrag für das neue Jahr von 0,6 auf über 1 Million erhöht.

**Der Rückgang der Schladungen auf dem Berliner Schlachthof hält an.** Im Monat Juli d. J. wurden insgesamt 11339 Stück Vieh weniger geschlachtet als im gleichen Monat des Vorjahres. Der Rückgang erstreckt sich auf alle Viehgattungen und betrug, wie die „Allgemeine Fleisch-Zeitung“ berichtet, bei Rindern 1297 Stück, bei Kalbfern 1492 Stück, bei Schafen 3470 Stück und bei Schweinen 4970 Stück.

**Gummigewinnung und Menschenopfer in Brasilien.** Die Greuel der Gummigewinnung, die vom Kongo und dem peruanischen Putumayogebiet berichtet wurden, sind noch in frischer Erinnerung. Jetzt erfährt man von Brasilien, dem Hauptgummilande, das mindestens Zweidrittel der auf rund 100 000 Tonnen geschätzten Weltgummiernte liefert, daß auch dort, zwar nicht mit der raffinierten Grausamkeit, wie sie in jenen Ländern gegen die Eingeborenen geübt wurde, aber gleichfalls nur mit Aufopferung zahl-

loser Menschenleben der kostbare Saft gewonnen wird. Wie der Leiter des Eastern International Rubber and Produce Trust, De Bois MacLaren, in der Generalversammlung seiner Gesellschaft angab, kostet das Einammeln der kostbaren Flüssigkeit einem Drittel der dabei Beschäftigten das Leben. Von je drei Arbeitern, die in den Wald gehen, kommen in jeder Saison nur zwei lebendig zurück. Die Sterblichkeit ist nach den amtlichen Zahlen 33 1/2 Proz. Nur verwaiste Menschen gehen in den Wald, um solche Arbeit zu tun oder zu überwachen. Der Chinese ist kein Narr; dazu ist er nicht zu brauchen. Als Vertreter von Konkurrenzinteressen wird MacLaren nicht gerade geneigt sein, günstig über das Sammeln des wilden Gummis — im Gegenteil zu der von seiner Gesellschaft betriebenen Pflanzgewinnung — zu urteilen. Aber er kann sich auf amtliche Zahlen stützen. Brasilien ist an diesem Gummigeschäft in hohem Maße interessiert. Kamem doch im Jahre 1910 von 1287 Millionen Gesamtausfuhr des Landes 507 1/2 Millionen Mark, das sind fast 40 Proz., auf Kautschuk. Und da die Regierung einen Ausfuhrzoll erhebt, der bei den ungünstigen Landesfinanzen fast ins Gewicht fällt, so ist an ernsthafte Maßnahmen, die das heute in plumpster Weise durch Anbohren, teilweise auch Niederschlagen der gummihaltigen Stämme getriebene Sammelgeschäft beeinträchtigen könnten, nicht zu denken. In dessen dürfen, wenn auch nicht Menschlichkeit, so doch wirtschaftliche Rücksichten eine andere Gewinnungsmethode notwendig machen. Wie MacLaren betont, sind infolge der Lebensgefahr die Arbeitskräfte selten und infolgedessen nicht billig. Sinnen kurzem dürften sie ganz fehlen. Dazu kommt, daß trotz der billigen Gewinnungsart durch die gewaltigen Transportkosten eine erhebliche Verteuerung eintritt, so daß die Plantagenbetriebe, wie sie auf der Halbinsel Malakka (Südindien) bestehen, dagegen konkurrenzfähig werden. In einigen Jahren, wenn dort die Wärme reichlich Saft geben, dürfte Brasilien, falls es nicht zu sachgemäheren Verfahren übergeht, seine Bedeutung für den Weltgummimarkt größtenteils einbüßen.

**Gerichts-Zeitung.**

**Sind Geldstrafen feuerfängend?**

Der Scheunen, Ställe, Böden oder andere Räume, welche zur Aufbewahrung feueranfängender Sachen dienen, mit unvertohertem Feuer oder Licht betritt, ist nach § 308 Ziffer 5 des Str.-G.-B. mit Geldstrafe bis 60 M. strafbar. Der Geldstrafenabschaffungs-Gesetz erhielt ein Parlamentarisches Mandat von 3 M. auf Grund dieses Paragraphen, weil er seinen Geschäftsführer, in dem sich Geldstrafen befinden, mit einer Petroleumlampe betreten hatte. Auch das Schöffengericht kam zu der Auffassung der Polizei, daß die Voraussetzungen des Paragraphen erfüllt seien, weil nach Behandlung des Verkalters und des Portiers Zippel auch Papier und Hohlspane im Keller liegen. Die 8. Strafkammer, vor die 11 Zeugen geladen waren, kam verständigerweise zu einer Preisprechung, da, wenn auch einiges Papier und etliche Hohlspane im Keller liegen mögen, er doch nicht zu ihrer Aufbewahrung, sondern zur Aufbewahrung von Geldstrafen dient.

Dient ein Vorgehen in so kleinlichen Dingen in der Tat dem öffentlichen Interesse?

**Durch Briefe, die „Ihn nicht erreichten“.**

Wäre der Fabrikbesitzer Schöning aus Peterswaldbau beinahe um das runde Sümmchen von 500 M. geschädigt worden. Vor der 8. Ferienstrafkammer des Landgerichts 1 mußte Sch. gelieren erscheinen, um als Zeuge gegen einen Namensvetter, den Rusiker Wilhelm Schöning, aufzutreten. — Ende Juni d. J. hatte der Fabrikbesitzer Schöning in Berlin geschäftlich zu tun. Die für ihn bestimmten geschäftlichen Mitteilungen ließ er sich von seinem Produzenten in Peterswaldbau durch Briefe, die mit seinem Namen postlagernd an ein hiesiges Postamt gesandt werden sollten, nachsenden. Da durch einen Zufall der Angestellte Schöning von demselben Postamt postlagernde Briefe mit seinem Namen abgeholt hatte, wurde ihm durch ein Versehen eines Postbeamten ein an den Fabrikbesitzer Sch. adressierter Brief ausgehändigt. Der Angestellte kam durch diesen an die falsche Adresse gelangten Brief, der verschiedene geschäftliche Dispositionen enthielt, auf die Idee, auf einige Stunden die Rolle seines mit irdischen Glücksgütern reichlicher Gesunden Namensvetters zu spielen. Er telegraphierte sofort unter seinem Namen Schöning an den Produzenten des Fabrikbesitzers und verlangte die sofortige telegraphische Heber- sendung von 500 M. Der Zufall machte ihm aber auch hier einen Strich durch die Rechnung. Zufällig war der Fabrikbesitzer Sch. an jenem Morgen telegraphisch zurückgerufen worden und war nun nicht wenig erfreut, als er selbst das angebotene von ihm abgeforderte Telegramm vorgelegt erhielt. Er machte sofort der Berliner Kriminalpolizei telegraphisch Mitteilung von dem Geschehenen. Als der „unechte“ Schöning auf dem Postamt erschien, um die 500 M. abzuholen, wurde er verhaftet. Das Gericht erkannte am 6. Wochen Gefängnis, welche durch die erlittene Untersuchungshaft als verbüßt erachtet wurden.

**Eine Ausplünderin Armer.**

Eine gemeingefährliche Diebin, die sich ihre Opfer in den Kreisen der armen Leute gesucht hatte, wurde gestern auf längere Zeit unschädlich gemacht. Wegen Diebstahls und Betrugtes im strafschärfenden Rückfall war die aus der Untersuchungshaft vorgeführte ledige Marie Schreier angeklagt. Die Angeklagte ist schon vielfach wegen Diebstahls und Betruges verurteilt und zwar hat sie sich, wie der Vorsitzende mitteilte, stets arme Leute, die selbst nichts übrig hatten, bei ihren Straftaten als Opfer ausersehen. Jetzt standen wieder 4 bis 70 Diebstahlsfälle zur Anklage, bei denen die abgefeimte Schwindlerin folgendermaßen zu Werke gegangen war. Sie erschien in bester Kleidung hoch oben im Norden Berlins bei armen Leuten und gab an, daß sie im Auftrage des zuständigen Armenkommissionsvorsichters komme. Sie erzählte dann, daß die Stadt

Berlin an bedürftige Leute Kohlen gratis liefern wolle, sie habe den Auftrag, nachzuprüfen, ob eine bestimmte Bedürftigkeit vorliege. Unter diesem Vorwande ließ sie sich in der Wohnung alles zeigen, um auf diese Weise zu erfahren, wo die betreffenden Leute ihre geringfügigen Vorräte aufbewahrten. Während ihr dann das von ihr verlangte Maß Wasser gebracht wurde, stahl sie alles, was nur irgendwie zu verwenden war. In anderen Fällen ließ sie sich unter dem Vorgeben, sie habe ihr Portemonnaie vergessen und solle für den Armenkommissionsvorsichtiger Briefmarken besorgen, Beiträge von 1 M. und 1,50 M. Das Urteil lautete auf 3 Jahre Zuchthaus und 3 Jahre Ehrverlust.

**Marktpreise von Berlin am 9. August 1913, nach Ermittlungen des Königl. Polizeipräsidiums.** 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 20,25 bis 20,30, mittel 20,15—20,22, geringe 20,10—20,14. Roggen, gute Sorte 16,55—16,60, mittel 16,54—16,58, geringe 16,50—16,52 (ab Bahn). Futtergerste, gute Sorte 17,20—17,30, mittel 16,70—17,10, geringe 16,30—16,60. Hafer, gute Sorte 17,70—19,10, mittel 16,60—17,60. Reis (mitgeb.) gute Sorte 16,50—16,70. Reis (runder), gute Sorte 14,60—15,20. Hülsenfrüchte, Gen. alt 6,00, neu 5,80—7,50.

**Marktpreise von Berlin am 9. August 1913, nach Ermittlungen des Königl. Polizeipräsidiums.** 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—50,00. Speldebohnen, weiße 35,00—60,00. Linsen 35,00—60,00. Kartoffeln (Kleinbl.) 6,00—11,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,70—2,40. Rindfleisch, Schmalzsch 1,30—1,80. Schweinefleisch 1,00—2,10. Rindfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,60—2,40. Butter 2,20—3,00. 60 Stück Eier 3,00—5,40. 1 Kilogramm Karpfen 1,60—2,60. Hühner 1,80—3,20. Gänser 1,40—3,60. Gänse 1,60—3,00. Bratze 1,00—2,40. Schmalz 1,20—3,50. Speck 0,80—1,60. 60 Stück Rindvieh 1,00—15,00.

**Todes-Anzeigen**

**Sozialdemokratischer Wahlverein Marienfelde.**  
Den Genossen zur Kenntnis, daß unser Mitglied, der Arbeiter **Hermann Henecke** am 9. August gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute nachmittags 6 1/2 Uhr von der Leichenhalle des Friedhofes in Marienfelde, Berliner Straße, aus statt.  
Der Vorstand.

**Deutscher Transportarbeiter-Verband.**  
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter **Hermann Henecke** am 8. d. M. im Alter von 35 Jahren verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 12. d. M., nachmittags 6 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Marienfelder Gemeinde-friedhofes aus statt.  
677 Die Bezirksverwaltung.

**Deutscher Bauarbeiterverband.**  
Zweigverein Berlin.  
Am 8. August starb unser Mitglied, der Maurer **Ferdinand Korth** (Bezahl. Osten 1).  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 12. August, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Friedhofes in Ahrensdorf aus statt.  
144/11  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Zahlstelle Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Kammerarbeiter **Alex Napierala** (Eisenbahnstr. 30) im Alter von 23 Jahren gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 13. August, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause aus nach dem katholischen Kirchhof am Mariendorfer Weg statt.  
87/6 Die Ortsverwaltung.

**Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.**  
Zahlstelle Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege **Karl Gültling** (Polymarktstr. 61, Bezirk 4) verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 14. August, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Andreas- und Marius-Straßhofes in Wilmersdorf aus statt.  
71/16  
Um rege Beteiligung ersucht  
Die Ortsverwaltung.

**Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter**  
V. a. G. Hamburg.  
Zentrale Baumfinkenweg.  
Am Freitag, den 8. August, verstarb unser Mitglied, der Schlosser **Hermann Boier**.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 12. d. M., nachmittags 5 Uhr, vom Trauerhause in Bulow, Späuerstr. 41, aus statt.  
123/13 Die Ortsverwaltung.

**Todes-Anzeige.**  
Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine Frau **Mahlilde Reich geb. Fronhöfner** am Sonnabend nachmittag 3 Uhr im Krankenhaus Quakenbrunn verschieden ist.  
Der trauernde Gatte **Emil Reich**.  
Die Beerdigung findet morgen Mittwoch nachmittag 3 Uhr, von der Leichenhalle in Rahlsdorf aus statt.  
Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, sagen wir hiermit der Firma Galvanoplastik, den Kollegen der Firma Galvanoplastik und dem Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen, Ortsverwaltung Berlin, ferner allen Verwandten und Bekannten unseren herzlichsten Dank.  
Wwe. Anna Thunert nebst Kindern.  
Dankjagung.  
Für die Beweise inniger Teilnahme, die mir bei dem plötzlichen Tode meines lieben Mannes, des Raschmisten **Otto Manske** in so reichlichem Maße erfahren haben, sage ich im Namen der Angehörigen herzlichsten Dank.  
46K  
Charlottenburg, den 11. Aug. 1913  
Witwe Emma Manske.

**Hanke's Brotbäckereien**

liefern von jetzt ab

**Brot von neuem Roggen**

Dasselbe zeichnet sich durch seinen lieblichen schönen Geschmack aus, ist gross, kräftig und hält sich lange frisch.

**Hanke's Brotbäckereien** befinden sich in allen Stadtteilen Berlins und Umgegend wie folgt:

C. Mitte Schönhauser Str. 30-40	N. Mitte 85	N. Prenzlauer Str. 5	NO. Friedenstr. 46, Gungah	W. Potsdamstr. 25
• Prenzlauer Str. 45	• Bernauer Str. 16	• Hertenberg Str. 15	• Friedrichsberger Str.	• Gieseler Str. 73
• N. Lindenstr. 150	• Neue Dönhofs	• Cudenberger Str. 4	• O. Hagenberger Str. 33	• Rindberger Str. 22
• Weinbergstr. 7	• Dönhofsstr. 7	• Prenzlauer Str. 51	• Wartenbergstr. 24	• Gieseler Str. 17
• Rindberger Str. 23	• Odenauer Str. 1	• Schanzenstr. 98	• Kottbusstr. 8	• Rindberger Str. 22
• Weinbergstr. 114	• Odenauer Str. 55	• Prenzlauer Str. 34	• Vetterburger Weg 6	• NW. Wilmersdorf Str. 45
• Rindberger Str. 168a	• Treptowstr. 18	• Prenzlauer Str. 13	• Wilhelm-Strasse-Str. 4	• Wilmersdorf Str. 45
• Rindberger Str. 25	• Schillmannstr. 30	• NO. Neue Königstr. 82	• Thierstr. 33	• Wilmersdorf Str. 15
• Schönhauser Str. 14	• Sternberger Str. 2	• Landberger Allee 193	• Rothhauser Str. 26	• Wilmersdorf Str. 15
• Schreierstr. 12	• Weinbergstr. 62	• Klenzeberger Allee 193	• Polzow Str. 45	• Wilmersdorf Str. 15
• Nebenwälder Str. 44	• Nummer Str. 20	• Klenzeberger Allee 193	• Frankmannstr. 2	• Gieseler Str. 17
• Rindberger Str. 50	• Uferwälder Str. 1	• Klenzeberger Allee 193	• Köpenicker Str. 23	• Gieseler Str. 17
• Putzener Str. 20	• Goldschmidt Str. 41	• Klenzeberger Allee 193	• Falkenbergstr. 4	• Gieseler Str. 17
• Prinzessstr. 10	• Brauner Str. 39	• Klenzeberger Allee 193	• Paulsen Str. 16	• Gieseler Str. 17
• Gieseler Str. 7	• Putzener Str. 49	• Klenzeberger Allee 193	• Wiener Str. 49	• Gieseler Str. 17
• Gieseler Str. 7	• Weinbergstr. 84	• Klenzeberger Allee 193	• E. Trebbener Str. 36	• Gieseler Str. 17
• Gieseler Str. 7	• Treptowstr. 28	• Klenzeberger Allee 193	• Gracelstr. 12	• Gieseler Str. 17
• Gieseler Str. 7	• Wankstr. 87	• Klenzeberger Allee 193	• Clara-Schreiberstr. 32a	• Gieseler Str. 17
• Gieseler Str. 7	• Gieselerstr. 3a	• Klenzeberger Allee 193	• Alexanderstr. 110	• Gieseler Str. 17
• Gieseler Str. 7	• Wankstr. 21	• Klenzeberger Allee 193	• W. Hakenstr. 40	• Gieseler Str. 17

Ja, Brot von neuem Roggen, Das liebt klein und groß; Denn Hanke's Brot ist prächtig Und schmeckt stets tadello!



Von der Reise zurück.  
**Hermann Katz**  
Landsberger Str. 71.  
Für Zahnleidende 9-7. Kgst. 1881

**Spezialarzt**  
f. Haut-, Darm-, Frauenleiden,  
neu. Schwäche, Reinfraße jeder  
Art, Ehrlich Hata-Kuren in  
u. Co. fong.  
**Dr. Homeyer**  
Laborat. |  
Blut-  
untersuchung., Säben l. Darm usw.  
gegenüber  
**Friedrichstr. 81**,  
Epr. 10-2, 5-9, Sonnt. 11-2.  
Honorar mäßig auch Teilzahl.  
Separated Damenzimmer.

**Spezialarzt**  
f. Syphilis  
Harn-  
und Frauenleiden — Ehrlich Hata.  
Blutuntersuchung. Schnelle, sichere  
Heilung. Mäßige Preise. 252/15\*  
**Dr. med. Wockenius, Friedrichstr. 125,**  
Oranienb. Tor. Spr. 8-8, Sonnt. 8-9.

**Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt  
für Haut- und Harnleiden.  
**Prinzenstr. 41**,  
sicht am  
Moritzplatz  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12.

**Buchhandlung Vorwärts**  
Lindenstr. 69 (Laden)

**Ansichtskarten**  
vom  
**Riesengebirge, Harz,**  
**Sächsische Schweiz,**  
**Dresden, Berlin**  
in reicher Auswahl.  
**Stück 5 Pf.**

**Otavistraße 32-35**  
Querstraße a. d. Müllerstraße 113  
**Einzimmer-Wohnung**  
mit und ohne Warmwasserbereitung  
per sofort preiswert zu verm. Rührer  
im Vermietungsbureau, Otavistr. 35.

# Peek & Cloppenburg

Spezialhaus für Herren- und Knaben-Bekleidung  
**Berlin C, Gertraudenstraße 25-26-27**  
Düsseldorf — Hamburg

Fertig am Lager

## Preiswerte Herren-Anzüge

- Nr. 68. Mittelgrauer, kleingemusterter Cheviot 1 reihig . . . . . M. 24  
Nr. 69. Hellgrauer Cheviot mit farbigen Effekten 2 reihig . . . . . M. 26  
Nr. 70. Rostbrauner, dezent gemusterter Cheviot 2 reihig . . . . . M. 26  
Nr. 71. Olivfarbiger, dezent gestreifter Cheviot 2 reihig . . . . . M. 26  
Nr. 72. Blau-grün melierter uni Cheviot 2 reihig . . . . . M. 26  
Nr. 73. Sandfarbiger, in sich gemusterter Cheviot 1 reihig . . M. 27  
Nr. 74. Hellgrauer, schmal gestreifter Cheviot 2 reihig . . . . . M. 29  
Nr. 75. Blau-grau melierter uni Cheviot 2 reihig . . . . . M. 29  
Nr. 76. Oliv-grüner, dezent gestreifter Cheviot 2 reihig . . . . . M. 34  
Nr. 77. Hell modfarbiger, nach engl. Art gem. Cheviot 1 reihig. M. 34  
Nr. 78. Hellgrau melierter, gestreifter Cheviot 2 reihig . . . . . M. 34  
Nr. 79. Mittelgrauer, fischgrätiger Cheviot 1 reihig . . . . . M. 38

**Qualität gut Preise niedrig Passform modern**

Zurückgekehrt 128/7  
**Dr. Chajes.**

**Reiseführer,**  
Wanderkarten und  
Bücher,  
**Kursbücher**  
hält stets am Lager  
**Buchhandlung Vorwärts**  
Lindenstr. 69.

**Buss' Ball-Salon**  
85 Große Frankfurter Straße 85  
Sonntags im September und  
Oktob. für Festlichkeiten von 250  
bis 450 Personen noch frei —  
Kulante Bedingungen. 148/50\*

**Paul Obiglos**  
Konzert- und Festsäle  
**Koppenstr. 29**  
Königsstadt 4314. Vormalig Keller.  
Empfehle den werten Vereinen  
und Gewerkschaften meine 200  
bis 2000 Personen fassenden Festsäle.  
Drei elegante neubauete  
Kegelbahnen nach Verbandsvor-  
schrift. 14651\*  
Der große Saal ist im Monat No-  
vember Sonntags und Sonntags  
freigeworden.

**Bruchbandagen,**  
Leibbinden, Geradenhalter,  
Irrigateure, Spritzen etc.,  
**Suspensorien, sowie**  
alle Artikel z. Krankenpflege  
empfiehlt  
**Fabrikant Pollmann,**  
jetzt Berlin N., Lothringer Str. 60.  
Eigene Werkstatt. Lieferant für  
Krankenkass. Fachgem. Bedienung.

# Das gute Kiebeck Bier

### Verkäufe.

**Teppiche!** (teherbaße) in allen  
Größen, fast für die Hälfte des Wertes  
Teppichlager, Brünn, Gedecker  
Markt 4, Bahnhof Börje. (Leier des  
Vormärts) erhalten 5 Prozent  
Rabatt.) Sonntags geöffnet!

**Wringmaschinen** und Wasch-  
maschinen billig, auch auf Teilzahlung.  
Bellmann, Köhlmannstraße 26. 199/2\*

**Gardinen!** Steppdecken! Portieren!  
Leibdecken! außergewöhnlich billig!  
Vormärtsleier 5 Prozent Rabatt  
extra! Gardinenhaus Brünn, Gedecker  
Markt 4 (Bahnhof Börje).  
Sonntags geöffnet.

**Wandkleidhaus Germania** Platz 6.  
Epottbilliger Bettwarenverkau. Bälde-  
verkau. Gardinenverkau. Teppich-  
verkau. Goldwarenverkau. Klei-  
nauswahl Herrengarderobe. Sonntags-  
verkau ebenfalls.

**Leibhaus Victoria** 58a!  
laufen Sie (spottbillig) von Kasernen  
wenig getragene (solche im Verkauf ge-  
wehene Fadentlinge, Rodanzüge,  
Baletts, Serie I: 10-18, Serie II:  
20-30 Mark, größtenteils auf Seide  
gearbeitet. Gelegenheitsläufe in neuer  
Rohgarberode, enorm billig. Klei-  
denstoffe, Kostüme, Mäntel, auf  
Seide gearbeitet, früher bis 150, jetzt  
20-35 Mark. Extra-Angebot in Kom-  
bord gewesener Teppiche, Gardinen,  
Portieren, Betten, Wäsche, Uhren  
und Goldwaren enorm billig nur  
Kornplatz 58a I. 194/2\*

**Moderne Künstlergardine,**  
Epottbilliger Sommer-Klammer-  
verkau! Kleiderauswahl! Fenster-  
garnitur 3,50, 4,50 bis 11,85. Schmal-  
gardinen, Fenster 1,95, 2,75 usw.  
Gardinenreise allerbillig! Vorsie-  
gardinen 1,75. Woll-Teppichhaus,  
Dresdenerstraße 8 (Kohlhofstr.).  
Abdomen 10 Prozent Rabatt.

**Vorzugige elegante Herrenanzüge**  
und Baletts aus feinsten Materialien  
20-40 Mark, Hosen 6-14 Mark.  
Berlindhaus Germania, Unter den  
Linden 21.

**Teppiche** (Herdensteler) enorm  
billig. Gardinen, Steppdecken direkt  
fabrik. Mauerhof, Große Frank-  
furter Straße 9, partiere. Vormärts-  
leier zehn Prozent! 609/2\*

**Zintwalschäfer, Joder, Sit-**  
**wannen, Rademmen.** Spezialfabrik  
Reichenbergerstraße 47. Leiers 5 Proz.

**Reichgehalt Portieren, Flügel**  
u. 23. Naturseide 3,85, Seidelpluch  
6,85, Kofelweilen 6,75 pro Reiter. Der  
neue Katalog, 600 Abbildungen,  
gratis. Teppichhaus Emil Leifer,  
Oranienstr. 188.

**Mittelbacher** Radfahrerkarte, Gau  
20 (Berlin), reichend von Reutersh  
bis Lorgan, von Stendal bis Kott-  
bus, ausgegeben, in Karion 2,60 M.  
Buchhandlung Vormärts, Linden-  
straße 69, Laden.

**Leppig-Thomas, Oranienstr. 126,**  
verkau farblichste Teppiche (spott-  
billig; Gardinen, Steppdecken, Tisch-  
decken haben Preis. Vormärtsleier 5  
Prozent Extrarabatt. 788/2\*

Beitenhand 9. — Brunnen-  
straße 70, im Keller. 1200/2\*

**Geschäftsverkäufe.**  
**Zigarrengeschäft** billig veräu-  
lich Glasgowerstraße 8. 179/2\*

**Friseurgeschäft** frantzeisischer  
spottbillig veräulich. Reufölln, Stein-  
meierstraße 30. 114/8

**Milch-Geschäft** zu verkaufen.  
Reufölln, Karlsruhgartenstraße Nr. 18.

**Möbel.**  
Der Möbel reell und dabei billig  
kaufen will! Kein Spezialgeschäft  
für Ein- und Zweizimmer-Einrich-  
tungen bietet Ihnen Vorteile. Ge-  
schmackvolle Musterwohnungen, auch  
gute gebrauchte sowie zurückgele-  
te Möbel, Dequeme Zuhilfenahme.  
Kassapreis Hundertprozent. Keine An-  
zahlung. Bekannte Rückzahlung  
bei Krankheit, Ausperrung usw.  
Tischlermeister Gubbert, Aders-  
straße 54. 245/20\*

**Kamerlings Möbelverkau.** Schreib-  
stimmerstraße 17, 18, 21a, Verkauf  
um die Ecke, Antonien-Allee 56,  
enorme Auswahi, Gelegenheitsläufe,  
Epottpreise. Name, Hausnummer be-  
achten. 1769/2\*

**Möbel & Gelegenheitsläufe**  
Bridenstraße 6. Große Auswahi  
neuer gediegener Möbel zu Epott-  
preisen. 1797/2\*

**Plüschsafa** 40,00, Chaiselongue  
18,00, Trumeau 33,00, englische  
Bestellen 25,00. Eigene Lager-  
werkstatt. Walter, Starthardstr. 18.

**Küchensätze!** Wunderbar Küchen,  
bester Anstrich, komplett achteilig mit  
Küchze 85 Mark; auch in lackiert,  
große Auswahi! Kur Skaligerstr. 25.  
Möbelverkau des Südboten 11 1062/2\*

**Möbel & Möbel.** Oranien-  
straße (Kornplatz) 58, Fabrikgebäude,  
kiefert als Spezialität: Ein- und  
Zweizimmer-Einrichtungen. Größte  
Auswahi, 9 Etagen in 2 Fabrik-  
gebäuden. Billigste Preise. Ein Zimmer  
und Küche 230,—, 335,—, 407,—,  
475,—, 496,—, 537,—, 574,—, 609,—,  
651,— bis 1000,—. Zwei Zimmer und  
Küche 445,—, 536,—, 640,—, 690,—,  
756,—, 898,—, 939,—, 1035,—, 1105,—,  
bis 2000,—. Schlafzimmer 189,—,  
282,—, eht Fische 343,—, 371,—,  
434,—, Wohnzimmer, modern 215,—,  
268,—, 306,—, 341,—, Epottzimmer,  
eht Fische, 341,—, 414,—, 474,—,  
562,—, Herrenzimmer 334,—, 424,—,  
englische Bestelle mit Küche,  
40,—, Trumeau, geschliffen 36,—,  
Wüstholza 58,—, Umbau 50,—, Be-  
schlittung ohne Kaufzwang erbeten.  
Für Jahre Garantie. Eventuell  
Zahlungsleistungen. Geöffnet  
8-8. Sonntags 8-10. Kein Laden.  
Verkau im Fabrikgebäude. 196/2\*

**Möbel!** Für brautleute günstig.  
Gelegentlich, sich Möbel anschaffen  
Mit kleiner Anzahlung gebe schon  
Stühle und Küchze. An jedem Stuch  
deutscher Preis. Ueberdortleitung  
dabei aufgeschlossen. Bei Krankheits-  
fällen und Arbeitslosigkeit anerkannt  
größte Rückzahl. Möbelgeschäft W.  
Goldhaub, Jostenstraße 38, Ecke  
Gneisenaustraße. 2901/2\*

**Centrale** für Arbeitermöbel liefert  
Reformeinrichtungen in gediegener  
Arbeit an Neuliebende auch auf  
Teilzahlung und bittet Parteimitglie-  
der um Beacht der großen Lager.  
Niedrige Anzahlung, Hundertprozent.  
Gelegenheitsläufe in gebrauchten Mö-  
beln. Verkaufsstelle Schatz, Brunnen-  
straße 100, Eingang Antamerstraße.

**Möbel** auf bequeme An- und Ab-  
zahlung. Großes Lager jeder Art.  
Möbel-Verkau: 1. Geschäft: Brunnen-  
straße 7, 2. Geschäft: Müllerstraße 174.  
Sonntags 8-10 geöffnet. 800/2\*

**Konturrenzlos preiswerte Möbel**  
in großer Auswahi. Einfach aber ge-  
dient. Für Flagen, hauslichlich  
Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen,  
sowie Einzelmöbel. Dequeme Teil-  
zahlung mit geringer Anzahlung gem  
gestattet. Trotzdem streng reelle  
Kassapreise und Hundertprozent. Kein  
Abzahlungsgeheimnis. Keine Kassar.  
Zahlungsfrist bei Streit, Krankheit  
usw. Empfehlenswert! Ist frühzeitige  
Bestellung. Aufbenuhrung, Trans-  
port frei. Anzahlung ist erst bei  
Lieferung erforderlich. Tischlermeister  
Rejens, Bahstraße 66, zwei Minuten  
vom Bahnhof Gesundbrunnen.

**Nurgediegener Möbelstücke**, ähnerl  
billig: Bestellen 20,00, 25,00, Ebe-  
lonque 18,00, 20,00, Kusstusafa 33,00,  
42,00, Kleiderständer 22,00, 25,00,  
Marmortisch 22,00, komplette mo-  
derneKücheneinrichtung 35,00, elegantes  
Bett 35,00, Dresdenerstraße 107,  
Möbelhaus. 1062/2\*

**Kaufen Sie Ihre Möbelleinrichtung**  
nur in einem Sie streng reell bedien-  
enden Geschäft. Die Möbelleinricht-  
ung, 2. Streit, Küchze, 2. bietet Ihnen  
nicht nur eine enorm große Auswahi  
in Schlaf-, Speise-, Derren-, Wohn-  
zimmern und Küchen, sondern auch  
ein selbsten entgegenkommene. Ju-  
vorfermentes Bedienung, 10 Jahre  
Garantie, zwangslose Beschäftigung des  
neulanten Lagers. Katalog gratis!  
Zustellung frachtfrei. Königstraße 2  
Möbelhandlung. Variations-  
straße 25, billige Preise. Teilzahlung  
gestattet. Vormärtsleier 3 Prozent  
Rabatt. 890/2\*

**Umzugshülfer** Vancellisa, wie  
neu, 68,00, Schiffsafa 25,00, Schöter,  
Chausseestraße 74 I. 128/19

**Brautleuten!** Ruhbaumvorkauf,  
bildliche Stühle, herliche Küch-  
einrichtung veräulich spottbillig Bomer,  
Große Frankfurterstr. 85, 1 Treppe,  
(Händler verbeten.) 128/20\*

**Veräulich (Händler verbeten):**  
Moderne Ruhbaumwerkstatt fast neu,  
auch einzeln, Brandenstraße 4 I.  
Pfele. 12/9

**Möbel ohne Geld!** Bei kleiner  
Anzahlung geben Wirschaffen und  
einzelne Stücke auf Kredit unter  
äußerer Preisnotierung, auch Waren  
aller Art. Der ganze Chen lauft bei  
uns. Pfeilschmann u. Co., Köpfer-  
straße 4. (Schleier Babndot.) \*

**Kaufen Sie direkt beim Fabrik-  
meister. Moderne Wohnungs- Ein-  
richtungen in jeder Preislage. Be-  
stätigen Sie meine Ausstellung.**  
Parteimitglieber 5 Prozent. Harnad,  
Eckelstraße 57 (Worplatz).  
Verkau nur im Fabrikgebäude.  
Zahlungsleistung. 1038/2\*

**Musikinstrumente.**  
**Krause-Planos** und Flügel,  
starkes Holzfuß, auch gebrauchte,  
Kauf, Verkauf, Miete, Teilzahlung,  
Knsbacherstraße 1.

**Planos, Harmoniums, Flügel**  
jeder Preislage, gebrauchte 120,00 an,  
Teilzahlung. Scherer, Chaussee-  
straße 105. 534/2\*

**Bilder.**  
Bilder. Sie kaufen Bilder nirgends  
billiger als direkt fabrik bei Hilde-  
Brand, Weinmeisterstraße 2. 224/2\*

**Fahrräder.**  
**Fahrrädertrieb** „Groß-Berlin“,  
reelle und billige Bezugsquelle, Re-  
paraturen gewissenhaft und schnell.  
Neue Reue Eshendorferstraße 9, Brun-  
nenstraße 145, Bahstraße 9, Müller-  
straße 13, Turmstraße 25, Charlotten-  
burg, Spandauerberg 29.

**Teilzahlungen.** Fahrradhaus In-  
validenstraße 30, Wilhelmshafen-  
straße 73 (Eshaus Turmstraße).  
Vormärtsleier fünf Prozent Rabatt.

**Gräßliche Fahrräder,** Rant-  
rate 10 Mark. Louis Barth, Briden-  
straße 10a, I. Etage. 992/2\*

**Brennablässe,** guterhalten,  
20,00, Schwader, Weberstraße 42.

**Kaufgesuche.**  
**Platinabfälle,** alte Goldsachen,  
Bruchgold, Silber, Gefälle, alle Uhren,  
Rehruf, Goldmatten, Duedsilber,  
Stanniol sowie sämtliche Gold-,  
Silber-, platinhaltigen Rüdstände  
kauft Froh, Edelmetallchmelze, Berlin,  
Ademierstraße 29, Telefon Korn-  
platz 3478. 580/2\*

**Platinabfälle,** Gramm 5,50, Klü-  
geld, Silber, Fahngelbe, Stanniol,  
Duedsilber lauft höchstzahlend Blümel,  
Schmelzerei, Auguststraße 19 III.

**Zahngefälle,** Goldsachen, Silber-  
sachen, Platinabfälle, sämtliche Metalle  
höchstzahlend Schmelzerei Christiani,  
Ademierstraße 20a (gegenüber  
Rantensellstraße). 111/1\*

**Zahngefälle,** Platinabfälle, Gold-  
sachen, Silber, Duedsilber, Stanniol  
höchstzahlend Schmelzerei Müller,  
Zelowerstraße 10. 1752/2\*

**Kupfer, Messing, Zink, Zinn, Blei,**  
Stanniol höchstzahlend, Wllig Cohn,  
Brunnenstraße 25. 1753/2\*

**Zahngefälle,** Gold, Silber, Messing,  
Platina lauft höchstzahlend Blumen-  
reich, Brunnenstraße 3, Rosenbaler  
Lor. 69/2\*

**Zahngefälle,** Zahn bis 1,30, Platin-  
abfälle 5,75, Goldsachen, Silber-sachen,  
Duedsilber, Stanniolpapier, Zinn  
3,50, Kupfer 1,24, alle Metalle  
höchstzahlend, Edelmetall-Einkauf-  
bureau Weberstraße 31. 964/2\*

**Goldschmelze** lauft Silber, Platin-  
abfälle, Zahngefälle, Duedsilber,  
Stanniol, alle Metalle, höchstzahlend  
Wlms Marie Rieper. Kur Ademier-  
straße 157. 479/2\*

**Unterrieh.**  
Unterrieh in der englischen  
Sprache. Für Anfänger und Fort-  
geschrittene, einzeln oder im Zirkel.  
Wird englischer Unterricht erteilt.  
Auch werden Ueberetzungen ange-  
fertigt. O. Ewentz, Liebnecht  
Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9  
Gartenhaus III. 44/2\*

**Chaussee-Ausbildung** erhaltlich  
und heilungsförder. Berühmte  
4-Röhler-Systeme Honorar 100 RM,  
auch Abendkurse. Kostenlos Empfeh-  
lung. Große Reparaturwerkstatt,  
Köpenickerstraße 116. 701/2\*

**Schinkelakademie.** Regierungs-  
baummeister Dr. Artur Berner, In-  
haber, Berlin, Reanderstraße 3,  
Rafshindenbau, Ueftriedrich, Hoch-  
bau, Tiefbau, Heizung, Gasfach,  
Wassersach, Tageskurse, Abendkurse.

**Verschiedenes.**  
**Datenanwalt Müller,** Gütshiner-  
straße 81. 3439/2\*

**Datenanwalt Bejel,** Gütshiner-  
straße 9a.

**Planos** vermerter Planohaus  
Krause, Knsbacherstraße 1.

**Fahrräder,** Nähmaschinen, Planos,  
Möbel, höchstzahlend, Leihhaus,  
Schwedterstraße 11. 233/10\*

**Kunstkoperei** Große Frankfurter-  
straße 67. 2392/2\*

**Bereinszimmer** zu vergeben.  
Lichtenberg, Leffingstraße 21. 711/2\*

**Gondwässererei** Kalk, Köpenick,  
Parkstraße 11, wächst schonend,  
sauber, gloriell, im Felien getrocknet,  
4 Handtücher, 8 Taschentücher 10 Pf.  
Abholung Mittwoch, Donnerstag,  
Freitag.

**Wäsche** jeder Art zum Waschen.  
Schonend, trocken im Freien. Solide  
Preise. Abholung täglich. Witwe  
Niewisch, Köpenick, Grünauerstraße 70.

**Kafenbleiche,** Frau Kuback,  
Köpenick, Grünauer Straße 45, wächst  
schonend sauber. Wasen, Leibwäsche,  
vier Handtücher, 10 Kein Vertauschen,  
Abholung Donnerstags. 1811/2\*

**Küchensätze** werden modern ge-  
richtigen, Abholung gratis, Postkarte,  
Roß, Dirshauerstraße 12. 129/3

**Vermietungen.**  
Kobenteller mit Wohnung, billig,  
Ksterstraße 104. 1812/2\*

**Wohnungen.**  
**Sonnenburgerstraße 27,** Drei-  
, zwei-, einzimmerige Wohnungen,  
Bad, Balkon, Zubehör. 1787/2\*

**Größswaldstraße 206,** Garten-  
haus, zweizimmerige Partier-  
wohnung. 1785/2\*

**Panow, Prinz-Heinrichstraße 3,**  
zweizimmerige, auch Coaterain-  
wohnung, Bad, passen für Arbeits-  
stube. 1785/2\*

**3 u. 2-Zimmerwohnungen, Loggia,**  
Bad, Kuchengelaß, 45,00, 38,00,  
25,00, Koloniestraße 69 130

**Zimmer.**  
Gut möbliertes Zimmer vermietet  
solist Auguststraße 51, vorn III  
rechts. 71/2\*

**Kleines** möbliertes Zimmer zu  
vermieten. Schwarzloppstraße 13,  
partiere links. 134/3\*

**Teilnehmer** für möbliertes Vorder-  
zimmer, solist, 13 Mark. Gernh,  
Grußstraße 62 II. 1413/2

**Arbeitsmarkt.**  
**Stellenangebote.**  
Einen Bauarbeiter auf Ratlarbeit  
stelt ein Ring, Spandau Seeburger-  
straße 13. 1068/2

**Tüchtige** ältere Köcher werden  
verlangt. Karlsruhische Ruhland,  
Golenzer, Rathhousenstraße 19.

**Tüchtige Bau- und Kunstschlosser**  
verlangt Eisenhauerstraße 44.

**Achtung! Holzarbeiter.**  
Wegen Streit oder Lohn-  
differenzen sind geliehert:  
Bauführer Gebr. Raabe,  
Hfedorstr. 31.

Bergbauerei von Augustin,  
Brunnenstr. 84.

Klobelschmid, Möbelabrik  
Theuer (Zach-Rabat).

Das Berliner Arbeitsmittigen-  
vermittlungsbureau d. gelben  
Handwerkervereinsverbandes.  
Arbeitsnachweis d. Stellmacher-  
innung und der Wagenfabri-  
kanten, Kaiserjans-Grenadier-  
Platz.

Jung ist streng fernzuhalten.  
Die Ortsverwaltung Berlin des  
Deutschen Holzarbeiterverbandes











Mittwoch, den 13. August: Zahlabend in Groß-Berlin.

Bericht der Säuglingsfürsorgestelle Neukölln 1912/13.

Der Jahresbericht der Säuglingsfürsorgestelle Neukölln für das Etatsjahr 1912/13 liegt vor uns. Er zeigt auf deutlichste, ein wie dringendes Bedürfnis dieses städtische Institut für die proletarische Bevölkerung Neuköllns ist. Enorm groß ist die durchschnittliche Zahl der Mütter, die auf eine Sprechstunde fieseln; sie beträgt durchschnittlich 80 gegen 76 im Vorjahre, und schwankt zwischen 20 bis 30 Konsultationen und 141 pro Sprechstunde. Der Bericht spricht von den Schäden dieser enormen Ueberfüllung der Sprechstunden und führt unter diesen auch Diebstähle an Wäsche, Kleidungsstücken und Portemonnaies an, die ab und zu im Wartezimmer vorkommen, während die Mütter mit den Säuglingen im Untersuchungsraum verweilen; es fragt sich, ob es nicht möglich ist, Einrichtungen zu treffen, die diese armen Mütter vor Diebstählen dieser Art bewahren können. Nach Kalendermonaten geordnet fiel die Höchzahl der Konsultationen mit 1268 und 1242 Konsultationen auf die Monate Juli und August, während der Dezember mit 798 die geringste Frequenz aufwies.

Die Gesamtzahl der Kinder, die im Etatsjahr in der Fürsorgestelle beobachtet wurden, betrug 2498 gegen 2260 im Vorjahre. Von allen Lebendgeborenen kamen 32,7 Proz. in die Fürsorgestelle gegen 29,1 Proz. im Vorjahre, trotz der Steigerung noch immer eine recht geringe Zahl; in anderen Gemeinden, z. B. Charlottenburg, ist die prozentuale Beteiligung der Kinder an der Fürsorgestelle eine viel höhere. 83,7 Proz. aller in Fürsorge befindlichen Kinder waren ehelicher, 16,2 Proz. unehelicher Herkunft, ein Kind war ein Findelkind. Die Mehrzahl der Mütter kommt in die Fürsorgestelle durch die Merkblätter der Standesämter aufmerksam gemacht, andere wurden auch durch Hebammen, Ärzte und gemeinnützige Vereine darauf hingewiesen. Der Bericht sagt: „So entwickelt sich diese (Fürsorgestelle) immer mehr zu einem wichtigen und für große Kreise der Bevölkerung schwerlich mehr zu entbehrenden Bestandteile der allgemeinen Wohlfahrtspflege.“ Von Wichtigkeit ist, daß die Säuglinge möglichst im ersten Lebensmonat in die Beobachtung der Fürsorgestelle kommen, damit ihre Pflege und Ernährung schon gleich im ersten Lebensmonat in die richtigen Bahnen gelenkt wird; es zeigt sich, daß leider dies nicht geschieht, fast zwei Drittel der Kinder kommen erst nach ihrem ersten Lebensmonat in die Fürsorge; verhältnismäßig größer ist der Anteil der unehelichen Kinder, die im ersten Lebensmonat zur Beobachtung kommen. Der Bericht führt dies darauf zurück, daß die unehelichen Kinder auf Grund der standesamtlichen Meldung durch die Fürsorgeschwestern kurze Zeit nach der Geburt besucht und auf die Fürsorgestelle hingewiesen werden.

Von den Säuglingen erhielten nur Brustnahrung bei der Aufnahme 45,2 Proz. der Kinder, Brust und Flasche 10 Proz., mithin überhaupt Brust 58,2 Proz. (gegen 57,7 Proz. im Vorjahre), während 41,6 Proz. bereits bei ihrem Erscheinen künstlich ernährt werden. Unter den Kindern des 1. Lebensquartals waren 68,3 Proz. Brustkinder (69,3 Proz. im Vorjahre), unter den Kindern des 2. Lebensquartals 33,0 Proz. (gegen 26,8 Proz. im Vorjahre), unter den Kindern des 3. Lebensquartals 25,5 Proz. gegen 17,2 Prozent im Vorjahre), unter den Kindern des 4. Lebensquartals 15,2 Proz. (gegen 20,3 Proz. im Vorjahre).

Gestorben sind von den Fürsorgekindern noch vor Ablauf des ersten Lebensjahres 130 = 5,2 Proz., darunter 33 uneheliche Kinder. 88 unter den gestorbenen Kindern waren nur einmal vorgestellt. Den außerordentlichen Einfluß der Ernährung auf die Sterblichkeit zeigen folgende Ziffern:

Unter den Gestorbenen waren mit Brust ernährt 12 Kinder, mit Brust und Flasche 11 Säuglinge, nur mit Flasche 104 Kinder. Die höchste Sterblichkeit fiel, wie immer, auf Quartal Juli-September mit 51 Kindern; an erster Stelle der Todesursachen steht Magen- und Darmkatarrh.

Die allgemeine Sterblichkeit der Säuglinge in Neukölln betrug 13,85 Proz. aller Lebendgeborenen, eine Ziffer, die bedeutend niedriger wie die des Vorjahres, wie 19,61 Proz. war, auch die übrigen Vorjahre hatten sämtlich höhere Sterblichkeitsziffern.

Materielle Unterstützungen in Form von Milch wurden in erster Linie an stillende Mütter abgegeben; insgesamt wurden 17168 Liter Milch (gegen 16387 Liter im Vorjahre) abgegeben, wobei monatlich 53-124 Mütter Berücksichtigung fanden. Außerdem wurden auch an stillende Mütter Zucker, Roggenmehl, Weizenmehl, Reis und Plasmom abgegeben.

Auch für die Säuglinge wurden 5000 1/2 Liter Kindermilch abgegeben, ferner Säuglingsbuttermilch, Eiweißmilch, Sojblets Nährzucker usw. Die hierfür angegebenen Ziffern sind als recht niedrige gegenüber der großen Zahl bedürftiger Säuglinge in Neukölln zu betrachten. Von den drei Fürsorgeschwestern wurden 7237 Hausbesuche (gegen 5300 im Vorjahre) ausgeführt.

Auch Recherchen wegen Unterstützungsbedürftigkeit wurden von den Fürsorgeschwestern ausgeführt. Ebenso zeitweilig Milchproben im Haushalt von den Schwestern vorgenommen, sechs mal wurde die Milch als verdorben vorgefunden.

Wie der Bericht zeigt, hat die Säuglingsfürsorgestelle eine recht segensreiche Tätigkeit ausgeübt, sie kann aber nur eine beschränkte Anzahl Säuglinge betreten. Es ist deshalb mit Freuden zu begrüßen, daß auf Drängen unserer Genossen im Neuköllner Stadtparlament Anfang August dieses Jahres eine zweite Säuglingsfürsorgestelle eröffnet ist; hoffen wir, daß diese dazu beitrage, die Säuglingssterblichkeit in Neukölln weiter herabzusetzen.

Partei-Angelegenheiten.

Dritter Kreis. 2. Abteilung. Für die Bezirke 141a, 142, 143, 144 und 284 findet der gemeinschaftliche Zahlabend im Gewerkschaftshaus (Saal 1) statt. 7. Abteilung. Bezirke 282, 282a, 283, 285, 287 Mittwoch, den 13. August: Gemeinsamer Zahlabend. Vortrag des Genossen Dr. E. Rosenfeld über: Lassa und der Preussische Landtag.

Brix-Budow. Laut Beschluß der letzten Mitgliederversammlung findet am Mittwoch für unseren Ort ein gemeinsamer Zahlabend bei Weder, Gesellschaftshaus, Hausstraße, statt.

Friedrichshagen. Am Mittwoch, den 13. August, abends 8 1/2 Uhr, bei Verche, Friedrichstr. 112: Gemeinsamer Zahlabend. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Stadtverordneten Joh. Sollenbach über: „Eindrücke von der italienischen Arbeiterbewegung“.

Maricendorf. Mittwoch, den 13. d. M., gemeinschaftlicher Zahlabend aller Bezirke im Lokal Hanel, Tempelhofer und Schöneberger Strassen-Ecke. Tagesordnung: 1. Der Parteitag in Jena. 2. Diskussion. 3. Verchiedenes. Der Frauenleseabend findet diesmal am Dienstag, den 19. d. M., statt.

Schmargendorf. Die Mitgliederversammlung des hiesigen Wahlvereins findet am 13. August, abends 8 1/2 Uhr, im Café Lief, Hubertusbader Str. 8 statt. Unter anderem steht auf der Tagesordnung ein Vortrag des Genossen Nische über Religion und Sozialismus.

Neuenhagen a. Odb. Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr: Zahlabend im Restaurant von Wänsche, Bahnhofsstraße.

Berliner Nachrichten.

Ein tapferer Polizist.

Bei einem nächtlichen Abenteuer, das in der vorigen Woche ein Schornsteinfegergehilfe W. in der Poststraße hatte, hat ein Polizeibeamter eine ungewöhnliche Rolle gespielt.

W. und der Schornsteinfegermeister L., die in einer Fabrik bis in die Nacht hinein Kesselreinigungsdarbeiten ausgeführt hatten, gingen zu später Stunde heim. Als sie in der Poststraße von zwei Männern überholt wurden, drehte der eine sich um und rief: „St. kommen Sie mal her!“ W. meinte, einen Bekannten vor sich zu haben, und näherte sich den beiden, aber der Rufer — verabreichte ihm eine kräftige Ohrfeige. Darauf entlich er dem verdubelten W. seinen Stod und führte gegen den Kopf einen Hieb, der das linke Ohr traf. Es entspann sich ein Ringen, bei dem W. heruntergedrückt wurde und Hiebe über den Rücken erhielt, wozu anscheinend Schlüssel benutzt wurden. Als W. sich frei machen konnte, schwand den beiden der Mut, und sie hielten es jetzt für ratsam, das Hasenpanier zu ergreifen. W. und L. verfolgten die Davonlaufenden durch die Kappbachstraße, wo der eine im Dunkel der neuen Anlagen des Viktoriaparks entkam. Den anderen — den, der mit dem Stod geschlagen hatte, — sah W., aber der Fremde setzte sich zur Wehr und rang mit W. Erst als es diesem gelang, seinen Gegner mit festem Griff zu umklammern, rief er plötzlich, er sei bereit, mit zur Polizeiwache zu kommen.

Beide gingen jetzt, begleitet von L., zur Wache in der Kreuzbergstraße, wobei der Fremde den kundigen Führer machte, aber W. dafür sorgte, daß er ihnen nicht entwischt. Noch kurz vor der Wache kam es zu einem Fluchtversuch, den W. vereitelte, obwohl er dabei einen Kratt vor den Leib erhielt und zu Boden stürzte. Schließlich fügte sich der Fremde und zog entschlossen selber die Mode des Polizeibureau. Als die Tür sich öffnete, und er mit W. in den Flur trat, hatte er alle seine Fassung wiedergewonnen. Er schlug plötzlich einen ganz anderen Ton an und wolle, wie wenn er hier zu Hause wäre, den mitkommenden Zeugen L. hinaus-schieben, indem er kommandierte: „Sie bleiben draußen. Sie haben hier nichts zu suchen!“ Dieser Abweisungsbversuch mißlang, und die drei stiegen miteinander hinauf zur Polizeiwache. Der Fremde ging voran, trat oben als erster ein und — grüßte: „Guten Abend, Kollegen!“ Die Ueberreaktion war nicht gering. W. und L. waren erstaunt, es mit einem Polizeibeamten zu tun zu haben. Aber auch die Beamten des Polizeibureau machten verwunderte Gesicht, als die Sache ihnen vortragen wurde. Der Kollege gehörte nicht zu diesem Revier. Er bezeichnete sich als Polizeibeamter Hermann Krüger, gab als Wohnung Ehlauer Straße 8 an und versich dann baldigst die Wache.

Inzwischen hatten bei W. die Folgen des Schläges gegen das Ohr ihre Wirkung getan. Er sank zusammen, fiel um und konnte nicht wieder auf die Beine gebracht werden. Man mußte eine Droschke holen und ihn nach der nächsten Unfallstation fahren, von wo er noch in der Nacht dem Urban-Krankenhaus überwiesen wurde. Nach 1 1/2 Tagen entließ ihn das Krankenhaus auf seinen Wunsch als noch nicht geheilt.

Als W. darauf zum Polizeibureau in der Kreuzbergstraße ging, um gegen Kr. Strafantrag zu stellen, antwortete man ihm, der Leutnant habe schon selber Anzeige erstattet. Der Beamte fügte hinzu, es wäre vielleicht besser gewesen, wenn Kr. sich mit W. geeinigt hätte. Gegen Kr. spricht der auffällige Umstand, daß er wegzulaufen versucht hat. Es ist ungewöhnlich, daß ein Polizist, und sei's auch einer in Zivil, „der Tapferkeit besseres Teil“ erwirkt und ausreicht. Hiernach ist diesmal wohl mit einiger Sicherheit darauf zu rechnen, daß nicht — der Spiegel umgedreht wird.

Die juristische Sprechstunde findet bis einschließlich Sonnabend, den 30. August, nur von 7 bis 9 Uhr abends statt. — Sonnabends Sprechstunde von 1/5-6 Uhr nachmittags.

Umleitung von Straßenbahnlinien. Die Straßenbahn muß wegen Auswechslung der Gleisanlagen in der Königstraße zwischen der Spanbauer Straße und dem Hohen Steinweg die Linien 58, 59, 60, 61, 64, 65, 69, 71 und 74 in den Nächten vom 19./20., 22./23. und 25./26. August von 1 Uhr an umleiten. In den Nächten vom 27./28., 29./30. August sowie 1./2., 2./3., 3./4., 4./5., 5./6., 8./9., 9./10. und 10./11. September werden die Linien 69 und 74 von 2 Uhr an umgeleitet. Die Umleitung geht von der Königstraße über die Spanbauer, Kaiser-Wilhelm-, Rosen-, Neue Friedrichstraße, An der Spanbauer Brücke, Gadescher Markt, Rosenhäger, Neue Schönhauser, Müng-, Alexanderstraße und Alexanderplatz.

Die polizeilichen Genehmigungen der Feuerbestattung sind stempelfrei. Diese Feststellung trifft eine allgemeine Verfügung des Finanzministers in Gemeinschaft mit dem Minister des Innern an den Polizeipräsidenten in Berlin. Außer den Umständen, die zur Herbeiführung der polizeilichen Genehmigung der Feuerbestattung vorzulegen sind, sind auch die polizeilichen Genehmigungen der Feuerbestattung selbst stempelfrei, weil sie ausschließlich im öffentlichen Interesse erteilt werden. Der Erlass ist jetzt auch allen Regierungspräsidenten zur Nachachtung und Anweisung der Landräte mitgeteilt worden.

Die absterbende Königsheide. Die Königsheide, ein beliebtes Ausflugsziel der Berliner, scheint dem Untergange geweiht zu sein. Schon jetzt zeigt der Wald, der früher eine üppige Vegetation aufwies, zahlreiche große Lückungen. Viele hundert Bäume sind infolge der Senkung des Wasserspiegels, die durch den Bau des Teltowkanals und durch die Charlottenburger Wasserwerke herbeigeführt worden ist, zugrunde gegangen. Auch die starke Rauchentwicklung der vielen benachbarten industriellen Anlagen trägt viel dazu bei, daß große Bäume absterben und der Nachwuch verflümmert. An dem sogenannten Besenbindertweg, der von Alt-Glienicke nach Baum-schuldenweg führt, ist fast die Hälfte des früher so herrlichen Baumbestandes verodert. Auch die um die Königsheide herum liegenden Felder haben ihre Fruchtbarkeit zum größten Teil eingebüßt. Hier,

wo früher unabsehbare Gemüselfelder sich ausdehnten, deren reicher Ertrag die Reichshauptstadt mit frischem, billigen Gemüse versorgte, finden sich jetzt kilometerlange brachliegende Gelände.

Zu dem postenverdächtigen Fall in Lichtenberg, der zur Oberrückung des Ingenieurs Schulz, seiner Frau und seines Neffen führte, wird mitgeteilt, daß die Untersuchung jetzt ergeben hat, daß es sich nur um einen Fall von Windpocken handelt.

„Dürre und Frost im Spreewald“.

Unter dieser Ueberschrift brachte die „Welt am Montag“ in ihrer Nummer vom 4. August eine Notiz, wonach im Spreewalde zahlreiche Gurken und andere Früchte erfroren und außerdem infolge andauernder Dürre Gräben und Weiden vollständig trocken seien. Der Schreiber dieser Notiz, so wird uns mitgeteilt, hat es trefflich verstanden, aus einer Wüde einen Elefanten zu machen. Wichtig ist, daß in letzter Zeit einige empfindlich fähle Nächte auf das Wachstum des Gemüses sowie aller Pflanzen — namentlich der Gurken — äußerst nachteilig gewirkt haben. Vom Erfrieren der Vegetation kann aber deshalb nicht gesprochen werden. Ebenso falsch ist es zu schreiben, daß in den Gräben kein großes Wasser vorhanden sei. Gewiß ist der Wasserstand kein hoher, jedoch kommen die Spreewaldbesucher sicherlich noch auf ihre Rechnung. Es braucht sich also vom Besuch des Spreewaldes noch niemand abhalten zu lassen; die für Spreewaldfahrten in Betracht kommenden Kanäle und Flüsse führen noch genug Wasser. Es hat schon Jahre gegeben, in denen es viel schlimmer stand, und im Vergleiche zu 1908 haben wir sicherlich im Spreewalde noch einen guten Wasserstand. Also die Arbeitervereine, die für die nächste Zeit noch Touren durch den Oberspreewald veranstalten — der Arbeiter-Wanderverein Berlin veranstaltet eine solche am 17. August — brauchen sich durch solche und ähnliche Notizen in ihrem Vorhaben nicht stören lassen.

Todessturz eines Obdachlosen.

Auf dem Grundstück Nordstr. 85, wo sich die Stallungen und der Wagenplatz der Expedition von August Förster befinden, wurde gestern früh der 21 Jahre alte wohnungslose Arbeiter Wilhelm Hentschel mit zerhacktem Schädel tot aufgefunden. Er lag in einem Stallgebäude auf dem Fußboden. Die Feststellungen ergaben, daß der Mann vom Heuboden im ersten Stod, wo er übernachtet hatte, heruntergefallen ist und sich dabei einen Schädelbruch zugezogen hat, dem er noch in der Nacht erlag. Hentschel pflegte öfter auf dem Heuboden zu schlafen. Auch am Sonntagabend gegen 10 Uhr ist er gesehen worden, wie er auf das Grundstück ging.

Feuer in der städtischen Gasanstalt Danziger Straße.

Gestern morgen kurz vor 2 Uhr wurde die Feuerwehre nach der städtischen Gasanstalt IV in der Danziger Straße 61 gerufen, wo im Retortenhaus 3 Feuer ausgebrochen war. Es brannten Holzstücke des Abzugschornsteins und Teile des Fußbodens einer darunter liegenden Galerie. Da die Gefahr bestand, daß durch herabfallende brennende Holzstücke die Hauptgasrohre erwärmt werden konnten, so gab die Wehre sofort mit zwei Schlauchleitungen Wasser. Das Feuer konnte in kurzer Zeit abgelöscht werden. Ueber die Ursache des Brandes war bestimmtes nicht festzustellen, doch vermutet man, daß er durch Funkenflug entstanden ist.

In der Turnstraße 9 hatten sich Filmrollen in dem Entwicklungsaum eines Kinetographentheaters entzündet. Der Vorführer Paul Drupe erlitt Brandwunden an beiden Händen und mußte von der Feuerwehre nach der nächsten Unfallstation gebracht werden. Das Publikum blieb ruhig, mußte aber das Theater räumen, da die elektrische Leitung im Vorführungsaum zerstört worden war.

Ein größerer Laubenbrand brach in der Laubenkolonie an der Barfußstraße aus. Hier mußte längere Zeit mit zwei Hochren Wasser gegeben werden, um die Flammen zu ersticken.

Auf dem Bahnsteig vom Tode ereilt wurde der 27 Jahre alte Schriftsetzer Gerhard Lichterfeld, der in der Anorpromenade 4 zu Lichtenberg wohnte. Der junge Mann wurde auf dem Bahnhof Weihensee plötzlich von einem schweren Unwetter befallen und verstarb, ohne die Bestimmung wieder erlangt zu haben, in den nächsten Minuten. Wie es scheint, hat ein Herzschlag seinem Leben ein vorzeitiges Ende gemacht. Ein Arzt, der seinen Tod feststellte, konnte die Todesursache nicht genau angeben.

Ein schwerer Straßenbahnunfall hat sich Sonntag in der Friedrichstraße ereignet. Vor dem Hause Nr. 108 fuhr gegen 8 Uhr der Schlägergehilfe Karl Konstabler mit einem Zweirade gegen einen ihm entgegenkommenden Straßenbahnwagen der Linie 84. Der Radler stürzte um und zog sich beim Aufschlagen auf das Straßenpflaster eine Gehirnerschütterung und Quetschungen an den Füßen zu. Der Verunglückte wurde nach der Igl. Klinik in der Fieselsstraße gebracht. — An der Ecke der Martin-Luther-Straße und der Winterfeldtstraße kam es gestern nachmittags zu einem Zusammenstoß zwischen einer Autodroschke und einem Straßenbahnwagen der Linie 50. Die Kraftdroschke schleuderte und stieß dabei gegen die rechte Seitenwand. Eine Seitenleiste ging in Trümmer und durch umherliegende Glassplitter wurde eine Insassin des Bahnwagens, Fraulein Verta Hansen, im Gesicht und in rechter Ohr verletzt. Die Verunglückte wurde in eine Privatklinik in der Martin-Luther-Straße gebracht.

Ohne Wissen der Angehörigen beerdigt!

Aus einer Anstalt der Stadt Berlin erfahren wir wieder mal, daß bei Abfindung einer Todesnachricht eine Summe von 1000 Mark vorgekommen ist, durch die die Zustellung verzögert wurde bis zu einem Augenblick, wo der Verstorbene bereits beerdigt war. Ein Invalide G., der mit seiner Familie in der Brangelstraße wohnte, wurde im April dieses Jahres an die Epileptikeranstalt Buhlgarten überwiesen und starb dort am 8. August. Den Angehörigen, die ihn noch wenige Tage vorher besucht hatten, wurde eine Todesnachricht zugefandt mit dem Hinweis, sie hätten bis zum 5. August sich über die Beerdigung zu äußern, anderenfalls werde der Verstorbene am 6. August auf Stadtkosten beerdigt; Frau G. erhielt diese Nachricht erst am — 8. August! Die Verzögerung aufzuklären, war diesmal sehr einfach. Das Bureau von Buhlgarten hatte zunächst einen Brief abgeschickt, auf dem verzeichnet: „Lange Straße“ statt „Brangelstraße“ als Wohnung angegeben war, obwohl G. niemals in der Lange Straße gewohnt hatte. Dieser Brief ging von Buhlgarten nach Berlin zum Rathaus, vom Rathaus zum Postamt, vom Postamt zur Lange Straße, von da als unbestellbar zurück zur Post, von der Post wieder zum Rathaus, vom Rathaus hinaus nach Buhlgarten, und dort kam er dann glücklich am 7. August wieder an. Jetzt erst stellte sich bei nochmaliger Prüfung der in den Adressen vermerkten Wohnungsangabe der Irrtum heraus, aber inzwischen war die Leiche bereits beerdigt worden, weil bis zum 5. August kein Angehöriger sich hatte melden können. Als die Witwe sich in Buhlgarten beschwerte, hat man sie dringend um Entschuldigung. Wir meinen, daß bei Abfindung von Todesnachrichten 1000 Mark Summeleiten nicht zu



entschuldigen sind. Die Witwe hat gefordert, daß die Leiche wieder ausgegraben wird, damit sie sie anderswo beerdigen lassen kann. Die Entscheidung hierüber steht noch aus.

**Auf eine unnatürliche Mutter,** die sich auf ganz unerhörte Weise ihres Kindes entledigt hat, fahndet die Kriminalpolizei. Gestern nachmittag gegen 5 Uhr lehrten zwei Frauen, die eine im Alter von ungefähr 25 Jahren, die andere im Anfang der fünfziger, beide völlig in Trauer gekleidet, in einem Salonlokal in der Alexanderstraße ein. Sie bestellten zwei Glas Kalzbier. An den Tisch setzte sich aber nur die ältere, während die jüngere sofort die Toilette aufsuchte. Als die Wirtin daraufhin nachsah, fand sie im Kofsett einen Anaben, der, wie der Befund ergab, erst vor ganz kurzer Zeit geboren worden war. Ohne Zweifel von der Frauensperson, die vorher die Toilette benutzt hatte. Weil der Knabe noch lebte, holte die Schankwirtin sofort ärztliche Hilfe herbei. Der junge Erdenbürger, der sich rasch erholt, wurde nun der Polizei dem Waisenhause überwiesen. Die Nachforschungen nach den beiden Frauen, die unterrichtet und forspuliert sind, waren bisher noch ohne Erfolg.

**Ein Anglücksfall ereignete sich** gestern vormittag kurz vor 12 Uhr in der Potsdamer Str. 42. Das in dem dortigen Pelzwarengeschäft bedienstete Mädchen glitt beim Biegen der Fenster in der ersten Etage aus und fiel auf den Bürgersteig hinab. Die Verunglückte brach das Schienbein und erlitt außerdem noch innere Verletzungen.

**Zu dem Tode des Automatenfahlers Alfred Löwenberg,** Hagenheide 47, worüber wir in der Sonnabendnummer des „Vorwärts“ berichteten, teilen uns Arbeitskollegen des Verstorbenen sowie dessen Ehefrau mit, daß Löwenberg nicht beschäftigungslos gewesen sei, sondern daß er die Gewohnheit hatte, des öfteren der Arbeit fernzubleiben. Die Frau des Verstorbenen fährt den Schritt ihres Ehemannes auf starke nervöse Erregungszustände zurück. Die Mitteilung, daß sie ihm Vorwürfe gemacht habe, wodurch ihr Mann zu dem Selbstmord getrieben worden sei, treffe nicht zu.

**Der Vortrag „Der Großlöcher, Gastein und die Salzburger Alpen“**, der am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend im Wissenschaftlichen Theater der „Arnia“ wiederholt wird, bringt Landesherrn von stimmungsvoller Annuit wechselnd mit großartigen Gebirgsgeräten; vom schroffen Kaiser geht zu den Himmeln des Großlöcher und von Gastein nach Salzburg und ins Salzammergut. Am Freitag und Samstag wird der Vortrag „Von der Jagd zur Jagd zum Wagnern“ gehalten werden.

## Vorort-Nachrichten.

### Charlottenburg.

#### Die Liste der stimmberechtigten Bürger

ist aufgestellt und wird in der Zeit vom 15. bis 30. August d. J. wochentags von 8-8 Uhr nachmittags, außerdem Sonnabends von 8-8 Uhr nachmittags und Sonntags von 10-12 Uhr vormittags in der Geschäftsstelle des Magistrats IV, Alhoyer Str. 8a, Portal I Vorderhaus 3 Treppen links, Zimmer 39-40 öffentlich ausliegen. Während dieser Zeit kann jedes Mitglied der Stadtgemeinde beim Magistrat gegen die Richtigkeit der Liste Einwendungen erheben. Es ist erwünscht, daß von dem Rechte der Einsichtnahme möglichst viel Gebrauch gemacht wird, da spätere Einsprüche unberücksichtigt bleiben müssen. Die I. Abteilung der Wähler schiebt ab mit einem Steuerbetrage von 2926,70 M., die II. beginnt bei 2926 M. und endigt bei 250 M., die III. beginnt mit dem Steuerbetrage von 288,80 M.

**Arbeitslose ortsanässige Bauarbeiter,** die auf Arbeit bei städtischen Bauten reflektieren, tun gut, sich im städtischen Arbeitsnachweis, Berlinerstr. 81, eintragen zu lassen. Die von unseren Genossen in der Hochbaudeputation wiederum in Aussicht gebrachte Förderung der Frage betreffend Beschäftigung ortsanässiger Arbeiter bei städtischen Bauten hat dazu geführt, daß jetzt mit allem Nachdruck darauf gesehen wird, daß möglichst solche und zwar nur durch den städtischen Arbeitsnachweis eingestellt werden.

### Neußölln.

Einen schönen Abschluß der Ferienspiele bildete das Schlußfest, das am letzten Sonnabend im „Karlsgarten“ stattfand und sich einer äußerst regen Beteiligung erfreute. Das abwechslungsreiche Programm, das außer dem Konzert von Kindern ausgeführt wurde, tief eine fröhliche Stimmung bei allen Teilnehmenden, Mitwirkenden und Zuschauern hervor. Man muß den Eifer und den Stolz der Kinder gesehen haben, mit dem sie sich an ihre Aufgabe herangetan hatten, das Fest verschönern zu helfen. Mehrere bunte Reigen, Gesang, turnerische Aufführungen und sogar zwei kleine Theaterstücke hielten in bunter Abwechslung besonders das „kleine Publikum“ in Spannung. Recht wirkungsvoll hat sich auch der schiere endlose Fackelzug dar; die vielen hundert Stocklaternen in handiger Bewegung übten einen wunderbaren Reiz aus. In einer Ansprache sagte dann der Genosse Madise allen denen, die durch ihre aufopfernde Tätigkeit und durch Geldspenden die Ferienspiele unterstützt haben, den herzlichsten Dank. — Nun sind die Ferien zu Ende und die Schule verlangt wieder ihr Recht. Das ist aber gewiß: die Kinder, welche die Ferien über sich an den gemeinsamen Spielen und Ausflügen beteiligt haben, werden noch recht lange mit Freude daran denken. Diejenigen Frauen aber, die durch die Ferienspiele wahrlich recht viel Mühe und Arbeit gehabt haben, werden sich reich belohnt fühlen durch das Bewußtsein, den Kindern, die nicht eine Erholungsreise antreten konnten, die Ferien angenehm gestaltet zu haben. Den Dank dafür konnten sie auch beim Schlußfest wieder aus den leuchtenden Kinderaugen lesen.

### Tempelhof.

Um die Nachfrage einer Bedürfnisanstalt in der Parkstraße hat jetzt ein Streit beim Kammergericht seinen Abschluß gefunden. Vier Hausbesitzer wollten durchaus eine einstufige Verfügung auf Unterlegung des Bau dieser Bedürfnisanstalt durchsetzen, die sich etwa 12 Meter von Wohnungen, direkt in der Gasse der Straße befindet. Sie wurden jedoch mit ihrer Ansicht abgewiesen.

### Schöneberg.

Die Spielabende der Freien Elternvereins finden jetzt nach den Ferien an folgenden Tagen statt: für Knaben: Montag und Freitag von 7/7 bis 9/11 Uhr; für Mädchen: Mittwoch von 7/7 bis 9/9 Uhr in den „Neuen Kathausälen“, Reiningers Str. 8.

### Hohen-Schönhausen.

In der letzten Gemeindevorversammlung lagen eine Reihe von Etatsberichtigungen zur Nachbesserung vor. Der Gemeindevorsteher begründete dieselben damit, daß besonders beim Sanitätsrat durch herabsetzende Hausansätze die erforderlichen Summen nicht vorher festgelegt werden konnten. Einer Petition, monach Hohen-Schönhausen für sich, ohne den rein ländlichen Ort Marzahn, einen eigenen Amtsbezirk bilden soll, wurde wegen der dadurch zu erwartenden Verringerung der Kosten zugestimmt. Bei Beschlußfassung über Errichtung einer gewerblichen Fortbildungsschule beantragten die sozialdemokratischen Vertreter Vertagung, weil das dazu gehörige Ortsstatut der Vertretung erst am Sitzungstage aufgestellt worden ist. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. In der nun lebhaft einsetzenden Debatte gelang es unseren Genossen, teilweise Änderungen zu erzielen.

Die völlig unentgeltliche Verteilung des Unterrichts sowie Vierung der Lehrmittel war nicht zu erzielen. Das Rucatorium der Fortbildungsschule besteht aus dem Gemeindevorsteher oder dem als dessen Stellvertreter beauftragten Schöffen Fischer, den vier Gemeindevorsteher Kreutz, Kiedel, Humann und dem Genossen Obermeyer, den beiden Arbeitgebern Frohoff und Winterberg, dem von unseren Genossen in Vorschlag gebrachten Tischler Karl Neumann und Mechaniker Gustav Rieper als Arbeitgeber, sowie aus dem Leiter der Schule. Das Ortsstatut tritt am 1. Oktober in Kraft mit der Maßgabe, daß die vor dem Oster-Entlassungstermin 1913 entlassenen jugendlichen Arbeiter von der Schulspflicht befreit bleiben. Gewerliche Arbeiter, die nicht nach dem Ortsstatut zum Schulbesuch verpflichtet sind, können auf ihren Wunsch zur Teilnahme am Unterricht zugelassen werden. Sie haben ein Schulgeld von halbjährlich 3 M. zu entrichten. Ueber die Zulassung solcher Schüler entscheidet das Rucatorium. Dem Voranschlag für das Schuljahr Oktober 1913 bis März 1914 in Höhe von 1140 M. wurde zugestimmt. Zur internationalen Weltausstellung in Leipzig soll eine Kommission bestehend aus je zwei Vertretern jeder Klasse aus dem Gemeindevorstand und den beiden Bauämtern entsandt werden.

**Weißensee.** Zu den Erbhaupten zur Gemeindevorstellung in der ersten Abteilung, die am Donnerstag stattfinden, werden zwei von den Ausgeschiedenen, die Herren Direktor Desbrück und Vätermeister Kofler, wieder kandidieren, während an Stelle des Herrn Knorr der Gärtnerbesitzer Fregel aufgestellt ist. Die Wahl wird sich in aller Ruhe vollziehen, da für die alle Fraktion keine Kandidaten aufgestellt werden. Es hat zwischen beiden Parteien eine Einigung stattgefunden, sich diesmal nicht zu raufen, dafür will man gegen Herrn Schwarz, der sein Mandat aus denselben Gründen wie die anderen drei Herren niederlegen soll, nichts unternehmen. Herr Schwarz ist in der zweiten Abteilung gewählt, seine Wahl war von der fortschrittlichen Fraktion angefochten und vom Kreisaußschuß für ungültig erklärt. Die Entscheidung des Bezirksauschusses steht noch aus.

**Vermsdorf i. M.** Der Gesangsverein „Nordische Klänge“ (Mitgl. d. A.-S.-V.) feiert am kommenden Sonnabend im „Restaurant Bellevue“ sein viertes Stiftungsfest. Da genannter Verein sich bei sämtlichen Veranstaltungen der Partei zur Verfügung stellt und es das erste Fest ist, das von der organisierten Arbeiterschaft in diesem neu gewonnenen Lokal gefeiert wird, wäre es sehr erwünscht, wenn die Arbeiterschaft diese Veranstaltung nach Kräften unterstützte.

**Spandan.** Wählerliste für die Stadtverordnetenwahlen. Die Liste der stimmungsfähigen Bürger liegt vom 15. bis 30. August d. J. im Zimmer 253 des neuen Rathauses während der Dienststunden zur Einsicht aus. Die Liste für die Stadtteile Ronnenbamm und Havelhorst liegt in der gleichen Zeit im Magistratsbureau am Ronnenbamm, Havelhorst 2, parterre links, aus. Etwaige Einwendungen gegen die Richtigkeit der Liste sind innerhalb der Auslegungsdauer beim Magistrat anzubringen.

**Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevorstellungen.** Marienfelde. Morgen Mittwoch, nachmittags 6 Uhr, im Zeichenaal der neuen Schule, Dorst. 53. Diese Sitzungen sind öffentlich. Jedes Gemeindeglied ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

## Aus aller Welt.

### Ein neuer 1400-Kilometer-Flug.

Der französische Flieger Seguin stieg am Sonntag morgen in Biarritz (an der spanischen Grenze) zum Flug nach Bremen auf. Er wurde auch gegen Abend in der Nähe von Bremen gesichtet, verlor dort jedoch die Orientierung und landete gegen 8 Uhr abends auf einer Wiese im Teufelsmoor. Da der Apparat bei der Landung leicht beschädigt wurde, konnte Seguin erst am Montag abend wieder aufsteigen, um nach Bremen zu fliegen, wo er dann glatt landete. Den Flug von Biarritz bis zum Teufelsmoor, der in der Luftlinie zirka 1400 Kilometer beträgt, also der Entfernung Paris-Warschau gleichkommt, hat Seguin ohne Zwischenlandung zurückgelegt. Er hat damit einen neuen Weltrekord aufgestellt.

### Weiteres aus dem Reich der Aviatt.

Der französische Flieger Jansie ist am Montag von Lauraggen nach Riga weiter geflogen. Von Riga, das er nach dreistündigem Flug erreichte, beabsichtigt er, seinen Flug nach Petersburg fortzusetzen.

Nach einer Meldung der V. G. soll Jansie beim Ueberfliegen der Grenze von russischen Grenzsoldaten beschossen worden sein. Der Flieger befand sich jedoch in so großer Höhe, daß er nicht getroffen werden konnte.

Unfälle beim Ostpreussischen Rundflug. Beim Zurücklegen der Strecke Jasterburg-Altenstein mußte am Montag der Flieger Suwelaak wegen dichtem Nebel eine Notlandung vornehmen, wobei er seinen Apparat beschädigte und selbst das Handgelenk brach. Sein Begleitoffizier blieb unverletzt.

Auch der Offiziersflieger Leutnant von Eckenbrecher mußte im Kreise Gerdaunen aus 200 Meter Höhe jah landen. Der Apparat wurde zertrümmert, doch blieben beide Flieger glücklicherweise unverletzt.

Flug Döberitz-Vorkum. Hauptmann v. Deryen stieg am Montagmorgen zu einem Flug nach Vorkum auf. Gegen 9 Uhr landete er in Hamburg. Um 11 Uhr 25 Minuten stieg er abermals auf und landete um 2 1/2 Uhr glatt auf Vorkum. Die zurückgelegte Strecke beträgt 330 Kilometer.

### Drei Grad Kälte im August.

In verschiedenen Gegenden Nordböhmens herrschte in der vergangenen Nacht eine winterliche Kälte. Die Nachtfröste wiesen eine Temperatur von drei Grad auf. Die Kartoffelernte ist vollkommen vernichtet.

Auch die österreichische Ostkammer, Görz und Umgebung, wurde in der vergangenen Nacht von einem schweren Frost heimgesucht. Dazu kam an verschiedenen Stellen ein schwerer Hagelschlag, so daß die Ernte schwere Schäden erlitten hat. Man berechnet den Schaden auf etwa 800 000 bis eine Million Kronen.

### Ueberschwemmungskatastrophe in Indien.

Aus Kalkutta treffen in London Nachrichten über eine Ueberschwemmung ein, die einen katastrophalen Charakter annehmen droht. Wie aus Burdwan, 55 Meilen von Kalkutta ins Innere entfernt, gemeldet wird, ist der Dermodar aus seinen Ufern getreten und hat das Land auf Meilen hinaus überschwemmt. Alles ist von dem Strome weggeschwemmt worden. Fast kein Haus steht mehr in dem überschwemmten Gebiet. Hunderte von Viehstücken treiben in dem Strom. Die Zahl der ertrunkenen Menschen dürfte auch mehrere Hundert betragen, steht aber noch nicht fest. Einige Kohlengruben sind erforsen. Tausende von Menschen sind obdachlos und arbeitslos. An Nahrungsmitteln fehlt es, so daß eine Hungersnot im Anzuge ist, die noch dadurch wahrscheinlicher wird, daß alle Verbindungen mit den benachbarten Gebieten

abgeschnitten sind. Auch die Eisenbahnlinie nach Kalkutta ist unter Wasser und unbrauchbar. Auf ihr konnten sich von 30 000 Menschen nur zweihundert nach Kalkutta retten. Für Kalkutta ist die Unbenutzbarkeit dieser Bahn dadurch von Bedeutung, weil Kalkutta seinen Bedarf an Kohlen fast ausschließlich mit dieser Bahnlinie aus den überschwemmten Gebieten bezieht. Das Steigen des Flusses dauert an.

### Der verhängnisvolle Armenjarg.

Ein aufsehenerregender Vorfall spielte sich in der vergangenen Woche in Langendreer im Kreise Bochum ab. Dort verstarb im Gemeindefrankenhaus kurz hintereinander ein altes polnisches Mütterchen und ein in den dreißiger Jahren stehender Bergmann, der auf jede Bruchstraße verunglückt war. Das alte Mütterchen wurde bereits am Dienstag auf dem katholischen Kirchhof beigesetzt und der Pfarrer redete noch von der braven Frau, die treu um ihre Kinder geforgt habe. Am folgenden Tage wurde der Bergmann — Gaarmann mit Namen — auf dem evangelischen Friedhof beigesetzt. Er war stammer Militärbeamter, hatte als ehemaliger Krieger den Hottentotten gegenüber Deutschlands Ruhm verfochten und beim vorigen Bergarbeiterstreik wader als Arbeiterwilliger treu dem Kapital gebietet. Das betrafte die Pechverwaltung, auch durch Anschlag auf das militärische Gebräde des Begräbnisses hinzuweisen. Sogar der Chinalämpferverein aus dem hundertweit entfernten Herne war herbeigeeilt und es wurde nach einer salbungsvollen Rede des evangelischen Ortsgeistlichen eine dreimalige Salbe über das Grab geschossen.

Die Angehörigen vermochten sich nicht zu trösten. Ramentlich waren sie empört, daß der Tote in eine elende einfach angelegene Bretterhütte gebettet war, die sie dem Schreiner mit 60 M. bezahlt hatten. Nach der Trauerfeierlichkeit wurden ihm natürlich bittere Vorwürfe gemacht, daß er für teures Geld solchen Schand geliefert hatte. Das verdroß dem ehrfamen Reifer. Schmirtrats ließ er zu dem noch offenen Grabe, wobei er entdeckte, daß dieser gar nicht der von ihm gelieferte Sarg, sondern der dem alten polnischen Mütterchen zuzuteile — Armenjarg war. Jetzt war guter Rat teuer. Man dachte zunächst nur an eine Sargwechselung. Die zuständigen Behörden wurden mobil gemacht, damit der Krieger seinen richtigen Sarg noch nachträglich erhalten sollte. Doch bald stellte sich die Befürchtung heraus, durch ein Versehen — den Schuldigen sucht man angeblich noch — war der wackere Kämpfer bereits einen Tag früher lang- und klanglos auf dem katholischen Friedhof begraben, während das katholische polnische Mütterchen mit militärischem Prunk auf dem evangelischen Kirchhof beigesetzt wurde. Am Freitag früh 6 Uhr wurde dann in aller Stille die Auswechslung der Leichen vorgenommen und bei der für ihren Glauben geweihten Erde übergeben. In den beteiligten Kreisen herrschte natürlich große Aufregung. Aber es ist auch eine Ironie, daß nur durch eine Verwechslung und erst nach dem Tode einem armen Mütterchen eine geringe Ehre zuteil wird.

### Kleine Notizen.

Im Wirtschaftskreis erloschen. Aus Offenbach a. M. wird gemeldet: Im Verlaufe einer Schlägerei, die in der Nacht zum Montag in einer Wirtschaft der Baldstraße ausbrach, wurde der 42 Jahre alte Vater Heinrich Deus niedergestochen und der Kriminalschuchmann Ernst Voller, der die Verhaftung des Täters vornehmen wollte, von diesem lebensgefährlich verletzt. Der Wesserkeld, ein Kesselschmied namens Warmann, wurde schließlich überwältigt und verhaftet. Der Zustand des Kriminalschuchmannes ist hoffnungslos.

Selbstmord wegen eines leichtsinnigen Streichs. Der 22 Jahre alte Buchhalter Willi Streicher aus Diez a. Lahn hatte ein Automobil seiner Firma ohne Bewilligung seines Chefs am Sonntag zu einer Automobifahrt benutzt. Bei Bolshaus ließ Streichers Automobil mit einem anderen zusammen. Beide Automobile wurden vollständig zertrümmert. Als Streicher sah, was er angerichtet hatte, erschock er sich.

Unfall oder Verbrechen? Bei Weylar wurde zweihundert Meter oberhalb der Eisenbahnbrücke in der Bahn die Leiche des Fährers Rieck aus Ernschhausen gefunden. Ueber dem rechten Ufer der Leiche befand sich eine kleine Verletzung; sie trug an der rechten Hand einen Schlagring, die linke umkrampfte sich. Die Leiche, in der sich 87,50 M. befanden. Ob ein Unfall oder ein Verbrechen vorliegt, ist noch nicht aufgeklärt.

Nach 30 Jahren Justizhaus begnadigt. Die beiden Inassen der Strafanstalt Sonneburg Schröder und Weber aus Jechlin, die im Jahre 1883 vom Schurkengericht Neuzuppin wegen Mordes an der Geliebten ihres Freundes Rohne, der ebenfalls an der Tat beteiligt war, zum Tode verurteilt worden waren, sind jetzt, nachdem sie schon früher zu lebenslänglichem Justizhaus begnadigt worden waren, aus Anlaß des Regierungsjubiläum Wilhelms II. endgültig begnadigt.

Schwerer Bauunfall. Im Graubund ereignete sich am Montag nachmittag auf dem Neubau der Kaiserne für das Pionierbataillon 28 ein schweres Unglück. Ein Gerüst brach zusammen und rief mehrere Arbeiter in die Tiefe. Ein Arbeiter wurde getötet, zwei andere lebensgefährlich verletzt.

Unwetter über New York. Am Sonntag wütete ein furchtbarer Sturm über der Stadt und der Umgegend der Stadt. Der Materialschaden ist sehr bedeutend, sechs Personen wurden vom Blitz getötet und eine große Anzahl verletzt.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet bis einschließlich Sonnabend, den 30. August, nur von 7 bis 9 Uhr abends statt. — Sonnabends Sprechstunde von 7 bis 6 Uhr nachmittags.

M. S. In Hällen, in denen die Sonntagsarbeit länger als drei Stunden andauert, ist an jedem 2. Sonntage für volle 36 Stunden oder an jedem 2. Sonntage mindestens in der Zeit von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends oder in jeder Woche während der zweiten Hälfte eines Arbeitstages und zwar spätestens von 1 Uhr ab, freie Zeit zu gewähren.

S. W. 36. 1. Sie müssen, um Ihre Ansprüche aufrechtzuerhalten, innerhalb zweier Jahre von Tage der Ausstellung der Karte an gerechnet, mindestens 20 Marken einer beliebigen Klasse haben. Desgleichen innerhalb desselben Zeitraums die Karte auf dem Vollschreiber umtauschen. 2. Markts 19. Vers 24. — M. S. 6. 17. Entschuldigen Sie sich im Kaiserreich-Rücken, Berlin, Woblfoutrage. — Marktsunde C. 3. 55. Im Museum für Naturkunde, Berlin, Invalidenstr. 43, dürfen Sie die gewünschte Auskunft erhalten.

### Wetterprognose für Dienstag, den 12. August 1913.

Am Tage ein wenig wärmer bei wechselnder Bewölkung und mäßigen südwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

### Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

	am	12		am	12
	10. 8.	9. 8.		10. 8.	9. 8.
	am	cm <sup>1</sup>		am	cm <sup>1</sup>
Wasserstand	10. 8.	9. 8.	Wasserstand	am	12
Remel, Elbt	200	-12	Saale, Spandau	64	+3
Bregel, Unterburg	5	-2	Gabel, Spandau	3	-1
Bregel, Thorn	467	+62	Kathow	-16	-1
Ober, Rathbor	275	-57	Sdtee, Spremberg	62	+2
Krossen	177	+8	Bestum	80	0
Krossen	178	+16	Beser, Wänden	114	-3
Barthe, Schwamm	36	-2	Ramb	196	0
Barthe, Sandberg	-12	-2	Rhein, Wapmiliansau	495	-3
Rehe, Erdmann	-18	-6	Ramb	282	0
Eise, Reimert	-11	+3	Röln	246	0
Rehe, Erdmann	-167	-1	Rekar, Heilbronn	68	-12
Rehe, Erdmann	58	-6	Wain, Qamun	114	+2
Rehe, Erdmann	62	-1	Wolter, Teter	35	+12

1) + bedeutet Hoch, — Niedrig. — \*) Unterpegel.